

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



27. Juli 1985
Jg. 6 Nr. 15

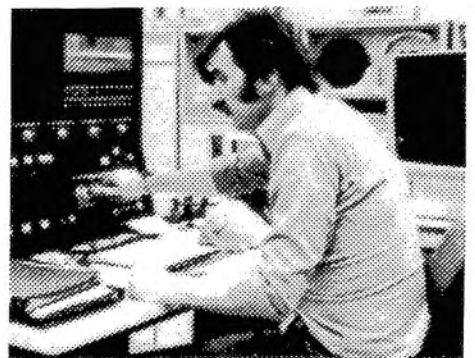
G 7756 D Preis:
2,50



BRD/Türkei: 1980 putschen, 1986 "Normalisierung" und Freizügigkeit? Helmut Kohl hat einen anderen "Deal" Seite 4



Lohnstandard: Auch bei Facharbeitern ist die vollständige Reproduktion nicht mehr gesichert Seite 8



Gewerkschaftliche Angestelltenpolitik: Technische Intelligenz ist die begehrteste Zielgruppe Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Türkei: 1980 putschen, 1986 Normalisierung und Freizügigkeit? Kohl hat einen anderen Deal. 4

Stammheim: Ausweitung der § 129a-Verfahren. 7

§ 218: CDU Baden-Württemberg will jetzt nicht klagen. 7

Lohnstandard: Auch bei Facharbeitern ist die vollständige Reproduktion nicht mehr gesichert. 8
FDP für Überstunden, SPD gegen deren Bezahlung. 9

CSU: Will die Union die Wahlen 1987 gewinnen, braucht sie neue Mehrheiten. 10
Aktionsprogramm für den Mittelstand. 11

Auslandsberichterstattung

Philippinen: Agrarprogramm und Bündnispolitik der Revolution. 12

Indien: Die Liberalisierung wird fortgesetzt. 13

Südafrika/Azania: Kämpfe und Forderungen der Bergarbeiter. 14

Spanien: Neue Minister für Sozialpakt und NATO. 14

Italien: Kongreß des katholischen Gewerkschaftsbundes. 15

Jugoslawien: Sozialpolitik: Lob dem Unterschied? 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen
Zur Situation der Einzelbeschäftigten. 18
Elektron. Bürokommunikation im praktischen Einsatz. 18
DKP-Alternative zu Grün-Alternativem? 18
BDA greift Krankenversicherung an. 18
Kiechle zu seinen Zielen. 19

Gewerkschaften: Technische Intelligenz Zielgruppe. 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. 21

Wirtschaftsförderung: SPD-

Liberaler drohen mit "Beschäftigungsoffensive"

Das FDP-Parteipräsidium hat beschlossen, ab September bis zu den Bundestagswahlen 1987 insgesamt zehn "Beschäftigungspolitische Kongresse" durchzuführen. Das teilte FDP-Generalsekretär Haussmann am 8. Juli mit. Auf diesen Kongressen solle insbesondere "die Mitverantwortung der Tarifpartner für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehoben werden". Haussmann-Thesen und Lambsdorff-Papier vorwärts-rückwärts, das wird die Lösung für diese FDP-Kongresse sein: Armut muß sein, damit der Reichtum gedeiht, in den unteren Lohngruppen sind die Löhne immer noch zu hoch, Arbeitslose gehören unter Tarif eingestellt. Bereits Ende Juli soll eine Klausurtagung am Starnberger See Einzelheiten der "beschäftigungspolitischen Offensive" der FDP festlegen. Zwei Schwerpunkte dieser Offensive sind schon veröffentlicht: Am 11.7. regte der FDP-Vorsitzende Bange mann in einem Brief an Blüm an, "Arbeitslose künftig stärker als bisher für private Dienstleistungen... einzusetzen". Zweiter Schwerpunkt soll die Behauptung der beschäftigungsfördernden Wirkung von Steuersenkungen für die höheren Gehaltszonen und die Kapitalisten sein. Arbeitsdienst für die Armen, Steuerfreiheit für die oberen Gehaltszonen, die Reichen und Kapitalisten — ein wahrhaft liberales Programm soll da unter die Leute gebracht werden! — (rül)

Vorruhestand kontra Einkommenserhöhung ?

Nachdem der öffentliche Dienst bisher ausdrücklich von einer Vorruhestandsregelung ausgespart wurde, hat der Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Wolfgang Schäuble, eine Vorruhestandsregelung auch für den öffentlichen Dienst ins Gespräch gebracht. Eine Antwort darauf, wie diese Vorruhestandsregelung konkret aussehen soll, hat die Gewerkschaft ÖTV bis heute nicht erhalten. Schäubles Äußerungen zielen auf Beeinflussung der gegenwärtigen Vorbereitung des Tarifkampfes im öffentlichen Dienst. Anders als die Gewerkschaft ÖTV hatten bereits in der letzten Tariffbewegung die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) und der Deutsche Beamtenbund (DBB) eine Vorruhestandsregelung favorisiert, und auch auf dem 10. Gewerkschaftstag der ÖTV fand sich eine 10% bis 20% starke Minderheit, die einer Vorruhestandsregelung den Vorzug gab. Das Treiben von Spalter- und Standesorganisationen wie DAG und DBB soll durch Schäubles Äußerungen gefördert werden.

Ein Vorruhestandsabschluß könnte gegen Einkommensverbesserungen verrechnet werden, obwohl er kosten-

neutral zu machen ist. Durch welche Art von Beschäftigungsverhältnissen sollen denn die Vorruheständler "ersetzt" werden? Durch die Lebensalterstufen im Entlohnungssystem ist die jugendliche Arbeitskraft im öffentlichen Dienst sowieso schon billiger. Durch die Absenkung der Eingangsbesoldung/Anfangsvergütung hat der Dienstherr die junge Arbeitskraft bestimmter Einkommensgruppen bereits im letzten Jahr verbilligt. Dies ließe sich auf dem Wege von



Dienstanweisungen auf weitere ausdehnen. In Niedersachsen wurde jetzt der Plan ausgekocht, daß jeder in den öffentlichen Dienst Einstellende seine Planstelle erst durch zwei bis fünf Jahre Teilzeitarbeit zwischen 20 und 30 Stunden "erwerben" muß.

Die DAG spricht von 5000 möglichen Neueinstellungen bei einer Vorruhestandsregelung, die GEW rechnet mit der Einstellung von 15000 Jung Lehrern bei einer Pensionsgrenze von 58 Jahren. Das sind Größenordnungen für diese Beschäftigungsverhältnisse, die auf die Gesamtheit des Einkommensgefüges Auswirkungen haben sollen. — (kar)

U-Haft wegen 'Freiraum'-Artikel

Wie berichtet fanden am 28. Juni in München acht Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit einer Erklärung aus dem WAA-Widerstand und einem Aufruf zu weiteren Aktionen in Schwandorf in der anarchistischen Zeitschrift "Freiraum", statt. Neben einer Wohnung in Regensburg wurde im Auftrag der bayerischen Polizei die Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen in Westberlin sowie am 2. Juli die Pressehütte der Blockierer in Mutlangen durchsucht. Dort wurde der im Impressum des inkriminierten "Freiraum" als Herausgeber aufgeführte u.a. wegen "Aufrufen zu Straftaten" (§ 111 StGB) verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Gegen mindestens zehn Leute laufen Ermittlungen wegen § 111. Damit sind jetzt schon sechs Nummern der zehn bisher

erschienenen Ausgaben des "Freiraum" beschlagnahmt bzw. verboten worden. In einer Erklärung von der Anarchistischen Arbeiter-Union, der Freiraum-Redaktion, dem Infoladen München und dem Autonomen Plenum heißt es dazu: "In den Wohnungen wurden massiv Sachen beschlagnahmt, ganze Schreibtische leergefegt, bedauerlicherweise ziemlich viel Adressenmaterial, ein Dutzend verschiedene Freiraum-Ausgaben, 600 gemeinsame Beilagen der revolutionären Sozialisten, etliche Schreibmaschinen, Briefe usw. ... Gemeinsam bei allen Beschlagnahmungen war, daß sie mit den hektographierten Durchsuchungsbefehlen zumeist nicht viel zu tun hatten ... Für uns jedoch bedeutet dies alles: Wir lassen uns nicht einschüchtern, sondern nehmen die Bullenaktion zum Anlaß z.B. unsere Strukturen zu verbessern, die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen zu verstärken usw. ... Der Freiraum wird sich keinesfalls der staatlichen Zensur anpassen und unterwerfen, es wird weiterhin Berichte, Dokumentationen usw. aus den verschiedenen Widerstandsansätzen geben." — (ror)

DFG-VK-Tagung "Kommunale Friedensarbeit"

Zum Thema "Kommunale Friedensarbeit — Das Zivilschutzgesetz verhindern" findet am 8. September in Marl eine Fachtagung und Aktionsberatung statt. Veranstalter ist die DFG-VK NRW. DFG-VK und Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste wurden von einem bundesweiten Kongreß "Zivilschutz für Euroshima?", der im März 1985 stattfand, mit der Koordinierung des Widerstands gegen den Zivilschutzgesetz-Entwurf im Bereich der "Kommunalen Friedensarbeit" beauftragt. Die DFG-VK will sich mit solchen Tagungen regional an Mitglieder und Aktive aus lokalen Friedensinitia-

tiven, engagierte Kommunalpolitiker und ihre eigenen Aktivisten richten. Fragen der Militarisierung der Kommunen und des "Zivilschutzes" sollen behandelt und die Möglichkeiten von örtlichen Aktionen erörtert werden, u.a. die Vorbereitung des bundesweiten Aktionstages gegen den Zivilschutzgesetzentwurf am 28.9.1985, an dem bundesweit die Bevölkerung und die Beschäftigten in den öffentlichen Einrichtungen mit Sirenen-"Probealarm" auf Krieg eingeübt werden sollen. Die DFG-VK fordert dazu auf, "laufende und geplante Zivilschutzmaßnahmen und militärische Einrichtungen bzw. Belästigungen zum Gegenstand örtlicher friedenspolitischer Auseinandersetzung" zu machen. Die örtlichen Aktionen sollen in den Zusammenhang der Kritik an der Aufrüstungspolitik der Bundesregierung gestellt werden. So sollen öffentliche Gespräche und Diskussionen mit Katastrophen-, Selbst- und Zivilschutzorganisationen über das geplante Zivilschutzgesetz und Aufklärungsaktionen gegenüber Berufsgruppen stattfinden, die nach dem Zivilschutzgesetz für den Kriegsdienst verpflichtet werden. Öffentliche Verweigerungserklärungen solcher Berufsgruppen bis hin zu den Kommunalparlamenten werden angestrebt. Ebenfalls einen Kongreß "Kommunale Friedenspolitik" führen Bundesvorstand, Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und die Bundestagsfraktion der GRÜNEN am 14./15.9. in Fulda durch. Das Programm für die geplanten Arbeitsgruppen ist gemischt, neben Ökologie/Militär und kommunalen Partnerschaften für Zusammenarbeit in "Ost und West, Nord und Süd" sind auch Themen wie "Zivil-militärische Zusammenarbeit, Zivile Verteidigung" und "Militärpropaganda und Ansätze einer antimilitaristisch-demokratischen Kultur" vorgesehen. — (düb)



Familienminister Geißler strich allen Jugendverbänden Gelder für die Teilnahme an den XII. Weltfestspielen der Jugend vom 27.7.—3.8.85 in Moskau. Die Deutsche Sportjugend hat trotzdem beschlossen, an dem Treffen teilzunehmen, und erklärte: "Wir sollten aus den Fehlern der Vergangenheit, wie dem Olympia-Boycott 1980, lernen." Bild: vor dem Symbol des Treffens. — (gba)

OB Boehme in Übereinstimmung mit Späth 22

Asylpolitik: Bezirksregierung provoziert Ausländerfeindlichkeit 22

NRW: "Solidarpakt" für Wirtschaftsexpansion..... 23

Bundeswehr: Aktionstage gegen "Unsere Luftwaffe"..... 23

"Dornier-Gutachten": Landesregierung plant Abbau der Krankenhausbetten..... 24

Solex-Streik Westberlin: Interview mit einem Vertrauensmann 25

Niedersachsen: Grüne zum Wahlrecht für Ausländer..... 25

Antifaschistische Jugendliche: "Ich schieß' auf das Nationalgefühl" 26
Interview mit Punks 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Fliegerhorst Jagel: Proteste gegen die Feiern 29

Sozialstatistik

Wohneigentum: (III) Öffentliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums..... 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

"Kennwort Salamander": Faschismus als bössartiger Charakterzug einiger Bourgeois? 32

"Zuckerbaby": Liebesgeschichte einmal ganz anders..... 32

ZDF: Sensationsprozeß Casilia 1939 32

"Die dritte Revolution": TV-Märchen über Technik..... 33

Ev. Kirche: Synode der Nordelbischen Kirche 33

Ernst Jünger: Angriffe auf das Denken und Sprechen der Menschen 34

Spezialberichte

Forschungspolitik: Milliarden für "Innovationen" der Kapitalisten 36
Zentralisierung des Forschens im europäischen Maßstab..... 37

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses..... 38

Silicon-Valley: "Zukunftstechnologien" in Aktion..... 39

BRD/Türkei

1980 putschen, 1986 "Normalisierung" und Freizügigkeit? Helmut Kohl hat einen anderen "Deal" für die Türkei!

Vom 9. bis 12. Juli war Helmut Kohl in der Türkei. "Kohl versucht einen Deal", berichtete dazu am 10.7. das "Handelsblatt". Anlaß für Kohls Reise sei das Assoziierungsabkommen der EG mit der Türkei von 1963, das für den 1.12.1986 das Inkrafttreten der Freizügigkeit für türkische Arbeiter in die EG vorschreibe. Das wolle Kohl verhindern, teilte das "Handelsblatt" mit: "Da auch die türkische Regierung diese Problematik in jüngster Zeit pragmatischer angeht, ist es denkbar, daß Ankara bereit ist, die deutschen Wünsche zu akzeptieren, wenn Bonn der Türkei bei deren finanziellen Wünschen entgegenkommt."

Was beunruhigt eigentlich westdeutsche Kapitalisten, wenn türkische Arbeiter das Recht auf Freizügigkeit erreichen, also das Recht, die Türkei jederzeit zu verlassen und in einem Land der EG einen Ausbeuter zu suchen? Käme solch ein Recht für türkische Arbeiter nicht ihren Bestrebungen, die Löhne in der BRD zu senken, direkt entgegen, weil türkische Arbeiter dann auf den westdeutschen Arbeitsmarkt drängen? Tatsächlich wissen die Kapitalisten genau zu unterscheiden zwischen einem Recht für türkische Arbeiter, sich in EG-Ländern Ausbeuter zu suchen, und ihrem Recht, Arbeiter aus der Türkei zu rekrutieren. Das eine könnte die "wirtschaftliche Vernunft" eines Tages wieder gebieten, das andere schadet dem Kapitalexport in die Türkei und der Ausbeutung von türkischen Arbeitern zu den dort herrschenden Löhnen und führt nur zu

Chaos! Bei Inkrafttreten der Freizügigkeit "müsse eine ungebremsste Zuwanderungswelle mit unübersehbaren gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen" befürchtet werden, schreibt das "Handelsblatt". Deshalb Kohls Versuch, einen "Deal" mit der türkischen Regierung auszuhandeln.

Dieser "Deal" scheint erreicht. Am 13.7. meldete die "FAZ": "In Ankara ist offenbar ein Paket geschnürt worden, das die Fragen der Freizügigkeit und Erleichterungen für türkische Gastarbeiter sowie türkische Wünsche nach mehr Militär- und Wirtschaftshilfe miteinander verbindet." Die Bundesregierung wolle eine Erhöhung



Kohls "Freund" Özal, früher Verbandschef der türkischen Metallkapitalisten, jetzt Ministerpräsident.

der Militärhilfe an die Türkei wohlwollend prüfen, auf die Freigabe von ca. 1,4 Mrd. DM Krediten und "Hilfszahlungen" der EG drängen, die seit dem Militärputsch 1980 eingefroren sind, sowie ihre Kapitalexporte in der Türkei steigern. Ministerpräsident Özal habe dafür auf die Freizügigkeit ab 1.12.1986 verzichtet.

"Freizügigkeit" ab 1986 und der Putsch von 1980

Es ist schon selten, daß die bürgerliche Presse so richtig dreist lügt. Kohls Türkeireise aber ist so ein Fall. Es ist nämlich nicht wahr, wenn in fast allen bürgerlichen Zeitungen behauptet wird, daß die Freizügigkeit für türkische Lohnabhängige ab 1986 im Assoziierungsabkommen EG-Türkei von 1963 vereinbart wurde (die "FAZ" spricht sogar von einem Artikel 36 des Assoziierungsabkommens, in dem diese Freizügigkeit vorgeschrieben sei). Nirgends im Assoziierungsabkommen von 1963 ist ein solcher Termin vereinbart, und nirgends im Assoziierungsabkommen gibt es einen Artikel 36. Die Vereinbarung über einen solchen Termin für die Freizügigkeit ist vielmehr Bestandteil eines Zusatzprotokolls vom 23.11.1978, das die EG mit der Türkei 15 Jahre nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens und fünf Jahre nach Inkrafttreten des Anwerbestopps in den EG-Ländern abgeschlossen hat.

Dieser Unterschied — Freizügigkeit ab 1986 erst Ende 1978 vereinbart und nicht, wie behauptet, schon 1963 — ist weitreichend. Er bedeutet: Die ab

Neues zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Das für seine Kostendämpfungsvorschläge berüchtigte Institut für Gesundheits-System-Forschung unter Prof. BESKE vermittelt derzeit einen Modellversuch zwischen den Kieler Krankenkassen und der Augenklinik Dr. Uthoff. In dem bundesweit erstmaligen Projekt sollen die bisher üblichen Pflegesätze in der Krankenhausfinanzierung ersetzt werden durch diagnosebezogene Festpreise, die von der Dauer des Klinikaufenthalts unabhängig sind. Ganz offen nennt der Projekt-Begleiter Rüschemann vom Institut als Ziel, die "kostenträchtige Verweildauer" im Krankenhaus zu senken. Die Festpreise des "Kieler Modells" betragen nach seinen Angaben nur ca. 25% der Fallkosten vergleichbarer Krankenhäuser. Am Pflegesatz-System kritisierte er, daß es keine Anreize zu Einsparungen biete. Sein Vor-

wurf, die Krankenhäuser würden teure Operationen durch überlange Verweildauer abdecken, ist unverschämte angesichts der Tatsache, daß diese in den letzten Jahren ständig gesenkt wurde. Nicht minder unverfroren die Behauptung, ein kürzerer Krankenhausaufenthalt liege im Interesse der Patienten. — (brb)

Bundesverfassungsgericht deckt Rentenkürzung

Mit der Bestätigung einer Leistungskürzung durch das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz von 1977 hat das Bundesverfassungsgericht erneut bestätigt, daß es eine Garantie sozialversicherungsrechtlicher Leistungen nicht gibt. Freiwillig der gesetzlichen Rentenversicherung beigetretenen Rentnern wurde 1977 das Anrecht auf Krankenversicherungsschutz ohne eigene Aufwendungen gestrichen. Die damit eingeleitete Gesetzgebung führte bis heute dazu, daß

alle Rentner zunehmend höher beitragspflichtig werden zur Krankenversicherung. Das BVerfG hat diese Entwicklung nicht bloß abgesichert, sondern auch ein paar windige Kriterien für den "Eigentumsschutz" (natürlich nur für die Sozialversicherung) aufgestellt: der Versicherte könne sich darauf bloß berufen 1. bei "nicht unerheblichen Eigenleistungen" und 2. sofern die umstrittene Leistung "der Sicherung der Existenz" diene. Aktenzeichen: 1 BvL 5/80. — (haj)

Krauss-Maffei-MBB- Fusion perfekt

Am 16.7. hat das Kartellamt einer bedeutenden Rüstungsfusion zugestimmt. MBB (Raketen, Hubschrauber, Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge) und Diehl (Munition, Panzerteile usw.) kaufen 24,95% der Anteile an Krauss-Maffei (Panzer). Weitere 56,45% werden von drei Großbanken und der Bayerischen Landesanstalt für



Helmut Kohl unter türkischen Generälen. Kurz zuvor hatte er Özal erklärt: "Wir begrüßen es, daß der innere Frieden in Ihrem Land ... wiederhergestellt werden konnte."

1.12.1986 geplante Freizügigkeit für Türken in die EG und speziell in die BRD ist eine Helmut-Schmidt-Idee. Helmut Schmidt hat diese Idee von der EG im November 1978 ratifizieren lassen, zwei Monate, bevor sich die BRD, Großbritannien, Frankreich und USA Anfang 1979 auf eine gemeinschaftliche "Türkeihilfe" einigten. Zu diesem Zeitpunkt waren die Putschvorbereitungen der Imperialisten zwecks "Sanierung" der Türkei also bereits in vollem Gange.

So gesehen bekommt das "Freizügigkeitsabkommen" von 1978 auch erst seinen Sinn und erklärt sich, warum es nicht in allen EG-Staaten zu einem Aufschrei führte von wegen "Verstoß gegen den Anwerbestopp" usw.: Das Abkommen bedeutete nämlich zunächst einmal gerade nicht die Freizügigkeit für türkische Arbeiter, sondern deren fortdauernde Unterbin-

dung bis 1986. Im Klartext hieß das Abkommen: Bis 1986 hat jede Ausreise türkischer Arbeiter aus der Türkei in die EG zu unterbleiben. Damit war auch ein Datum gesetzt, bis zu dem die Generale in der Türkei "Ordnung" im Sinne der Imperialisten schaffen sollten. Die Putschvorbereitungen konnten beginnen und führten schon 1980 zu dem von allen beteiligten Imperialisten gewollten Militärputsch, den nachfolgenden Massenverhaftungen, Folterungen, Gewerkschaftsverboten usw.

Auch die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter in der BRD konnte nun von Helmut Schmidt und seinen Nachfolgern vorangetrieben werden. Zahlreiche Drohungen und Schikanen gegen ausländische Arbeiter haben ja gerade zur zwingenden Voraussetzung, daß diese z.B. bei einer Ausweisung nicht mehr in die BRD zurück-

kehren können. Blüms Rückkehrhilfegesetz etwa wäre bei Freizügigkeit für türkische Arbeiter in dieser Form nie in Kraft getreten, da die türkischen Lohnabhängigen jederzeit hätten in die BRD zurückkehren können.

Schließlich enthielt die Festlegung auf Freizügigkeit ab 1.12.1986 noch ein weiteres Element: Sie war eine Aufforderung an die türkische Sozialdemokratie, bis 1986 Ruhe zu geben, frei nach der fixen Idee so mancher Sozialdemokraten: Wir müssen gegenüber dem Faschismus stillhalten, hat er erst einmal abgewirtschaftet, kommen wir. Die türkischen Sozialdemokraten sollten jedes Aufbegehren der Arbeiter verhindern helfen und dabei die Gewißheit haben, Ende 1986 müsse mit der Freizügigkeit— die ja auch die Möglichkeit massenhafter Auswanderung bei einer Fortdauer des Terrors eröffnete — auch die "Lockerung" kommen, und dann würden sie schon zum Zuge kommen. So irrsinnig diese Idee erscheint— Tatsache ist, daß von seiten der türkischen Sozialdemokratie nach dem Putsch bis heute kaum anderes geschehen ist als staatstragende Geduld und Warten auf diese "Lockerung".

Helmut Kohls "Deal":
Terror soll weitergehen!

All das ist jetzt hin. Helmut Kohl hat anders entschieden. Er will keine Freizügigkeit ab 1.12.1986. Er will freie Bahn für Zimmermanns neues Ausländergesetz. Er signalisiert den türkischen Militärs, daß die "Sanierung" der Türkei weitergehen muß. Die Prozesse, Hinrichtungen, Folterungen, Gewerkschaftsverbote und Lohnsenkungen sollen weitergehen. Fünf Tage nach Kohls Rückkehr aus der Türkei meldete die Bild-Zeitung: "Müssen 71 hängen? Der türkische Militärstaatsanwalt hat in einem Mas-

Aufbaufinanzierung gekauft. 15% bleiben beim bisherigen Krauss-Maffei-Eigentümer Flick, der so mehrere Hundert Millionen DM einstreicht. So entsteht die größte Rüstungsgruppe in Westeuropa: über 10 Mrd. DM Umsatz, ca. 54.000 Lohnabhängige.— (rül)

Eureka-Konferenz: "Aufbruch Europas"

17 westeuropäische Staaten haben sich am 17. Juli in Paris auf die Bildung einer "Europäischen Technologie-Gemeinschaft" geeinigt. Ziel sei, im "Hochtechnologiebereich" die "Ausarbeitung konkreter Projekte durch Unternehmen und Forschungsinstitute zu fördern, zu stimulieren und Formeln für angemessene Finanzierungswege zu finden". Damit werden Milliarden an Steuergeldern aus den Teilnehmerländern an die Monopole gehen. Hauptnutznießer wollen die Initiatoren Frankreich und die BRD sein; Genscher unterstrich west-

deutsche Führungsansprüche, indem er Vermutungen über eine französische Hegemonie "entschieden" entgegentrat. Die Bundesregierung erklärte, sie werde für Eureka "erhebliche staatliche Gelder aufwenden". Eine gemeinsame europäische Forschungspolitik sei "eine existenzielle Frage ... im technologischen Wettkampf mit den USA und Japan". Von Eureka wird auch ein Schub in Sachen Rüstungstechnologie erwartet. Im November 1985 findet eine weitere Eureka-Konferenz in Bonn statt. (Handelsblatt, 17. und 19./20.7.85 — jüg)

Beifall für Kiechle: CDU/CSU Hüter des kleinen Eigentums?

Erstmals hat die EG-Kommission und nicht der Agrarministerrat die Getreidepreise festgesetzt. Der "Veto-Trick" hat geklappt: Kiechle hatte gegen den Vorschlag der EG-Kommission, die Getreidepreise um 3,6% zu

senken, "nationale Interessen" geltend gemacht und so die übrigen EG-Staaten dazu getrieben, der Kommission ausdrücklich Handlungsvollmacht in der Agrarpolitik zuzugestehen. Die von der BRD betriebene Politik, daß gegenüber "nationalen" Interessen die "europäischen"— sprich, die der stärksten Monopole— Vorrang haben müssen, ist ein gutes Stück vorangekommen. Der Erfolg gilt aber nicht nur fürs künftige politische Verfahren. Kiechle erzwang durch das "Veto" eine Änderung des EG-Kommissionsvorschlages mit geringerer Preissenkung für hochwertige Getreidesorten. Das entspricht den strategischen Zielen: Die Bauern sollen "weg von der Massenproduktion hin zur Qualität", denn hier sieht Kiechle Möglichkeiten auf den Weltagrarmärkten gegen die USA. Die Folgen für die Bauern? Die Preisbeschlüsse zwingen sie zu Umstellungen und verschärfen die gegenseitige Konkurrenz. — (alk)



Fünf Jahre nach dem Militärputsch sind die westdeutschen Imperialisten mit den Ergebnissen zufrieden. Die "deutsche Wirtschaft" halte die türkischen Arbeiter für tüchtig, melden die "Nachrichten für Außenhandel", "vorausgesetzt, daß für eine ordentliche Führung bzw. Anleitung gesorgt werde". (NfA, 25.1.86) Bild links: Demonstration gegen Einkommensenkungen vor dem Putsch 1980, rechts: Das Militär greift ein.

senprozeß 71 mal die Todesstrafe gegen Linksradike beantragt." Anfang des Jahres hatten die "Nachrichten für Außenhandel" gemeldet, daß der Reallohn für Lohnabhängige in der Türkei 1984 auf 48% des Lohnstandards von 1977 gesenkt sei, daß für türkische Arbeiter jetzt nur noch 0,90 DM je Stunde zu zahlen sei. Wenn das kein Anreiz ist, westdeutsches Kapital in der Türkei anzulegen und türkische Arbeiter dort weiter einzusperren! Wenn das kein Grund ist, die türkischen Militärs weiter mit westdeutschen Waffen zu beliefern und durch westdeutsche Ausbilder zu betreuen, damit sie ihr Handwerk auch gründlich verrichten! Die Türkei soll eine Art Halbkolonie der BRD werden, in die die in der BRD ausgebeuteten türkischen Arbeiter jederzeit zurückgetrieben werden können und aus der es für sie dann kein Entkommen gibt, die

aber vor allem als Kapitalanlagegebiet der Bereicherung westdeutscher Kapitalisten dienen soll und dazu weiter mit Militärterror regiert werden soll. Das Einverständnis der herrschenden Klassen in der Türkei wollen die BRD-Imperialisten sich dabei mit weiteren Krediten und "Wirtschaftshilfe" wie z.B. der "Förderung des Tourismus in die Türkei" erkaufen, um so auch die türkischen Ausbeuterklassen enger an sich zu binden. Dabei kommt ihnen entgegen, daß die türkische Reaktion sich mit der Fortsetzung der EG-Assoziation eine Art "europäische Rückendeckung" für die Fortsetzung ihres Terrors gegen die arbeitenden Klassen in der Türkei sichern will und sich deshalb auch geschäftlich eng mit den Imperialisten in der EG verbinden will. An Entschlossenheit auf seiten der westdeutschen Kapitalisten, sich diese Lage

zunutze zu machen, fehlt es nicht. Schon beklagt die IG Textil, daß westdeutsche Textilimporte aus der Türkei im ersten Halbjahr 1985 um über 50% gestiegen seien — für die Textilkapitalisten in der BRD ein neuer Anlaß, um Lohnsenkungen in der BRD zu verlangen! Vor allem aber soll der Kapitalexport in die Türkei gesteigert werden. Helmut Kohl wurde auf seiner Reise von Vorstandsmitgliedern von Siemens, Daimler-Benz, Mannesmann, BBC, MAN und Steag begleitet. Nachher hieß es, man habe über "zweistellige Milliardenprojekte" verhandelt: Kraftwerke, Rohrleitungen, Fernmeldenetze, eine Bosphorusbrücke sowie eine Pipeline in den Irak. Quellenhinweis: Handelsblatt, FAZ, 5.6. bis 15.6.85; Nachrichten für Außenhandel, 25.1., 14.6., 8.7. bis 12.7.85; Bulletin der Bundesregierung, 17.7.85 — (rül)

Arbed: Lafontaine hat ein "Sanierungsprogramm"!

Der saarländische Wirtschaftsminister Hoffmann, von Lafontaine (SPD) mit der Sanierung von Arbed beauftragt, hat einen Vorschlag gemacht. Am 22.7. berichtete die "FAZ", Hoffmann sei mit seinen Überlegungen, wie bei Arbed weiter entlassen, aber kein Sozialplan gezahlt werden könne, zu einer Idee gekommen: Eine "Beschäftigungsgesellschaft" soll gebildet werden, in die ca. 1500 Lohnabhängige von Arbed statt entlassen versetzt werden sollen. Diese Gesellschaft "könnte ein landeseigenes Programm 'Arbeit und Umwelt' aufgreifen und mit beschäftigungslosen Stahlarbeitern beispielsweise Industriebrache im Saarland herrichten oder Altmüll-Deponien aufbereiten ... vorübergehend benötigte Arbeitskräfte zu anderen ... Unternehmen transferieren und auch eine Personal-

reserve für Saarstahl selbst bereithalten. Nicht zuletzt sei eine solche Gesellschaft auch kurzarbeitsfähig ...". So weit, daß sie bei Arbed keinen Sozialplan mehr zahlen und sein Wirtschaftsminister über Arbeitsdienstprogramme brütet, haben die Kapitalisten Oskar Lafontaine also schon. Jetzt werden sie mehr verlangen. — (rül)

Polnischer Protest gegen revanchistische Briefmarke

Die polnischen Behörden haben beim Weltpostverein dagegen protestiert, daß die Bundespost im November eine Sondermarke zur Erinnerung an die "aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen" herausgeben will. Sie erklärten, diese Briefmarke sei gegen das Territorium Polens und anderer europäischer Staaten gerichtet und unterstütze revisionistische Ziele. Mit dieser Marke frankierte Post werde darum zurückgeschickt. Der stellvertre-

tende Vorsitzende der "Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" und CDU-Bundestagsabgeordnete Sauer reagierte mit weiterer Hetze: Die Bundespost leite ja auch Sendungen weiter, deren Briefmarke vom "urpolnischen Charakter der Oder-Neiße-Gebiete" spräche. Er griff deutsch-polnische Schulbucheempfehlungen an, in denen die Umsiedlungen aus den damals besetzten Gebieten korrekt als "Bevölkerungsverschiebungen" bezeichnet werden. — (jüg)

"Weinkrieg" mit Österreich in großdeutscher Tradition

Ein Ergebnis des "Weinskandals" mit österreichischen Weinen steht schon jetzt fest: Seit Mitte Juli werden sämtliche österreichischen Weinexporte in die BRD — ein Zehntel der Weinernte werden in die Bundesrepublik exportiert — vom westdeutschen Zoll festgehalten und auf Diäthylenglykol untersucht — auch

Stammheim

**Ausweitung der
§ 129 a-Verfahren**

In einem Schnellverfahren sind Anfang Juli zwei 19-jährige aus Pforzheim vom 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart in Stammheim wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (nämlich der RAF) zu je drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Es ist die wohl bisher höchste Strafe, die für bloße Unterstützung verhängt wurde, darüber hinaus gegen Leute, die normalerweise nach dem Jugendstrafrecht (also erheblich milder) abgeurteilt werden. Der Tatvorwurf und die Urteilsgrundlage: Rainer L. und Guido W. hätten Anfang Januar 1985 in Pforzheim zwei Fensterscheiben einer Bank eingeworfen und einen Brandsatz in der Nähe eines Kaufhauses gelegt.

Da sie schon vorher mehrfach in der Verhandlung gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt gewesen seien (jeder Besucher wird dort als potentieller "Terrorist" registriert!) und in einem Brief ihre Unterstützung für die Forderung der Gefangenen im Hungerstreik erklärt hätten, sei es mit ihrer Aktion um die Unterstützung der RAF gegangen. Dabei wird natürlich vorausgesetzt, daß der Hungerstreik nichts anderes als die Fortsetzung der Betätigung der RAF im Gefängnis sei. Anklage und Urteil liegen damit auf einer Linie, die in letzter Zeit von der Bundesanwaltschaft auch für mehrere andere Verfahren eingeschlagen wurde: Claudia Wannersdorf z.B., die wegen eines Anschlags auf die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt in Stuttgart am 20.1.85, bei dem Johannes Thimme ums Leben kam, in Stammheim sitzt, wird deswegen Un-

terstützung der RAF vorgeworfen, weil damit die Hungerstreikforderungen unterstützt werden sollten und sie sich in Briefen als Antiimperialistin bekannt habe.

Diese Linie läuft auf immer größere Ausweitung der § 129 a-StGB-Verfahren gegen prinzipielle Gegner des bestehenden gesellschaftlichen Systems hinaus. Nicht einmal militante Aktionen sind mehr erforderlich, weil ja auch die z.B. propagandistische Unterstützung der Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung genügt. Gleichzeitig werden damit immer weitere Schritte zur Beseitigung jeglicher Verteidigungsmöglichkeit unternommen: Rainer L. und Guido W. wurden nicht nur seit Anfang Januar in Isolationshaft gehalten, ihnen wurden auch kurz vor Prozeßbeginn ihre Vertrauensverteidiger entzogen. Begründung: Die beiden Anwälte seien auch Verteidiger von Gisela Dutzi, seit 1983 wegen Mitgliedschaft in der RAF inhaftiert. Und deren Mitgliedschaft dauere auch in der Haft fort. Deshalb liege ein Fall der Mehrfachverteidigung derselben Tat vor (§ 143 StPO). Sofort danach wurden ihnen ohne Anhörung Zwangsverteidiger beigeordnet. Ein kurz danach gestellter und zu Beginn der Hauptverhandlung wiederholter Beordnungsantrag von zwei neuen Vertrauensanwälten aus Frankfurt wurde vom Senat mit der Begründung abgelehnt, die beiden seien jetzt "ausreichend verteidigt". Außerdem hätten sie schließlich frühzeitig mit dem Ausschluß ihrer früheren Vertrauensverteidiger rechnen und sich selbst um andere Verteidiger kümmern können. Erstmals ist damit in einem § 129 a-Verfahren faktisch überhaupt keine Verteidigung mehr vorhanden gewesen.

Die Strafverteidigervereinigungen aus der BRD und Westberlin haben mit

einer Erklärung vom 8.6.85 gegen dieses Vorgehen protestiert und geäußert: "Wir verlangen die sofortige Beordnung der Verteidiger des Vertrauens. In Übereinstimmung mit Beschlüssen mehrerer Rechtsanwaltskammer-Versammlungen (z.B. Rechtsanwaltskammer Stuttgart), die die Wahrnehmung von Pflichtmandaten ohne Vertrauensbasis als standeswidrig bezeichnet haben, halten wir es darüber hinaus für die Pflicht der gegen den Willen der Angeklagten beigeordneten Anwälte, ihre Entpflichtung zu beantragen." Das Gericht hat auf die Erklärung nicht reagiert. Der Präsident der RA-Kammer Stuttgart hat das Verhalten der Zwangsverteidiger als zulässig gedeckt.

Das zu dieser Ausweitung des "Antiterrorismus"-Konzepts passende Konstrukt des Staatsschutzes hat Generalbundesanwalt Rebmann am 10. Juli verkündet: die "vier Ebenen der RAF", als vierte das "legale Umfeld", "RAF-Sympathisanten, die für Materialbeschaffung und politische Agitation verantwortlich sind, aber auch spontane Anschläge verüben". — (mis)

§ 218

**CDU Baden-Württemberg
will jetzt nicht klagen**

Der Parteitag der CDU Baden-Württembergs hat einen Antrag abgelehnt, der die CDU-Landesregierung verpflichten sollte, gegen die Bezahlung von Abtreibungen durch die Krankenkassen vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Die Anregung für ein verfassungsrechtliches Vorgehen kommt aus dem Kanzleramt. Die Regierung kann aber nicht klagen, weil die FDP nicht mitwirken will. Die

solche Weine, die einen ausdrücklichen Vermerk österreichischer Behörden tragen, daß sie bereits eigens auf Diäthylenglykol untersucht wurden. Der "Weinskandal" nimmt so immer deutlicher Züge eines Wirtschaftskrieges der BRD gegen Österreich an. Ergänzend dazu verbreitet sich Staatssekretär Möbes vom Bundesgesundheitsministerium über die "Mißwirtschaft des sozialistischen österreichischen Landwirtschaftsministeriums". Sowas hat großdeutsche Traditionen. Die Faschisten bedienten sich der gleichen Mittel — u.a. einem "Tourismusboykott" —, um in Österreich den Widerstand gegen einen "Anschluß" an das Deutsche Reich zu schwächen. Eine ähnliche Absicht verfolgt die Bundesregierung: Sie will politische Kräfte in Österreich stärken, die für einen Anschluß an die EG eintreten, und läßt sie dafür spüren, wie teuer es werden kann, nicht in der EG zu sein. — (rül)



Ende August wollen Helmut Kohl und Präsident Mitterand Vereinbarungen über eine "engere militärische Zusammenarbeit" treffen. Das meldete am 22.7. die britische Zeitung "Financial Times". Schon vor kurzem hatten Wörner und der französische Verteidigungsminister Hernu große gemeinsame Manöver vereinbart. Nun soll die französische Regierung u.a. zusagen, die 47000 Mann starke französische "Schnelle Eingreiftruppe" im "Krisenfall" sofort in die BRD zu verlegen — zusätzliche Truppen für den Ostfeldzug. — (rül)

Bundestagsfraktion brachte nicht die erforderliche Abgeordnetenzahl auf. Nun sollten CDU-regierte Länder die Sache übernehmen. Vogel in Rheinland-Pfalz erklärte sich bereit, wenn noch ein anderes Bundesland mitziehe. Daran ist jetzt, nachdem der CDU-Parteitag in Baden-Württemberg nicht will, kein Denken mehr. Ein großer Erfolg gegen die Bemühungen, "die Uhren rückwärts zu drehen"?

Die Presse vermittelt diesen Eindruck. Unterlegen sei auf dem Parteitag ein klerikaler, hauptsächlich katholischer Flügel der Union, der in den ländlichen Gebieten stark sei. Gesiegt habe der liberale Flügel, der für die Ballungsräume stehe. Verloren hätten Kräfte, denen die Beseitigung der "Abtreibung auf Krankenschein" nur einen ersten Schritt zur völligen Kriminalisierung der Abtreibung bedeute, gesiegt jene, die im Grunde bereit wären, sich mit einem Recht auf Abtreibung abzufinden.

Das Land Baden-Württemberg blockiert seit der Reform des § 218 die Einrichtung von ärztlichen Praxen für die notwendigen Eingriffe und hat Anfang dieses Jahres vom Verwaltungsgericht in Mannheim beschneigt erhalten, daß es so verfassungswidrliche Ansprüche der Bevölkerung hintertreibe. Das Land ist jetzt in Berufung beim Bundesverwaltungsgerichtshof und rechnet, das faktische Verbot von ambulanter Behandlung einer Abtreibung halten zu können. Gleichzeitig verteidigt das Land erbittert das Recht der Krankenträger, zu entscheiden, ob an einem Krankenhaus die gesetzlich zustehende Abtreibung tatsächlich durchgeführt wird oder nicht. Nicht nur konfessionelle, sondern auch einige öffentliche Träger lassen Abtreibungen nach der Notlagenindikation nicht zu. Diese Situation wurde nicht von reaktionären CDUlern gegen liberalere geschaffen. Ihr Erhalt war ausdrücklicher Konsens des Parteitages. Der Parteitagsbeschluß vermittelt mit Absicht und zu Unrecht das Bild einer CDU, in der Liberal-freiheitliche beschäftigt sind, Pechschwarze zu bremsen.

Zur Ablehnung der Klage gegen "Abtreibung auf Krankenschein" begründete Späth nämlich einen Prüfungsauftrag. Man wolle in den nächsten zwei Jahren versuchen, die gegenwärtig auch in Baden-Württemberg nicht verbindliche Feststellung der sozialen Notlagenindikation durch zwei Ärzte verbindlich zu machen. Falls dies nicht gelänge, sei zu prüfen, ob "die bisherige Praxis der Notlagenindikation vereinbar sei mit dem im Grundgesetz verankerten Verbot von Eingriffen staatlicher Gewalt in den Schutz des ungeborenen Kindes". Im Klartext: Späth ruft die Union auf, durch Verwaltungshandeln Fakten zu schaffen, die versteckt angekündigte Revision des § 218 komme erst nach den Bundestagswahlen. — (alk, maf)

Lohnstandard

Auch bei Facharbeitern ist die vollständige Reproduktion nicht mehr gesichert

In den Politischen Berichten Nr. 12/85 haben wir begonnen, die Lohnlage von Beschäftigten in der Metallindustrie darzustellen. Die bürgerliche Propaganda versucht, die Auffassung zu verbreiten, daß die Lohnabhängigen nur nicht mit dem Geld umgehen könnten. Daß das nicht der Grund ist, wollen wir mit weiteren Beispielen aus dem Tarifgebiet Südbaden belegen. Dies soll auch dazu dienen, die Diskussion über die Tarifrunde 1986 zu beleben. Denn leider ist es nicht nur so, daß unter Arbeitslosen eine "neue Armut" entsteht, sondern bei großen Teilen der Lohnabhängigen geht es heute auch in diese Richtung.

R. ist Facharbeiter in einem Elektrobetrieb im Bereich der Verwaltungsstelle Offenburg. Er arbeitet im Zeitlohn in der Lohngruppe 8 und hat mit einer tariflichen Zulage einen Stundenverdienst von DM 14,84. Seine Eingruppierung und Zulage liegen etwa im Durchschnitt der Facharbei-

der Kinder während der Arbeit (60 DM Kindergarten, 390 DM halbtägig Tagesmutter einschließlich Mittagessen für beide), Auto (Haftpflicht 145 DM, Steuer 14,23 DM, Benzin rund 100 DM, Reparaturen rd. 100 DM) und Essen, Kleidung, Putz- und Pflegemittel mit rund 1200 DM. Ohne Ausgaben wie Urlaub, ergibt sich alles in allem ein monatliches Defizit von 600 DM.

Die so monatlich steigende Verschuldung ist auch nicht mehr über Lohnbestandteile wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und Sonderzahlungen aufzufangen. Diese Einnahmen machen im Monat ca. 300 DM aus. Als Ausweg bleibt gegenwärtig nur die Abschaffung des Autos.

Urlaub ist zur Zeit unmöglich. Jetzt schon ist es so, daß vor allem die Kleider für den Kleinen von Verwandten und Bekannten sind. Gekauft werden die wenigsten. Ausgaben wie für Schallplatten, Bücher, teilweise auch



Trotz der Forderung nach vollem Lohnausgleich gab es im Ergebnis eine erneute Reallohnsenkung.

ter mit Zeitlohn. Sein Monatsbruttolohn beträgt rd. 2480 DM; was netto rd. 1710 DM macht. Seine Frau arbeitet als Sekretärin in einem Maschinenbaubetrieb. Sie ist in K 3/4 eingruppiert und hat mit Zulagen und Fahrgeld etwa 1500 DM für 4 Stunden Teilzeitarbeit. Das ergibt netto rd. 1035 DM. Für zwei Kinder erhalten sie noch monatlich 150 DM Kindergeld, so daß sie ein monatliches Einkommen von etwa 2895 DM haben. Die größten Ausgabenposten sind: Wohnen (520 DM Miete für eine 100-qm-Altbauwohnung, 250 DM Nebenkosten, 65 DM Strom), Unterbringung

Kleidung sind fast ausschließlich über Geschenke von Verwandten zu realisieren. Würde jetzt z.B. die schon über 15 Jahre alte Waschmaschine kaputt gehen, dann wäre eine neue nur über weitere Verschuldung zu finanzieren. Das für solche Fälle und z.B. Zahnersatz vorgesehene Sparkonto mußte schon für den letzten Umzug geplündert werden.

Die ganze Situation zwingt R. immer mehr dazu, von der Firma geforderte Überstunden oder zeitweise Schichtarbeit zu machen. Eine tatsächliche Entspannung der Lage wäre nur über mehr Lohn zu erreichen. Da

FDP für Überstunden, SPD gegen deren Bezahlung

Die soziale Lage der Arbeiterbevölkerung wird immer vielseitiger Gegenstand politischer Bemühungen. Nach den Machenschaften gegen die Rentner (besonders erkrankte), gegen Arbeitslose (besonders ältere oder weibliche) verlagert man das Schwergewicht jetzt auf die Arbeitsgesetzgebung. Die Ziele der Bourgeoisie sind unter dem umfassenden Schlagwort Flexibilisierung zusammengefaßt. Eine Front gegen die gesteigerte Ausbeutung, auf die alle Flexibilisierung hinausläuft, muß sich aber erst noch bilden. Sie muß sich bilden, weil die politische Kraft der Arbeiterbewegung höher zu veranschlagen ist, als sich in den rohen, rein wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnissen darstellt. Die Konkurrenz, sei es um Beschäftigung schlechthin, sei es um die Lohnhöhe, sei es um Laufbahnmöglichkeiten, ist ein spontanes Ergebnis der Lohnarbeit. Die Bildung eines politischen Bewußtseins kann zu schnellen Verschiebungen im spontanen Verhalten führen. Die Anspannung der Konkurrenz durch die Kapitalisten schafft auch einen Resonanzboden für politische Aufklärung. Deswegen muß die Reaktion versuchen, die Arbeiterbewegung im Kampf um die öffentliche Meinung lahmzulegen. Deswegen wird von beiden Seiten die politische Diskussion der sozialen Lage forciert.

Gegenwärtig redet alle Welt von den Überstunden, der Notwendigkeit ihrer Begrenzung bzw. dem Schaden, den ein Verbot der Wirtschaft brächte. Bislang übernimmt die FDP den Part des Mahners & Warners exklusiv. Sie wittert eine Chance und

nicht zu Unrecht.

Die Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall hat untersucht, wie die Betriebe mit der Arbeitszeitverkürzung fertig wurden. Von den Großbetrieben (über 1000 Beschäftigte) hätten danach 88% ihre Anlagennutzungszeit halten oder steigern können. Von allen Betrieben nur noch 70%. Besondere Schwierigkeiten seien in den mittelständischen Unternehmen (Betriebe um die 500 Beschäftigte) aufgetreten.

Die Mittelstandsbetriebe in der Metallindustrie sind zumeist Firmen der Spezialfertigung. Die Kapitalisten erwarten von "ihren" Arbeitern genaue Kenntnis über die Einzelheiten der Arbeitsaufgabe. Die notwendige Besinnung wirkt gegen Bemühungen zur Verdichtung der Arbeitszeit. Wenn der kapitalistische Mittelstand pro Tag dieselbe Arbeitsleistung aus "seinen" Beschäftigten herausholen will wie die große Industrie, so muß er länger arbeiten lassen. Überstunden kosten Geld. Wenn Gerechtigkeit herrschen soll, muß der Stundenlohn in den mittelständischen Unternehmen um 20%, ja 30% niedriger liegen als in der Großindustrie, und so ist es auch. Das erzeugt beim Arbeiter das Bedürfnis nach Überstunden und läßt beim Kapitalisten Mittel, sie zu bezahlen. Die FDP hat sehr deutlich gesagt, daß die Erhaltung dieser Idylle für sie eine Koalitionfrage sei.

Solche Geräusche locken Sozialdemokraten auf die Bühne. Der neue Arbeits- und Sozialminister aus NRW, Heinemann, teilte mit, man überlege, über den Bundesrat ein Gesetz zur Begrenzung der Überstunden einzubringen. Diese sollten begrenzt werden durch:

– Verdoppelte Besteuerung der Einkommen aus Überstunden,



– Besteuerung der Betriebe, die Überstunden fahren,
– Gesetzliches Freizeitverrechnungsgebot.

Das "Freizeitverrechnungsgebot" soll einen Zeitraum von drei Monaten umschließen. Das wäre einmal was Gutes! Es ist Auftragsspitze. Franz M. arbeitet drei Wochen lang 50 Stunden, der Wettlauf um die Lieferzeit wird von seiner Firma mit einer Woche Vorsprung gewonnen. Jetzt kann er, weil er was geleistet hat, sich ausruhen.

Aus solchen Vorschlägen – ganz genaues ist noch nicht bekannt – muß man folgern, daß staatsbewußte Kreise in der SPD eine Große Koalition mit der CDU wollen, in der sie gleichzeitig der FDP die Möglichkeit geben, sich ideologisch und basismäßig als Opposition zu erholen. Jedenfalls vermeidet die SPD sorgsam alles, was der Arbeiterbewegung zur Entfaltung der politischen Kräfte Anhaltspunkte geben könnte.

aber mit einer Höhergruppierung nicht zu rechnen ist, müßte die nächste Lohnerhöhung schon recht hoch sein. Um das Defizit zu decken, müßten es etwa 3 DM die Stunde mehr sein, was einer Erhöhung von über 20% entsprechen würde. Bei seiner Frau dann entsprechend.

*

W.P. ist Werkzeugmachermeister. Er arbeitet seit fünf Jahren in einer Freiburger Firma als Werkzeugmacher. Er ist 28 Jahre alt, verheiratet und hat ein Kind. Das gegenwärtige Einkommen liegt bei einem Stundenlohn von 16,59 DM bei 2039 DM netto. Dazu kommen 50 DM Kindergeld. Rechnet man Urlaubs- und Weihnachtsgeld dazu, kommt man auf etwa 2240 DM netto. Zur Zeit ist die Frau schwanger, die Familie erwartet das zweite Kind. Bis vor einem Monat arbeitete die Frau bei einer Heißmangel ca. sechs Stunden in der Woche für ei-

nen Stundenlohn von 8,00 DM. Dadurch erhöhte sich das Einkommen um ca. 180 DM im Monat.

An festen Ausgaben hat die Familie: für die drei-Zimmer-Wohnung einschließlich Nebenkosten 820 DM. Für Haushaltskosten (Lebensmittel, Putzmittel, Kleidung etc.) 720 DM, letztes Jahr lag dieser Betrag noch bei 760 DM, es mußte eingespart werden. Für das Auto werden im Monat (Benzin und Versicherung) 190 DM gerechnet, im vergangenen Jahr lag der Betrag noch bei 240 DM, auch hier mußte gespart werden. Eine Neuanschaffung eines Wagens ist nicht möglich. Man hofft, daß das Auto wenigstens noch zwei Jahre hält.

450 DM werden benötigt für Dinge wie Telefon, Feuerwehrrabgabe, Zinsen, IGM-Beitrag, Fernsehen, Zeitung, Tilgung von Darlehen. Für persönliche Bedürfnisse wie Sport etc. werden 40 DM im Monat kalkuliert. So

entsteht trotz der knappen Kalkulation eine monatliche Unterdeckung des Haushaltes, die nur durch Urlaubs- und Weihnachtsgeld ausgeglichen werden kann. Ein Urlaub ist bei dieser Finanzlage nicht möglich. Die Situation ist sehr eng. Eine Verschuldung von 10000 DM, davon durch Überziehungskredit 6000 DM, ist vorhanden und nicht abzusehen, wie diese Verschuldung abgebaut werden kann. Man überlegt, das Auto abzumelden, aber das würde andere Probleme, z.B. beim Einkaufen, mit sich bringen. Wenn das zweite Kind kommt, wird die Situation noch schwieriger.

Jede außerplanmäßige Anschaffung reißt sofort ein tiefes Loch. Selbst eine Lohnerhöhung von 10% würde nichts an der Situation ändern. Ca. 3600 DM Brutto hält W.P. für erforderlich, um ein einigermaßen anständiges Leben führen zu können. – (ror, alk, dif, ged)

Kleiner Parteitag der CSU

Will die Union die Wahlen 1987 gewinnen, braucht sie neue Mehrheiten

Weniger der Streit in der Regierung belastet die Führungsmannschaft der Reaktion, sondern schon eher die Frage der Realisierung von Zielsetzungen mit geradezu geschichtlichen Dimensionen. Franz Josef Strauß hielt bei der Parteiausschuß-Sitzung am 7. Juli in Nürnberg, auch kleiner CSU-Parteitag genannt, den 250 Delegierten die Perspektive vor Augen, der aller Einsatz gelten muß. Ohne die intensive Vorbereitung der kommenden Wahlen (Landtagswahlen 1986 in Niedersachsen und Bayern sowie Bundestagswahl im Februar 1987) könne die CDU/CSU Gefahr laufen, aus dem Regierungslager verdrängt zu werden. "Das würde bedeuten, daß eine säkularer Fehlentscheidung mit unübersehbaren Ausmaßen zum drittenmal in einem Jahrhundert unser Land einem unkalkulierbaren Risiko, wenn nicht gar einer unkalkulierbaren Katastrophe preisgegeben würde." Daher wird mit dem Angriff auf die SPD ("Ein Wahlsieg der SPD wäre der Untergang Deutschlands", so Bauminister Schneider) alles, was in Verbindung mit der Arbeiterbewegung und ihren Interessen gebracht werden kann, von der Führungsriege der CSU ins Fadenkreuz genommen. Strauß ruft zum "offenen Kampf gegen einschleichende Wertneutralitäten" auf, wobei es ihm momentan nicht vorrangig auf das Zerfleddern der SPD ankommt, sondern auf die Mobilisierung der eigenen Reihen und vor allem auf die Schmiedung einer starken nationalistischen Schicksalsgemeinschaft: "Es kommt darauf an, die Menschen zu überzeugen, daß es in ihrem ureigensten persönlichen, familiären und nationalen Interesse liegt, durch die Abgabe ihrer Wahlstimme die Union an der Verantwortung zu halten." Wenn diese Überzeugung nicht gelingt, so folgert Strauß, dann wird sich die Union vielleicht einen Stamm von Urwählern erhalten, aber nicht die erforderlichen Mehrheiten für die Fortsetzung ihrer Politik. Eine Bedingung aber dafür ist die weitere Förderung der Kleineigentümer und besser verdienenden Lohnabhängigen, etwa nach den Schlagworten des in Nürnberg beschlossenen neuen Mittelstandsprogramms (siehe Kasten).

Bis zur nächsten Bundestagswahl ist die Arbeitslosigkeit das Problem Nummer eins, was aber Strauß nur so verstanden wissen will: "Der Mißbrauch unseres sozialen Systems muß eingeschränkt werden, wenn möglich überhaupt beendet werden." Es müsse endlich gelingen, die "echten" von den "unechten" Arbeitslosen zu trennen. Bis Anfang 1987 will Strauß ein Ergeb-

nis haben, das sich mit einer "Eins vor dem Komma" (höchstens noch 1,9 Mio. Arbeitslose) sehen lassen kann. Erreichen will er diese Marke durch den weiteren Ausbau zeitlich befristeter Arbeitsverträge, durch "flexiblere Umgangsmöglichkeiten" mit den Schwerbehinderten und vor allem durch eine "effizientere Arbeitsverwaltung", sprich Verschärfung der Zumutbarkeit, rigoroseren Zahlungsstopp der Versicherung und verschärfte Kriterien dafür, wer als arbeitslos gilt und wer nicht. So kommt Strauß nicht nur dem Verlangen der Kapitalisten nach billiger und entrechteter Arbeitskraft entgegen, sondern schafft Aufwind für die Propaganda in denjenigen Bevölkerungskreisen, die nicht unbedingt mit der Arbeiterschaft sympathisieren, weil er mit dem Druck auf die Arbeitslosenstati-



"Wir sind angetreten als CSU, weil wir der geschichtsphilosophischen Überzeugung waren, daß der Niedergang Deutschlands ... eine unmittelbare Folge des zynischen Abfalls der deutschen Politik von den Grundsätzen des Sittengesetzes war". (Strauß, Nürnberg 1985)

stik die "soziale Belastung unseres Volkes" reduziert hat. Wie wichtig für Strauß die Arbeitslosigkeit samt den brutalen Konsequenzen für die Arbeiter ist, erklärt er seinen Parteifreunden damit, daß auch die Millionen, die Hitler gewählt hätten, "einen starken Mann wollten, der dem unerträglichen Schicksal von sechs Millionen ... samt Familien ein Ende machen sollte". Was von der Union hierzu noch zu erwarten ist, bringt Strauß auf den Nenner: "Die Stimmung ist schlechter als die Lage und die Möglichkeiten".

Strauß setzt in den kommenden Jahren auf ein gewaltiges Investitions-, Subventions- und Steuererleichterungsprogramm, denn "wir müssen alle innovativen und investiven Kräfte in unserem Lande stärken, statt sie zu

entmutigen". Da werden all jene angesprochen, die Eigentum haben oder sich darauf Aussichten machen. Vorrangig ist die Belebung auf dem Bau-sektor: Die steuerliche Neuregelung der Wohnungsbauförderung schafft "Sicherheit für den potentiellen Haus-lebauer" (Waigel). Das Programm der Stadtsanierung ist "typisch mittel-ständisch geprägt", und das Konzept zum strukturellen Verkehrswegeaus-bau wird zum Geschenk an die Kapita-listen. So erinnert Strauß in diesem Zusammenhang z.B. an das Verspre-chen an die BMW AG, eine Autobahn zum Werk Dingolfing zu bauen, oder die Notwendigkeit einer schnellen Verbindung von München zum Chemiedreieck in Ostbayern.

In der Deutschlandpolitik fordert die CSU zukünftig mehr Geradlinig-keit in der Verfolgung großdeutscher imperialistischer Ziele. Verdeutlicht wird dies an dem erstrebten Zustand: "Sollte es einmal zu einem demokrati-schen Gesamtdeutschland kommen ... dann darf (auch) eine gesamt-deutsche Regierung nicht durch Fest-

legungen kleinmütiger Geister und engkariierter Schwätzer in Frage ge-stellt werden". Die CSU will der deutschnationalen Propaganda ver-stärkt das Bundesverfassungsge-richtsurteil von 1973 zu Grunde legen, das nicht nur den Grundgesetzauftrag festschreibt, sondern den seinerzeitigen Grundlagenvertrag revidiert, in-dem es die Identität der BRD als Staat mit dem Staat "Deutsches Reich" festschreibt. Strauß, auf das histori-sche Verdienst mit der erfolgreichen Normenkontrollklage hinweisend: "Hier handelt es sich um Rechtsposi-tionen, die man zur gegebenen Zeit dann auch braucht, um nicht ohne die Waffe des Rechtes dazustehen." Quellenhinweis: Bayernkurier 28/1985 - (ulh, dil)

CSU-Aktionsprogramm für den Mittelstand (Auszüge)

Zur Situation

Die CSU sieht im Mittelstand ein tragendes Element einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Politische Freiheit ist nicht möglich ohne die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen. Selbständige und unternehmerische Tätigkeit auf allen Ebenen sind wesentliche Bestandteile einer freiheitlichen Gesellschaft.

Diese Gesellschaft benötigt die volle Entfaltung der wirtschaftlichen Leistungskraft, auch und gerade der mittelständischen Betriebe, zur Bewältigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Wir brauchen neues Wachstum und technischen Fortschritt, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, Umweltbelastungen abzubauen und das System der sozialen Leistungen zu sichern. Hierzu ist eine Renaissance der marktwirtschaftlichen Ordnung, geprägt durch fairen Wettbewerb und schöpferische Eigeninitiative, erforderlich. Berufliche Leistungs- und Risikobereitschaft müssen sich lohnen.

III. Sozialpolitik und Arbeitsrecht

Nur eine leistungsfähige Wirtschaft sichert Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit.

Zur Situation

1. Die Sozialpolitik hat in unserem Land ein umfassendes soziales Sicherungssystem geschaffen, das weltweit ohne Beispiel ist. Es bietet Sicherheit vor den großen Lebensrisiken, unterstützt sozial Schwache und Benachteiligte und hat in der Förderung der Familie einen besonderen Schwerpunkt.

2. Wichtigste Voraussetzung für die Fortsetzung sozialer Politik ist die Sicherung finanzieller Grundlagen unseres Sozialsystems. Sozialpolitik darf die Leistungskräfte der Volkswirtschaft nicht überfordern. Die zu hohe Steuer- und Abgabenlast beruflicher Leistungen sowie der Betriebe gefährdet die Quellen, aus denen sich unser Sozialsystem finanziert. Die im internationalen Vergleich höchsten Lohnzusatzkosten verhindern Beschäftigung und vermehren Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft. Immer mehr entziehen sich der Pflicht, mit Steuern und Abgaben das Sozialsystem zu finanzieren.

Forderungen

1. Vorrangig ist eine Begrenzung der Soziallasten der Betriebe. Ein weiterer Anstieg der gesetzlichen

und tariflichen Lohnnebenkosten muß verhindert werden.

2. In der Rentenversicherung

– sind geeignete Maßnahmen notwendig, die die Finanzierbarkeit des Rentensystems auf lange Sicht gewährleisten und dazu beitragen, daß eine weitere Erhöhung der Gesamtbelastung aus Sozialbeiträgen vermieden wird;

– ist am Versicherungsprinzip und der Beitragsbezogenheit der Renten festzuhalten;

– ist die Gleichbehandlung der selbständigen Erwerbstätigen und ihrer Familienangehörigen mit den übrigen Versicherten sicherzustellen;

– ist den Junghandwerkern und Alleinmeistern die Möglichkeit zu eröffnen, durch entsprechende Beitragsgestaltung die seit 1984 geltenden neuen Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente zu erfüllen.

3. Im Gesundheitswesen muß der überproportionale Kostenanstieg durch Stärkung der Eigenverantwortung und Konzentration auf die sozial- und gesundheitspolitischen Leistungen gestoppt werden.

4. Bei der Arbeitslosenversicherung ist eine schnelle Korrektur des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes besonders dringlich, damit Arbeitskampfmassnahmen nicht aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden können.

5. Innerhalb der gesetzlichen Soziallasten der Betriebe haben Lohnfortzahlung und Schwerbehindertengesetz besonderes Gewicht. Begrüßt wird deshalb die geplante Novellierung des Schwerbehindertengesetzes. Die bisherigen Regelungen sollten überprüft werden mit dem Ziel, die den Betrieben aus dem Gesetz erwachsenden Belastungen zu verringern und dadurch auch die Einstellungschancen für Schwerbehinderte zu verbessern.

6. Die gesetzliche Regelung über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub ist so auszugestalten, daß sie die kleineren Betriebe im Einzelfall nicht belastet.

7. Die zunehmende Schwarzarbeit muß wirksamer als bisher bekämpft werden durch

– Ausschöpfung der vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten;

– Präzisierung der im Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit beschriebenen Tatbestände und

– Einbeziehung der Handwerkskammern in den Kreis der mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit befaßten Behörden.

Solidarisch für mehr Beschäftigung und Abbau von Einstellungshemmnissen

1. Das Arbeitsrecht muß den veränderten Bedingungen des Arbeitsmarktes angepaßt werden, ohne substantielle Arbeitnehmerrechte abzubauen. Arbeits- und Sozialgesetze richten sich heute vielfach gegen jene, zu deren Schutz sie erlassen sind. Anpassungen sind so vorzunehmen, daß sie Einstellungshemmnisse beseitigen, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen und den wirtschaftlichen Gegebenheiten kleiner und mittlerer Betriebe besser entsprechen.

2. Mit der Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und dem Beschäftigungsförderungsgesetz, die vor allem der Überwindung von Ausbildungs- und Einstellungshemmnissen dienen und die Flexibilität der Betriebe erhöhen, sind bereits wichtige Schritte in diese Richtung getan. Die CSU ist für eine mittelstandsorientierte Ausgestaltung von Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht, z.B. im Vorruhestandsgesetz, eingetreten.

Forderungen

1. Die Verantwortung für eine den Bedingungen des Arbeitsmarktes besser entsprechende differenzierte Lohngestaltung muß bei den Tarifpartnern bleiben. Eine gespaltene Lohnpolitik wird abgelehnt. Jedoch sollten Gesetzgeber und Tarifpartner den Bedingungen kleinerer Betriebe durch Eröffnung einzelbetrieblicher Gestaltungsmöglichkeiten Rechnung tragen.

2. Der Kündigungsschutz als ein zentrales Arbeitnehmerrecht muß unangetastet bleiben. In den Fällen, in denen ein realitätsferner Kündigungsschutz die Existenz von Betrieben gefährdet oder bestimmte Arbeitnehmergruppen unverhältnismäßig benachteiligt, sollten jedoch Möglichkeiten einer weniger beschäftigungsfeindlichen Handhabung geprüft werden. Vor allem sollte der Gesetzgeber auf die extensive Anwendung des Kündigungsschutzes durch die Arbeitsgerichte reagieren mit dem Ziel, den ursprünglichen Willen des Gesetzes wiederherzustellen.

3. Das neue Arbeitszeitgesetz muß den betrieblichen Bedürfnissen der Klein- und Mittelbetriebe noch stärker als bisher Rechnung tragen.

4. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz darf die bisherigen Möglichkeiten mittelständischer, insbesondere handwerklicher Betriebe, im Rahmen ihrer gewerberechtlichen Befugnis Dienstleistungen in fremden Betrieben unter Einsatz ihrer Arbeitnehmer zu erbringen, nicht erschweren oder unmöglich machen.

Philippinen

Agrarprogramm und Bündnispolitik der philippinischen Revolution

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Dokumenten der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und der Einheitsfrontorganisation National Democratic Front (NDF). Die CPP wurde 1968 gegründet, nachdem die Führung der alten, 1930 gegründeten Partei offen die Unterstützung des Marcos-Regimes propagiert hatte. Wenige Monate nach ihrer Gründung begann die CPP mit dem Aufbau der New People's Army (NPA) und der Entwicklung der Einheitsfrontorganisation NDF. Auf der ersten offiziellen Pressekonferenz der illegalen NDF am 9. April 1985 auf Mindanao berichtete die NDF-Führung, daß heute jeder zehnte Einwohner Mitglied einer der NDF-Organisationen ist und daß es bis 1990 möglich sein werde, Großstädte militärisch zu kontrollieren und Volksaufstände zu organisieren. Auf Mindanao haben die in der NDF zusammengeschlossenen Kräfte inzwischen eine provisorische Regierung gebildet; entsprechende Räte werden auch in anderen Provinzen gebildet. Hauptpunkt des 1973 verabschiedeten Programms der NDF ist "der Zusammenschluß aller antiimperialistischen und demokratischen Kräfte zum Sturz der US-Marcos-Diktatur und die Errichtung einer Koalitionsregierung, die auf einem wirklich demokratischen Repräsentationsprinzip basiert".

Revolutionärer Führer zur Landreform (Dokument der CPP)

I.1. Der Hauptinhalt der demokratischen Revolution des Volkes ist die Erfüllung der Forderung der Bauern nach Land und die Austrottung der verschiedenen Formen der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung.

I.2. Es ist deswegen die Hauptaufgabe der demokratischen Volksregierung, diese Forderung zu erfüllen durch ein umfassendes Landreformprogramm, dessen wesentliches Ziel die freie Landverteilung an die armen Bauern und die unteren Mittelbauern und die Förderung der produktiven Kooperation unter den Bauernmassen ist.

II.1. Dieses Landreformprogramm hat als Minimalziel die drastische Reduzierung der Pachtsätze und die Eliminierung des Wuchers; als Maximalziel die freie Verteilung des Landes an die, die kein Land oder nicht genug Land haben. Dieses Programm hat als festes Ziel auch die Verbesserung der Löhne und der Lebensbedingungen der Landarbeiter in Landgütern, die auf kapitalistischer Basis operieren...

III.1. In Gebieten mit feudalen Beziehungen soll die Landpacht auf etwas über 10% der Ernte oder noch weniger reduziert werden. Dieser Pachtzins kann in Geld oder Naturalien geleistet werden...

III.3. Der Wucher wird vollständig durch vier Methoden beseitigt:

- a. Ermutigung der Bauernmassen zur Bildung von Ersparnissen;
- b. dadurch, daß die Bauernvereinigungen als Kooperativen operieren und Einkommen bilden;
- c. durch Begrenzung des Zinssatzes auf 6% p.a. auf laufende Schulden;
- d. durch Erlass aller ungerechten Schulden und Neukalkulation alter Schulden fünf Jahre zurück zum einfachen Zinssatz von 6% p.a. ...

IV.1. Das Land wird von den Grundbesitzern konfisziert und frei verteilt an die Familien armer und unterer Mittelbauern, die dabei die Priorität haben, das Land zu besitzen, was sie bebauen. Aber sie sollen gleichzeitig bestimmten Änderungen zustimmen, damit jede Familie genug Land hat und sich der allgemeine Wohlstand verbessert.

IV.2. Das Land wird verteilt nach



Kämpfer und Sympathisanten feiern den 16. Jahrestag der NPA.

dem Grundsatz der Egalisierung des Landbesitzes und damit es den armen Bauern und den unteren Mittelbauern möglich wird, den Status von mittleren Mittelbauern zu erreichen. Dabei wird berücksichtigt: das gesamte zur Verteilung stehende Land in dem Gebiet, die Größe und die Zahl der Arbeitskräfte jeder Familie oder jedes Haushalts sowie die Qualität, Lage und Größe des Landes...

X.1. Ein Grundbesitzer ist einer, der Land besitzt, aber nicht oder nur ne-

benbei arbeitet und der vollständig oder hauptsächlich seinen Lebensunterhalt von Pachteinnahmen bestreitet. Landverwalter, Aufseher, Arbeitskräftevermittler und lokale Häuptlinge, denen es mindestens besser geht als den mittleren Mittelbauern, weil sie von der Ausbeutung der Bauern als ihrer Haupteinkommensquelle zehren, gehören auch in diese Kategorie. Neben der Ausbeutung der Bauern durch die Pachten betreiben die Grundherren auch Wucher, Zwangsarbeit, Arbeitskräftevermittlung...

X.2. Ein reicher Bauer hat im allgemeinen Land, auch wenn er oft noch Land pachtet. Er unterscheidet sich vom Grundbesitzer dadurch, daß er hauptsächlich von seiner eigenen Hände Arbeit und der Bestellung des Bodens lebt. Er unterscheidet sich vom oberen Mittelbauern darin, daß er zu 30%–50% von der Ausbeutung anderer lebt. Er betreibt Ausbeutung durch Anheuern von Lohnarbeitern, Vermieten von Farmtieren und -maschinen und hat soviel Geld, daß er Geld verleiht.

X.3. Viele Mittelbauern besitzen Land, obwohl sie in anderen Fällen Land pachten. Sie leben vollständig oder weitgehend von ihrer eigenen Arbeit und verkaufen ihre Arbeitskraft nicht an andere...

X.4. Die armen Bauern sind haupt-

sächlich oder vollständig Pächter. Sie haben überhaupt kein oder nur ein sehr kleines Stück Land. Es fehlt ihnen manchmal an Ackerbaugeräten; sie besitzen keine Farmtiere. Sie müssen für bestimmte Zeiten ihre Arbeitskraft verkaufen.

X.5. Die Arbeiter auf dem Land haben im allgemeinen kein Land und Farmgerät und müssen vollständig oder hauptsächlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Die Landarbeiter fallen unter diese Kategorie...

Die ganze nationale Bourgeoisie jetzt offen für die Revolution (Dokument der CPP von 1985)

Gewöhnliche philippinische Kapitalisten sind in extremen Schwierigkeiten aufgrund der Wirtschaftskrise. Immer mehr gehen bankrott, und die nationale Bourgeoisie ist generell für revolutionären Wandel empfänglich geworden... Die nationale Bourgeoisie ist die mittlere Schicht der Bourgeoisie, zwischen der Kompradoren-Großbourgeoisie und der Kleinbourgeoisie. Die drei Schichten unterscheiden sich prinzipiell in ihrer ökonomischen Lage und ihrer politischen Stellung.

Die Geschäfte kapitalistischen Inhalts der oberen Kleinbourgeoisie unterscheiden sich von denen der nationalen Bourgeoisie darin, daß die ersten generell auf dem Niveau der Reproduktion des Kapitals bleiben, während letztere Kapital akkumulieren. Im Verhältnis zur Kleinbourgeoisie nutzen die nationalen Kapitalisten relativ moderne Produktionsmittel und beuten ein relativ konzentriertes Arbeiterheer aus. Die Investitionen der nationalen Kapitalisten sind ziemlich verteilt, meist in nicht-strategischen Wirtschaftssektoren.

Die großen Kompradorenkapitalisten stützen sich auf imperialistische Ausbeutung und vermehren ihren Reichtum durch ihre Partnerschaft mit dem Imperialismus. Sie nähren sich an der Brust des Imperialismus und treiben Kolonialhandel, bei dem das Land Rohmaterial exportiert und Fertigprodukte importiert...

Weil die philippinische Gesellschaft semikolonial und semifeudal bleibt, ist die ökonomische Basis der nationalen Bourgeoisie schwach. Der Imperialismus und die von ihm geförderten semifeudalen Verhältnisse behindern den lokalen Kapitalismus, wie er von der nationalen Bourgeoisie verkörpert wird; sie untergraben die nationale Industrialisierung, die die nationale Bourgeoisie anstrebt...

Wir müssen die exzellenten Bedingungen nutzen, die nationale Bourgeoisie für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Besonders für unsere Propaganda empfänglich sind die Kapitalisten, deren Produkte für den lokalen Markt sind, die nicht mit ausländischem Kapital verbunden sind, die im Konkurrenzkampf ausländischen Gesellschaften unterlegen sind und die hauptsächlich von ihrem Geschäft leben. Wir müssen sie überzeugen, die gewerkschaftliche Organisation unter ihren Arbeitern zuzulassen, und ihnen geduldig erklären, daß die Gewerkschaften nötig sind für die Stärkung der Kräfte gegen den Hauptfeind. Wir müssen eine revolutionäre Einheit zwischen ihnen und der Arbeiterklasse entwickeln. Andererseits müssen die Arbeiter mit ihnen für gerechte Forderungen und mit Zurück-

haltung kämpfen — das bedeutet, sie nicht in den Bankrott zu treiben.

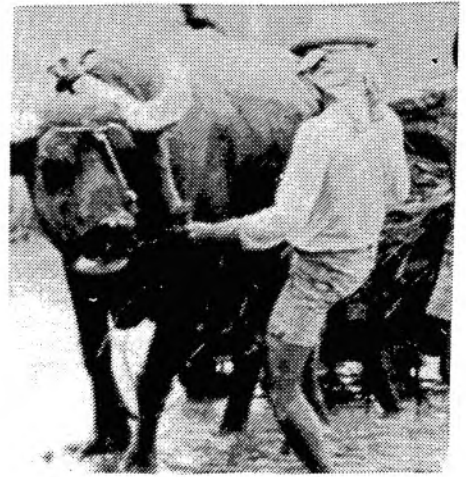
Es ist das Ziel der national-demokratischen Revolution neuen Typs als notwendigem Schritt zum Sozialismus, alle Barrieren für die nationale Industrialisierung und die Entwicklung des Kapitalismus zu beseitigen — ein kontrollierter Kapitalismus, der nicht das Leben der Volksmassen dominiert. Der demokratische Staat wird sich einerseits bemühen, sie zu gewinnen und die legitimen Geschäftsinteressen der nationalen Bourgeoisie zu schützen, und gleichzeitig strategische Industrien und ausländische und philippinische Firmen verstaatlichen, die Monopolcharakter haben oder zu groß für Privatbesitz sind...

Die Doppelseitigkeit der bürgerlichen Reformisten ist Basis unserer Doppeltaktik (Dokument der CPP von 1985)

Die Intensivierung des Kampfes zwischen der US-Marcos-Diktatur und der Front gegen die Diktatur steht im Zentrum der gegenwärtigen Bewegung und Orientierung der politischen Kräfte auf den Philippinen. Eine dritte politische Kraft geht mit dem großen Strom, aber bis jetzt auf eine sehr begrenzte und opportunistische Weise. Das sind die bürgerlichen Reformisten, eine Fraktion der herrschenden Klassen. Prinzipiell unterstützen die bürgerlichen Reformisten einige demokratische Bestrebungen des Volkes, halten aber gleichzeitig an den faschistischen Interessen der reaktionären Kräfte der philippinischen Gesellschaft fest. Ihr Hauptziel ist die Wiederbelebung der untergehenden sozialen Ordnung, die Isolierung der Revolutionäre und die Verhinderung jeder wirklichen revolutionären Veränderung. Dieser Doppelcharakter bestimmt und erklärt die Handlungen der bürgerlichen Reformisten als politische Kraft.

Die bürgerlichen Reformisten repräsentieren die Klasseninteressen der großen Kompradoren, Großgrundbesitzer und bürokratischen Kapitalisten, die von der Macht ausgeschlossen sind; sie haben die faschistische Herrschaft der Marcos-Clique satt; und sie sind über die wachsende Stärke der Revolutionäre und die Gefahr des Untergangs des semikolonialen und semifeudalen Systems alarmiert. Zu ihnen gehören konservative Ex-Politiker, pensionierte Generäle, Führer der katholischen Kirche und frühere Mitglieder der Marcos-Clique, die jetzt über das Regime enttäuscht sind und es angreifen. Ihr Einfluß geht bis in die Reihen der Massen...

Basierend auf dem Doppelcharakter der bürgerlichen Reformisten verfolgt die revolutionäre Bewegung eine zweiseitige Politik ihnen gegenüber: Sie sind ein zweitrangiger Feind, aber sie können unsere taktischen Verbündeten sein in Kämpfen gegen die Dik-



Viele Bauern besitzen keine eigenen Tiere.

tatur, wenn auch nur für kurze Perioden und in besonderen Fragen. Im Zusammenhang der Verschärfung des Hauptwiderspruchs bemühen wir uns um taktische Allianzen zu immer mehr Angelegenheiten und breiteren Zielen, während wir ihre Handlungen gegen das Volk und gegen die Revolution bekämpfen...

Quellenhinweis: Deutsche Volkszeitung, No. 28/85; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Ang Bayan, hrsg. vom ZK der CPP, div. Ausgaben; Amado Guerrero: Specific Characteristics of People's War in the Philippines, Oakland 1974 — (wom)

Indien

Die Liberalisierung wird fortgesetzt

Am 9. und 10. Juli 1985 hielt sich Außenminister Genscher in Delhi auf, wo er mit der indischen Regierung Gespräche über wirtschaftliche und politische Beziehungen führte. Obwohl die westdeutschen Imperialisten verstärkt seit der Hannover Messe im Frühjahr versuchen, in Indien Fuß zu fassen, halten sich die Regierungsvertreter wie Genscher nach Besuchen in Indien eher bedeckt. Offensichtlich soll weiter zugewartet werden, wie Indiens Premierminister seinen Kurs der Öffnung des Landes für ausländische Investoren fortführt. Zudem hat Indien vor zwei Monaten ein umfangreiches Abkommen zur gegenseitigen wirtschaftlichen Unterstützung mit der Sowjetunion abgeschlossen.

Bei einer Pressekonferenz am 7. Juli hat Gandhi seine Zielvorstellungen ausführlich dargelegt. Dabei hat er auf den Schwerpunkt der Verbesserung der Infrastruktur des Landes insbesondere im Kommunikationsbereich abgehoben. Hier ist bereits Siemens in großem Maßstab beteiligt. Eine weitgehende Lockerung der Importbedingungen für hochwertige Technologie ist bereits in Kraft.

Obwohl in der Presse das betont liberale Gebahren von R. Gandhi stets erwähnt wird, bleibt doch festzuhalten, daß er innenpolitisch nach wie vor die Maßnahmen, die seine Mutter als Vorgängerin im Amt verfügt hat, in Kraft hält. Hier ist insbesondere der nach wie vor unter President's Rule stehende Unionsstaat Punjab zu nennen. Dem Bundesstaat Gujarat steht ähnliches bevor. Dort hatte es in den vergangenen Wochen heftige Straßenkämpfe gegeben. Einen weiteren Ausbau des Polizeiapparates hat Gandhi schon angekündigt. Bei der Pressekonferenz verwies Gandhi weiter auf die Notwendigkeit der Steigerung der Produktivität, um die Armut zu bekämpfen. Die Armut ist im Grunde stets der Auslöser für oft erbittert geführte Straßenkämpfe, die häufig als religiöse Konflikte behandelt werden. Dabei hatte Gandhi noch Anfang des Jahres bei Regierungsantritt verkündet, daß die Armutsbekämpfung sein vordringlichstes Ziel sei.

Für die Produktionssteigerung wird im neuen Haushaltsplan 1985/86 vor allem der Import von landwirtschaftlichen Maschinen vorgesehen. Außerdem wird in großem Umfang Computertechnologie eingeführt, um Rationalisierungen durchführen zu können. Eine Steuerreform ist in Vorbereitung, die v.a. Investoren und Privatbetriebe begünstigen soll, um die "Eigeninitiative anzukurbeln". Die derzeitige Steuerbelastung der Privatindustrie soll dieses Jahr um 5% und im nächsten Jahr um weitere 5% nachgelassen werden.

Quellenhinweis: NZZ, div. Ausgaben; Bulletins der indischen Botschaft in Brüssel, April-Juni 1985. — (cog)

Südafrika/Azania

Kämpfe und Forderungen der Bergarbeiter

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustands versucht das südafrikanische Regime nicht zuletzt, den angekündigten Streik der Arbeiter in den Goldminen zu unterdrücken. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß ihm auf diese Weise die Befriedung der Bergarbeiter gelingt. Zu angespannt sind die Widersprüche zwischen den über 600000 afrikanischen Bergarbeitern — allein 430000 arbeiten in den Goldminen — und den großen Bergwerksmonopolen, und das Selbstbewußtsein der Arbeiter ist in den Kämpfen der letzten Jahre enorm gewachsen.

Über 60000 afrikanische Bergarbeiter haben allein in den ersten vier Monaten des Jahres an Streiks oder kurzen Arbeitsniederlegungen teilgenommen. 20000 streikten Ende Juni/Anfang Juli bei Gencor, einer der Anglo-American Corp. gehörenden Gesellschaft, gegen ein unzureichen-

des Lohnangebot. In zwei anderen Minen der Anglo-American setzte die schwarze Bergarbeitergewerkschaft NUM, die inzwischen über 100000 Mitglieder zählt, jetzt einen bezahlten 1. Mai durch.

Vor allem zwei Ziele verfolgt die NUM in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen: Erstens fordert sie eine Lohnerhöhung von 40% sowie die Zahlung einer Gefahrentzulage. Nach wie vor sind die Löhne der schwarzen Bergarbeiter horrend niedrig. Die rund 150000 Weißen in den Bergwerken, vornehmlich auf Aufseher- und Vorarbeiterposten, verdienen fünf- bis sechsmal so viel wie die Afrikaner, deren Durchschnittslohn 1983 nach offiziellen, noch beschönigenden Quellen bei 251 Rand im Monat lag, das sind 377 DM. Diesen Hungerlohn erhalten die Bergarbeiter für eine Arbeit, die schwerer kaum vorstellbar ist. Die meisten Goldminen sind zu Tiefen von drei- bis vier Kilometern vorgestoßen; dort unten herrschen Temperaturen von 42 Grad, die jede Bewegung zur Qual machen. Und je tiefer die Arbeit, desto gefährlicher ist sie. 1982 verunglückten in den Goldbergwerken 596 Arbeiter tödlich, 15200 wurden so schwer verletzt, daß sie mindestens zwei Wochen arbeitsunfähig waren.

Zweitens fordert die NUM die Beseitigung der sogenannten "job-reservation", nach der bestimmte qualifizierte Arbeiten nur von Weißen ausgeführt werden dürfen. Vor allem der größte Bergwerkkonzern, die Anglo-American Corp. des sich liberal gebärdenden Oppenheimer, brüstet sich damit, daß Schwarze längst die Arbeit von Weißen tun. Aber genau das bekämpft die NUM — denn die Afrikaner erhalten dafür nicht denselben Lohn wie die Weißen. So hat die NUM ihre Mitglieder aufgefordert, keinerlei Arbeit zu tun, die laut Gesetz für Weiße "reserviert" ist.

Auch wenn Armee und Polizei, die die Goldbergbauegebiete förmlich besetzt haben, den geplanten Streik unterdrücken können, so hat die Gewerkschaft der afrikanischen Bergarbeiter andere Taktiken ausgearbeitet, die die Bergwerksmonopole hart treffen können. Die Verweigerung "reservierter" Arbeiten ist eine, die Taktik des langsam Arbeitens, in den letzten Monaten vielfach angewandt, eine zweite. Weitere Kampfsschritte, die sich ebenfalls auf die Produktion auswirken, hat die NUM erst kürzlich angekündigt: Schwarze Bergarbeiter werden tätliche Angriffe weißer Vorarbeiter nicht mehr hinnehmen, sie werden zurückschlagen; sie werden nicht mehr dulden, daß Weiße sie zu persönlichen Diensten heranziehen, was bisher gang und gäbe ist; auch andere rassistische Praktiken in den Minen werden nicht mehr hingenommen. Quellenhinweis: CUSA News Cuttings; Merian, Südafrika — (scc)

Regierungskrise in Spanien

Neue Minister für Sozialpakt und NATO-Mitgliedschaft?

Am 4. Juli sei mit der Veröffentlichung einer neuen Kabinettsliste eine rd. 20tägige "Regierungsumbildung" zu Ende gegangen — so jedenfalls die Verlautbarungen der spanischen Regierung. Einige Daten zum Ablauf der Ereignisse:

Der Reagan-Besuch in der BRD und Spanien wird zum Anlaß großer Demonstrationen gegen NATO, Faschismus und US-Imperialismus. Am 12. Juni unterzeichnet Spanien das Beitrittsabkommen zur EG. Die Gewerkschaften organisieren Streiks und Protestaktionen gegen die geplante Rentenreform. Der Gewerkschaftsflügel



Gründe der Kabinettsumbildung u.a.: die Forderungen der Gewerkschaften. Bild: Saricibar und Zuflaur, Mitglieder der Verhandlungskommission der UGT.

der regierenden PSOE beteiligt sich an den Protestaktionen. Anfang Juli konzentrieren sich die Personalverhandlungen für ein neues Kabinett auf die Person des Wirtschafts- und Finanzministers Boyer. Boyer fordert für sich zusätzlich das Amt des Vizepräsidenten. Gonzales betont seine Bemühungen um den Verbleib Boyers im Kabinett, stellt aber zugleich in der Öffentlichkeit den Posten des Außenministers Moran zur Disposition. Moran galt als einziger Vertreter eines NATO-kritischen Kurses in der Regierung. Genscher brüskiert nach Pressemeldungen den amtierenden spanischen Außenminister auf dem Mailänder EG-Gipfel mit der Frage, ob er wohl noch weiter in der Regierung verbleiben werde oder nicht. Am 4. Juli gibt der spanische Regierungschef die Demission Boyers und die neue Kabinettsliste bekannt. Ihre Zusammenstellung ist zugleich ein Programm für die Wahlen von 1986:

Alfonso Guerra — der stellvertretende Parteivorsitzende — bleibt auch stellvertretender Ministerpräsident. Damit ist der Einfluß des Parteiapparates in der Regierung gesichert. Als

Wirtschafts- und Finanzminister wird Miguel Boyer, der Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Gesetzesentwürfe abgelehnt hatte und als strikter Vertreter des spanischen "Modernisierungskurses" gilt, durch Carlos Solchaga ersetzt. Eine Änderung des Wirtschaftskurses der Regierung ist damit nicht angekündigt, nur eine Änderung des Umganges mit dem Gewerkschaftsflügel der PSOE und mit der UGT. Solchaga war bisher Minister für Industrie und als solcher zuständig für die Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen vor allem in der Stahl- und Schiffbauindustrie. Fernando Moran wird als Außenminister durch Francisco Fernandez Ordonez ersetzt, einen Anhänger der NATO und der EG-Politik Boyers. Damit sind die Weichen für eine weitere Zunahme der Investitionen europäischen und amerikanischen Kapitals in Spanien gestellt. Als eine seiner ersten Amtshandlungen wird Ordonez die Verkaufsverhandlungen über den spanischen Automobilkonzern SEAT an VW in die Hand nehmen. Ausgewechselt wurden außerdem noch die Minister für Verwaltung, Verkehr, öffentliche Bauten und Industrie.

Die neue Regierung hat mit dem überarbeiteten Entwurf des Gesetzes zur Rentenreform erst minimale Zugeständnisse an die Forderungen der Gewerkschaften gemacht. Modifiziert wurden bisher: Senkung der Mindestjahre der Mitgliedschaft in der Invalidenversicherung, Orientierung der Rentenerhöhungen an der Inflationsrate, Änderung der Berechnung des letzten Durchschnittslohnes, Regelungen für eine Zusatzversicherung für Nicht-Rentenanspruchsberechtigte. Nicolas Redondo, der Vorsitzende der UGT und Abgeordnete der PSOE, erklärte gegenüber der Presse, er werde gegen den Gesetzesentwurf in der vorliegenden Form stimmen. Quellenhinweis: El Pais 1.6.-22.7. 85, Cambio 15/22.7.- (chc)

noch Sekretär der Metaller, einer der energischsten Verfechter einer kämpferischen Gewerkschaftseinheit. Aber Carniti war es auch, der im letzten Jahr das 1972 geschlossene Aktionsbündnis der drei Richtungsgewerkschaften förmlich aufkündigte.

Der Kongreß hat die Linie, die die CISL in den letzten Jahren vertreten hat, gerade auch in den Punkten bekräftigt, die zu schroffen Kontroversen mit der kommunistisch-sozialistischen CGIL geführt haben. Da ist vor allem die "Konzertierung" von Löhnen, Preisen und Beschäftigten, in deren Namen die CISL im letzten Jahr bereit war, ein Separatabkommen über die Kürzung der Inflationszuschläge zum Lohn zu unterschreiben.

Nur durch freiwillige Lohnbeschränkungen, so die CISL, könnten die Gewerkschaften eine Wirtschaftspolitik erreichen, die die Inflation dämpft und die Beschäftigung steigert. Und nur so könne der zunehmenden Zersplitterung der Lohnabhängigen in Beschäftigte und Arbeitslose, Arbeiter und Angestellte, Groß- und Kleinbetriebe begegnet werden.

Eine totale Wende gegenüber den

Zeiten, wo sich die CISL als Vorkämpferin der aus dem Süden zugewanderten Fließbandarbeiter gebärdete und eine rabiat gleichmacherische Lohnpolitik verfocht? Nicht ganz. Im Grunde greift die CISL immer noch auf den denselben, sehr katholischen Begriff von "Solidarität" mit den Zukurzgekommenen zurück, die sich heute nur nicht mehr in gewerkschaftlichen Kämpfen alten Stils zusammenfassen ließen. Dabei vergißt die CISL freilich, daß die freiwillige Aufgabe von Kampfpositionen die Gewerkschaften gerade des Rückhalts beraubt, auf den gestützt sie allein auf Regierung und Kapitalisten Druck ausüben könnten.

Immerhin hat die CISL auf dem Kongreß energisch "Gegenleistungen" der Regierung für die Zugeständnisse von 1984 eingefordert und die Rolle der betrieblichen Kämpfe wieder stärker betont. Ob das freilich ausreichen wird, um zu den angekündigten "gemeinsamen Projekten" mit der CGIL zu kommen, bleibt bei den scharfen Widersprüchen fraglich.

Quellenhinweis: l'Unità 7.-13.7., Rinascente 6.7. - (ulg)

Jugoslawien

Sozialpolitik: Lob dem Unterschied ?

Anfang April 1985 fand in Belgrad die Bundeskonferenz des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens statt, einer Massenorganisation, die eine Mittelstellung zwischen dem Bund der Kommunisten, den Organisationen der selbstverwalteten Arbeit und den Gewerkschaften einnimmt.

Im folgenden setzen wir uns mit einer Auswertung dieses Kongresses, dessen Schwerpunkt die Sozialpolitik

war, auseinander. Der Autor des Artikels in der "Ekonomika Politika", der größten jugoslawischen Wirtschaftszeitung, bringt zu Beginn seines Beitrages umfangreiches Material, das die äußerst schwierige materielle Lage der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiter einfacher Qualifikation, aber auch der Rentner, Arbeitslosen, Jugendlichen u.a. belegt.

Der Lebensstandard fällt seit fünf

Italien

Kongreß des katholischen Gewerkschaftsbundes

Als erster der drei italienischen Gewerkschaftsbünde hat die katholische CISL vom 8. bis 12. Juli in Rom ihren Kongreß abgehalten. Der Kongreß stand ganz im Zeichen des Abschieds von Pierre Carniti, dem bisherigen Generalsekretär, der die Gewerkschaftsarbeit aus gesundheitlichen Gründen aufgibt. Carniti war der erste Parteilose an der Spitze des mit fast drei Millionen Mitgliedern zweitgrößten Gewerkschaftsbundes; sein Nachfolger Franco Marini ist wieder Christdemokrat. In den 60er und frühen 70er Jahren war Carniti, damals





Am letzten Mittwoch, wenige Stunden vor Beginn des unbefristeten Generalstreiks in Israel, einigten sich die israelische Regierung und Gewerkschaften über den von der Regierung beschlossenen Sozialabbau. Die Kürzungen der Subventionen für Grundnahrungsmittel und das Abkoppeln der Löhne von der Inflationsrate (1984: fast 400%) sollen durch Ausgleichszahlungen vor allem an Niedriglöhner gemildert werden. Sofort sollen 14 bzw. 12% (im öffentlichen Dienst) auf alle Löhne gezahlt werden. Von August bis März 1986 sind weitere Ausgleichszahlungen vorgesehen. Ministerpräsident Peres zeigte sich zufrieden über die Einigung. — (wom)

USA: Streikampf gegen Lohnaufspaltung

Die 4500 Werftarbeiter einer der größten US-Ostküstenwerften, Bath Iron Works im Staate Maine, haben die Lohnsenkungsforderung der Kapitalisten erneut zurückgewiesen und die Fortführung ihres Streiks beschlossen. Den Streik hatten sie am 1. Juli begonnen, nachdem die Kapitalisten einseitig Tarifbestimmungen aufgehoben hatten, um so — wie sie erklärten — einen Auftrag des Marineministeriums zu erhalten. Jetzt forderten die Kapitalisten Senkung der Stundenlöhne von Neueingestellten um 3\$, Einfrieren der Lohnhöhe für drei Jahre und eine Kürzung der Beiträge zur Krankenversicherung. Außerdem soll-

ten die Beschäftigten Arbeiten über die jetzigen Festlegungen hinaus verrichten müssen. — (gba)

Südkorea: Verhaftungswelle nach Streiks

In den letzten zwei Wochen hat das Militärregime unter Chun Doo Hwan hunderte Arbeiter und Studenten, darunter 30 führende Gewerkschafter, wegen Anstiftung oder Teilnahme an Streiks und Demonstrationen festgenommen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums haben im ersten Halbjahr 1985 145 Streiks stattgefunden. Die Streiks richteten sich hauptsächlich gegen die Niedrigstlöhne, die in- und ausländischem Kapital bislang eine rasche Kapitalakkumulation garantierten. — (wom)

Bolivien: Erfolg der Faschisten?

Nach Auszählung von 650000 der 1,7 Mio. abgegebenen Stimmen bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Bolivien führt der Kandidat der faschistischen ADN, der ehemalige Militärdiktator Banzer (Bild), mit 37% und erklärte sich zum Wahlsieger. Auf Platz zwei liegt die bürgerliche MNR mit 20%, gefolgt von der sozialdemokratischen MIR und der derzeit regierenden "Nationalrevolutionären Bewegung der Linken". Die indianische Bauernföderation und der bolivianische Gewerkschaftsbund COB hatten zum Wahlboykott aufgerufen, weil rund eine Million — hauptsächlich die indianische Landbevölkerung — nicht in die Wählerlisten aufgenommen wurde. Banzer hat "harte Sanie-



rungsmaßnahmen" angekündigt und will deshalb "politisch motivierte Streiks" als "Aufruhr" verfolgen lassen. Er bietet sich damit den Imperialisten als Verbündeter an, die weitere Kredite von der Beseitigung der Inflationsanpassung der Löhne und der Subventionen für Grundnahrungsmittel abhängig machen. — (jüg)

Jahren, insgesamt fielen die Löhne und Gehälter in diesem Zeitraum im Durchschnitt um 34%. Nach vielfältigen Umfragen erwarten die Arbeiter auch keine Besserung ihrer Lage. Der Verdienst der Beschäftigten deckt immer weniger das Existenzminimum. Nach einer Schätzung des Bundeskomitees für Arbeit, Gesundheitswesen und Soziales beträgt heute das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie ca. 39642 Dinar. Der Durchschnittslohn (für eine Person) betrug im November 1984 27559 Dinar. 1,5 Monatslöhne braucht man also zum Erreichen des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie, jedoch ist das nicht das gegenwärtige Einkommen pro Haushalt. 1979 wurden pro Haushalt im Durchschnitt 1,1 Monatslöhne verdient. Beim allgemeinen Fall des Lebensstandards sind v.a. diejenigen betroffen, deren Einkommen schon

jetzt unter dem Existenzminimum liegt. Dazu kommt, daß alle Durchschnittszahlen für die Löhne wohl überhöht sind, da die "Technische Intelligenz", also Manager, Ingenieure etc., mit zur Arbeiterklasse gezählt wird.

Die 1,9 Mio. Rentner sind besonders betroffen: Während die Real-einkommen 1984 um 7% fielen, fielen die Renten um 15%. Dies führt natürlich zu einer weiteren Belastung der Familieneinkommen, ebenso wie die schlechte Versorgung von Schülern und Studenten. Nur 2% aller Schüler und 10% aller Studenten erhalten gegenwärtig staatliche Stipendien, meist in Form verbilligter Wohnungen in Studentenheimen.

Die Anzahl der im Land gemeldeten Arbeitslosen betrug 1984 970000, 6% mehr als 1983. Der Anteil arbeitsloser Jugendlicher und Akademiker wächst. Nur 50000 Ar-

beitslose hatten in den ersten fünf Monaten des Jahres 1984 ein Recht auf Arbeitslosengeld für die Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Lage ist tatsächlich äußerst schwierig. Welche Vorschläge unterbreitet nun der Autor des Artikels in Ekdonska Politika, der sich auf mehrheitlich gefaßte Beschlüsse der Konferenz im April 1985 beruft?

Sozialpolitik dürfe nicht vorrangig durch Angst vor sozialen Unruhen motiviert sein, mit denen man aber bei weiterem Sinken des Lebensstandards rechnen müsse. Man müsse sich auch von den bisherigen Grundsätzen der Sozialpolitik trennen, die v.a. durch den "Schutz der Schwachen" bestimmt gewesen sei. Denn nur durch "Motivation der Tüchtigen" könne die dringende Ankurbelung der Konjunktur gewährleistet werden. So wurde auf dem Kongreß des Sozialistischen Bundes

US-"Auslandshilfe" gegen Angola

Anfang Juli hat das US-Repräsentantenhaus den Etat "Auslandshilfe" für die Jahre 1986 und 1987 in Höhe von 12,7 Mrd. Dollar bewilligt. Neben der Unterstützung der Contras in Nicaragua sind Nahost und das südliche Afrika eindeutige Schwerpunkte der "Auslandshilfe". So erhält Israel 4,5 Mrd. Dollar, Ägypten 2 Mrd. Dollar. Erstmals seit zehn Jahren weist der Etat auch wieder offen Mittel für die mit Unterstützung Südafrikas und der Imperialisten im Süden Angolas operierende Unita aus. — (rül)

Britische Bergleute- gewerkschaft gespalten

Die britische Bergarbeitergewerkschaft NUM wird durch Abspaltungen geschwächt. Nach dem letzten Gewerkschaftstag Anfang Juli erklärte die Mehrheit des Bezirksvorstands Nottinghamshire, der Bezirk mit seinen 27000 Mitgliedern sei nicht mehr Mitglied der Gesamtgewerkschaft. In den nächsten Wochen will er eine Urabstimmung über die (bereits vollzogene, aber juristisch angefochtene) Spaltung durchführen. Der Vorstand der Angestelltensektion der NUM, COSA, begann eine Mitgliederbefragung über den weiteren Verbleib in der Gewerkschaft. In anderen Bezirken haben sich ebenfalls Spaltungsgruppen gebildet, sie besitzen aber nicht die Mehrheit. Die Abspaltung von Notts. wurde durch die regionale Struktur der NUM erleichtert, die aus einer Reihe von bezirklichen Einzelgewerkschaften entstand. Unter dem Eindruck der Uneinigkeit während des Streiks gegen Zechenstillegungen — den die Mehrzahl in Notts. nicht mitmachte — beschloß der Gewerkschaftstag, die Unabhängigkeit der

Bezirke einzuschränken. Das nahm die Führung des Bezirks zum Anlaß für die Spaltung. Die staatliche Kohlebehörde hat bereits ihre Bereitschaft erklärt, mit der neuen Gruppe zu verhandeln. — (hef)

Kanada: Erfolg gegen Renten kürzung

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause mußte die Regierung Mulroney ein erhebliches Zugeständnis für den bereits beschlossenen Haushaltsplan 1986 machen: Die geplante Renten kürzung wurde rückgängig gemacht. Ab 1. Januar hatte

der Finanzminister die vierteljährlichen Anpassungen der staatlichen Sockelrente (derzeit 280,14 can\$ monatlich) an die Inflationsrate aussetzen wollen. Nur was über drei Prozent Inflation hinausging, sollte noch berücksichtigt werden. Das Wiedereinsetzen der alten Regelung soll 1990 bereits 1,6 Mrd. can\$ Mehrausgaben pro Jahr bedeuten. — Der von einem früheren Autoarbeiter geführte Bundesverband der Rentner und Senioren (400 000 Mitglieder) und die Opposition betrachten den Rückzug der Regierung als ersten wichtigen Erfolg. — (ael)



Zum ersten Mal seit 1960, dem Massaker von Sharpeville, hat der Präsident des südafrikanischen Siedlerregimes über Teile des Landes den Ausnahmezustand verhängt: 36 Verwaltungsbezirke sind zum Notstandsgebiet erklärt, in dem Armee und Polizei völlig freie Hand haben für jeden Terror gegen die azanische Bevölkerung. Gleich am ersten Tag sperrten sie Hauptverkehrsstraßen, riegelten ganze Stadtteile ab, durchkämmten sie und nahmen 119 Afrikaner fest. Die betroffenen Gebiete liegen samt und sonders in den industriellen Ballungsgebieten bzw. im Goldbergbauggebiet und sind Zentren der schwarzen Arbeiterbewegung — hier sollte in der nächsten Woche ein Konsumentenboykott gegen weiße Firmen beginnen und hatten die Arbeiter in den Gold- und Kohlebergwerken einen Streik angekündigt. Die südafrikanischen Kapitalistenverbände und die imperialistische Öffentlichkeit beurteilen die "Erfolgs"aussichten der Notstandsmaßnahmen eher skeptisch: Sie fürchten den Bürgerkrieg. — (scc)

als Schwerpunkt die "Ausweitung des Prozesses der ökonomischen Differenzierung zwischen den Organisationen der Vereinten Arbeit betreffend Einkommen und Akkumulation" beschlossen. Die mangelhafte Ausnutzung der Kapazitäten müsse endlich beseitigt werden. So weit, so gut. Die Frage ist nur, wie.

Das Verurteilen der angeblichen "Gleichmacherei" wie derjenigen, die eine "Politik, die die Reichen reicher, die Armen ärmer macht", ablehnen, fällt auf fruchtbaren Boden. Denn tatsächlich sind schon immer relativ hohe Lohnunterschiede für die gleiche Arbeit auf Grundlage des Selbstverwaltungssozialismus ein Problem in Jugoslawien. Denn die Mitglieder der betrieblichen Einheit bestimmen weitgehend selbst, wie der Gewinn auf Investitionen, Lohnfonds etc. verteilt wird.

Nun löst aber die Linie, Rationalisierung, "mehr Effektivität und Differenzierung" einzuführen bei Wegfall von Schranken (Mindestlohn, Mindestrente, Arbeitslosengeld), die Probleme der Werktätigen bestimmt nicht. Im Gegenteil wird so das Ziel der Imperialisten, Jugoslawien durch das Schuldenjoch zum Billiglohnparadies auszubauen, zumindestens erleichtert. Bisher wurde bei allen ökonomischen Schwierigkeiten mehrheitlich in Partei und Gewerkschaften ein Kurs der Absicherung von Mindestbedingungen verfolgt. Es gibt Mindestrenten, in einigen Branchen Mindestlöhne. Daß diese Politik bereits reale Niederlagen erlitten hat, zeigen die oben erwähnten Fakten.

Neben dem Lob des Unterschiedes will der Autor "drohenden sozialen Konflikten" durch "Verteilung der bestehenden Arbeit auf mehr Köp-

fe" vorbeugen. Man muß also mit Einführung aller Arten von Teilzeitarbeit rechnen. Das würde v.a. die Frauen treffen, die bisher noch vergleichsweise gute Bedingungen haben, wie z.B. ein Jahr bezahlten Mutterschaftsurlaub.

Noch wird die Auseinandersetzung um die Maßnahmen, die aus der Krise führen, im Bund der Kommunisten und den Massenorganisationen geführt. Noch hat sich nicht die Fraktion durchgesetzt, die auf Kosten der Werktätigen, vor allem der schon jetzt zu wenig verdienenden, die "Wirtschaft sanieren" will. Viel hängt der Ausgang dieser Debatte auch davon ab, inwieweit es Jugoslawien in diesem Jahr gelingt, das Handelsbilanzdefizit gegenüber den westlichen Imperialisten weiter abzubauen.

Quellenhinweis: Ekonomska Politika, Nr. 1722 / Nr. 1723 1985 — (lsc)

* Veröffentlichungen *

Zur Situation der Einzelbeschäftigten

"Hinter Neonlicht und Glitzerwelt – Arbeiten im Kaufhaus" ist ein lesenswertes Buch nicht nur für Beschäftigte im Einzelhandel. In verschiedenen Beiträgen von Gewerkschaftssekretären, Betriebsräten und anderen Mitgliedern der HBV wird der Einzelhandel, als einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche mit 2,3 Mill. Beschäftigten hinsichtlich seiner Struktur, Konzentrationsentwicklung, Rationalisierung und Auswirkungen auf die Beschäftigten untersucht. Zum Beispiel wird über die Entwicklung der verschiedenen Rationalisierungsphasen bis zu den neuesten Methoden der Personaleinsatzplanung berichtet. Ein weiteres Thema ist die Beschäftigungssituation der Frauen, die im Einzelhandel 67% ausmachen und mit besonders niedrigen Löhnen, Teilzeitarbeit und Doppelbelastung bei Kindern zu kämpfen haben. Die Autoren richten sich gegen Teilzeitarbeit, vor allem deren widrigste Form, die variable Arbeitszeit (Kapovaz). Zu kurz kommt in dem Buch das Thema Ladenschluß, wo auf die aktuelle Entwicklung, z.B. die verschiedenen Modellvorschläge der bürgerlichen Parteien zur Aufweichung des Ladenschlußgesetzes, nicht eingegangen wird. Zur Unterstützung der Forderung "Hände weg vom Ladenschluß" wird auf die ständige Arbeitszeitverkürzung gesetzt. Der Vorstellung, die 35-Stunden-Woche könne Allheilmittel gegen verschiedene Probleme sein (z.B. auch bei der Doppelbelastung der Frauen), widersprechen allerdings die Untersuchungen in dem Buch selber. (Hinter Neonlicht und Glitzerwelt, J.Glaubitz/E.Zmuda-Schamper u.a., VSA-Verlag, Hamburg 1985 – (ccs))

Elektron. Bürokommunikation im praktischen Einsatz

Unter diesem Titel veröffentlichte BIFOA eine Untersuchung über die Auswirkung des Einsatzes von Bürosystemen. BIFOA ist das Betriebswirtschaftliche Institut für Organisation und Automation an der Universität Köln, das 1964 gegründet wurde, um die organisatorischen Auswirkungen des Datenverarbeitungseinsatzes wesentlich stärker in die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der Hochschulen einzubeziehen. Seitdem ist es zu einem der wichtigsten Institute geworden. Beispielsweise arbeitet es im Rahmen des EG-Förderprogramms ESPRIT an der Entwicklung einer Methode zur Beurteilung der Kosten- und Nutzenaspekte geplanter oder installierter Bürosysteme.

Die vorliegende Untersuchung ist sicherlich eine der Grundlagen dafür.

Begleitend zu einer Piloteinführung von Bürosystemen bei der Hauptverwaltung der Lufthansa in Köln untersuchten Mitarbeiter von BIFOA "welche Auswirkungen der Systemeinsatz auf die organisatorischen und wirtschaftlichen Aspekte der Büroarbeit hat." Die Studie konzentriert sich dabei auf folgende Schwerpunkte:

Beschreibung des Anwendungsspektrums nach Abteilungen und Stellen,

Untersuchung der Veränderung der Aufgaben und der Tätigkeiten, Analyse der Veränderung der Aufgabeninhalte, Arbeitsabläufe, Arbeitsteilung, Arbeitszeiten und der Organisation,

Auswirkungen in Bezug auf Rationalisierungsmöglichkeiten und Wirtschaftlichkeitsanalyse,



Büroarbeit: Bis zu 20% "Leistungsreserven" entdeckt

Untersuchung der organisatorischen Massnahmen zur Einführung.

Vorwiegend eingesetzt wurden die Geräte bei Führungskräften, Fachkräften und Sekretariaten. BIFOA kommt dabei in der Studie zu folgenden Ergebnissen:

Der qualitative Nutzen des Einsatzes der Systeme ist sehr hoch, da die Kommunikation sehr beschleunigt wird, die Störungen des Ablaufs sehr stark verringert werden, der Gestaltungsspielraum erhöht wird, die Flexibilität der Arbeitsaufteilung sehr stark erhöht wird und darüberhinaus starke Produktivitätssteigerungen erzielt werden. Bezogen auf die Gesamtarbeitszeit ergab sich eine Produktivitätssteigerung von 8,4% bei Fach- und Führungskräften und 20% bei Sekretärinnen und Schreibkräften.

Da die Studie die Einführung in vielen Details untersucht und darstellt, ist sie für die, die sich mit den möglichen Rationalisierungsvorhaben im Büro befassen, sehr aufschlussreich, wenn auch teuer. (FBO-Verlag, 7570 Baden-Baden, Postfach 316, 48 DM – ull)

DKP-Alternative zu Grün-Alternativem?

Kurz nach dem grünen Handbuch für Kommunalpolitik erschien jetzt die Entsprechung bei der DKP. Die Verfasser können in dem Band nicht immer halten, was man von DKP-Autoren erhoffen durfte. Eine sozialistische Kritik der herrschenden Kommunalpolitik ist zwar der Ausgangspunkt des Handbuchs, die Realisierung gelingt nicht durchgängig. Neben nützlichen Darstellungen (insbesondere das gute Kapitel zur Boden- und Wohnungspolitik), oft kritiklose Übernahme von Plattheiten der bürgerlichen Kommunaltheorie, unnötige Anpassung an vermutete Neigungen grüner Wählerbasis und an staatstragende Gedanken sozialdemokratischer Gemeinderäte. Weil die radikale Kritik der Reaktion oft schwach ausfällt, wirkt die klagende Bitte an die herrschende Klasse, vorgeblich fortschrittliche Normen des Grundgesetzes einlösen zu wollen, besonders unangenehm. Der Versuch, den Grünen in Grün-Alternativem Konkurrenz machen zu wollen, ist offensichtlich auch als verlegerisches Konzept ein Flop. (Gemeindeleute – Handbuch für eine alternative kommunalpolitische Praxis, Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 1985, DM 27,00 – kuh)

BDA greift wieder die Krankenversicherung an

Steigende Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung – kein Wunder bei der zunehmenden Schinderei in den Betrieben; relativ sinkende Einnahmen der Krankenversicherung – Folge der Lohnsenkungen, also müssen die Beiträge erhöht werden. Um dies zu verhindern, hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die Schrift "Krankenversicherung in der Krise, Vorschläge zur Gesundung der Finanzen" herausgegeben. Es gehe um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit. Entsprechend brutal sind ihre Vorschläge. Den Versicherten müsse "Kosteninteresse", den Ärzten "wirtschaftliche Verantwortung" beigebracht werden, "Überkapazitäten" seien zu beseitigen und bei den Krankenkassen sei zu rationalisieren.

An Einzelmaßnahmen halten die BDA u.a. folgendes für erforderlich: – verstärkte Kontrolle durch an ihren Kriterien ausgerichteten "medizinischen Sachverstand"; – "Kostentransparenz", um die Versicherten zu spalten; – prozentuale Selbstbeteiligung bei Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln (bisher 2 DM bzw. 4 DM fest) und bei Zahnersatz nur noch Zuschüsse der Krankenkassen, so daß die Armen davon ausgeschlossen werden; – Änderung der ärztlichen Gebührenordnung zwecks Senkung der Honorare und Schürung der Konkurrenz, "unwirtschaftlich" arbeitende Ärzte sol-

len Pleite gehen; – in den Krankenhäusern: weitere Verkürzung der Liegezeiten, Bettenstreichungen, strenge Vermeidung von "Fehlbelegungen", denn sog. Pflegefälle, die Alten, gehörten nach Hause; – sodann hält die BDA es nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz "nur für folgerichtig, generell von der arbeitsrechtlichen Entgeltfortzahlung durch den einzelnen Betrieb auf eine versicherungsrechtliche Krankengeldzahlung durch die Krankenkassen zu Lasten der Gesamtheit der Betriebe überzugehen," was die Kontrolle und die Senkung der Lohnfortzahlung auf das Niveau des Krankengeldes erleichtere. Auf jeden Fall wird die Rücksichtslosigkeit der einzelnen Kapitalisten beim Umgang mit den Beschäftigten zunehmen. (Zu beziehen bei Pressereferat BDA Köln, Tel. 0221/37 95 181 – sul)

Kiechle zu seinen agrarpolitischen Zielen

Wer mehr über Kiechle erfahren will, als daß er den bäuerlichen Familienbetrieb fördere, sollte sein eben erschienen Buch "... und grün bleibt unsere Zukunft" (Seewald-Verlag, 34 DM) lesen. Seine Thesen: Das historische Ziel, in der EG ausreichend Nahrungsmittel zu produzieren, sei erreicht. Die Agrarpolitiker dürften künftig weder höhere Preise zugestehen noch höhere Einkommen durch Mehrproduktion ermöglichen. Sie sollten vielmehr die Bauern anreizen, "kostensenkende technische Fortschritte" auszuschöpfen, z.B. weniger Dünger für genmanipulierte Pflanzen. So eröffneten sich den Produzenten neue Märkte sowohl gegenüber den Konkurrenten – die Preise für EG-Agrarprodukte kämen näher zum Weltmarktniveau – als auch durch neue Produkte wie "nachwachsende" Rohstoffe. Mit diesem strategischen Ziel vor Augen erläutert Kiechle, wie er für "Erhalt und Stärkung des bäuerlichen Familienbetriebes" eintritt. Das "Menschen- und Freiheitsrecht auf Eigentum" begründe keinesfalls einen Anspruch auf ausreichendes Einkommen. Der "Tüchtige" könne aber sein Glück machen, dazu stünde ihm das Agrarkreditprogramm zur Verfügung. Über die "Dorferneuerung" wolle er mehr Bauern (oder ihre Frauen) den Kapitalisten zuführen, schließlich könnte eine Familie auch 50 ha im Nebenerwerb bewirtschaften. Wer keinen Ausbeuter findet, könnte versuchen, sich als Campingplatzbetreiber u.ä. durchzuschlagen: "kostengünstigere" Produktion auf Kosten der kleinen Bauern, die ihre Arbeitskraft noch ausgedehnter vernutzen müssen. Kiechle erprobt zudem Argumente, die den Einfluß der Grünen auf oppositionelle Bauern untergraben sollen. Seine Politik biete "ökologische" Vorteile, die sich für den, der die "Marktnische" erkenne, in klingender Münze auszahlen. – (alk)

Gewerkschaftliche Angestelltenpolitik

Technische Intelligenz begehrteste Zielgruppe

In der BRD sind heute 9,6 Millionen aller Lohnabhängigen Angestellte, davon nahezu die Hälfte Frauen. Der DGB erwartet, daß noch in diesem Jahrzehnt die Zahl der Angestellten derjenigen der Arbeiter entspricht oder sogar übersteigen wird. Im Bereich der HBV (insgesamt 3,6 Mio. Beschäftigte) sind die Angestellten bereits in der Mehrzahl. Jedoch die Zusammensetzung der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft (7,7 Mio.) entspricht 1984 der Beschäftigungsstruktur des Jahres 1954. Die Angestellten (1,7 Mio. Mitglieder) machen nur 22% der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften aus. 5 Mio. sollten es sein. (2)

Nach Untersuchungen sind die gewerkschaftlichen Angestellten (öffentlicher Dienst ausgenommen) vorwiegend in der IGM, HBV, IG Chemie und IG Bau organisiert. Die Zahl der organisierten technischen Angestellten liegt über der der kaufmännischen. Im privaten Dienstleistungssektor, der durch eine hohe Frauenerwerbsquote gekennzeichnet ist, ist der Organisationsgrad ausgesprochen niedrig. Die Bedingungen für eine gewerkschaftliche Organisation sind dort objektiv schlecht: kleine Betriebe, häufig wechselnde Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit, flexibler Arbeitskräfteeinsatz. Diese Frauen auf hochbelasteten Arbeitsplätzen mit niedriger Qualifikation und miserabler Bezahlung sind noch geringer organisiert als qualifizierte Akademiker oberer Betriebshierarchie. Generell jedoch befindet sich die Mitgliederentwicklung des DGB in einer ernstzunehmenden Abwärtstendenz. Allein

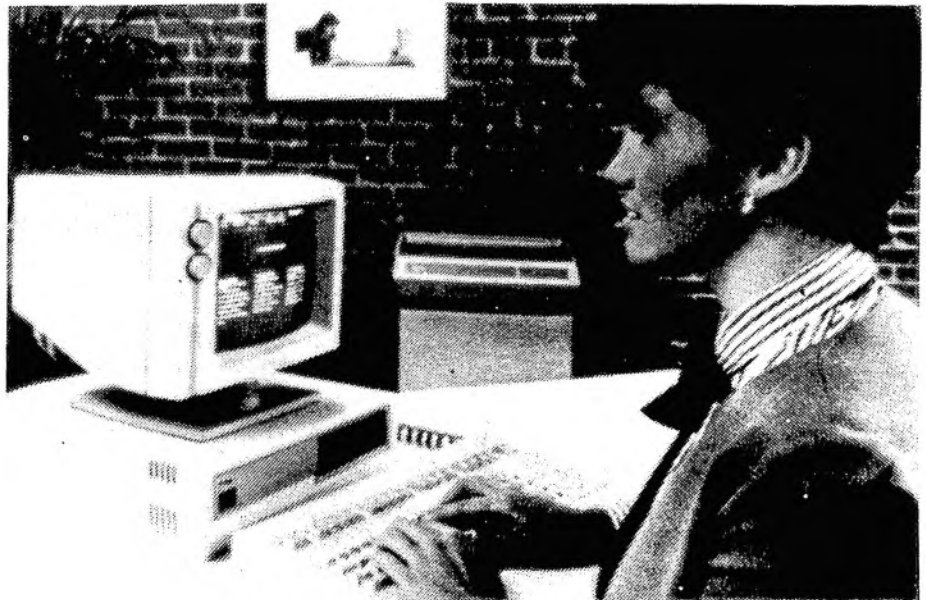
von 1982 bis 1984 hat er Mitgliederverluste von ca. 300000. (7) Ob künftig Angestellte vermehrt zu organisieren sind, ist laut Siegfried Bleicher, dem für Angestellte zuständigen DGB-Bundesvorstandsmitglied, eine Frage des politischen Überlebens der deutschen Gewerkschaftsbewegung. (1)

Vor der Landes-Angestelltenkonferenz des DGB Bayern im Mai 1985 hat er eine bundesweite Angestelltenaktion angekündigt. Ziel müßte es sein, bis Ende dieses Jahrzehnts mindestens 300000 Angestellte zu gewinnen. (1)

Vor allem wird wieder betont, daß man "andere Arbeitnehmergruppen" nicht vergessen dürfe, konzentrieren sich die Organisationsanstrengungen vor allem auf Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler. Dort sieht der DGB aktuell erfolversprechende Ansatzpunkte.

1. Ingenieure und Techniker werden zunehmend selbst Opfer der Rationalisierung, sind mit enormen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen konfrontiert wie gesundheitliche Belastung, Zerstückelung der Arbeitsinhalte, Einschränkung der Gestaltungsspielräume, soziale Isolation, Kontrolle und Überwachung. Ihre Situation gleicht sich mehr und mehr den Realitäten im gewerblichen Bereich an. Zudem drückt ein Heer von 21700 arbeitslosen Ingenieuren auf den Lohn.

2. Wächst die gesellschaftliche Kritik an der Technik und ihren Folgen, was nicht ohne Einfluß auf die Ingenieure bleibt. Immer mehr stellen sich die Frage nach der sozialen Verantwortung ihrer Tätigkeit.



Bildschirmarbeitsplätze – eine der wenigen Frauenarbeitsplätze im Angestelltenbereich, um die sich die Gewerkschaften intensiv kümmern.

Was verspricht sich der DGB von der Organisation dieser Angestelltengruppe? Vor allem sieht er in der Nutzbarmachung deren technischen Sachverständnisse die Chance und Voraussetzung, Einfluß auf die Entwicklung einer alternativen, "human angewendeten" Technik zu nehmen. "Dies sei gleichzeitig ein Kampf zur Veränderung der Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft — hin zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mitbestimmung", so Steinkühler. (5)

Bleicher spricht in seinem Thesenpapier für die künftige Angestelltenpolitik, vorgelegt im Mai 85, von der Voraussetzung für die Eröffnung einer politischen Offensive in Staat und Gesellschaft. Dazu soll ein technologisch-politisches Gesamtkonzept entwickelt werden, dessen Realisierung technischen Fortschritt zu sozialem Fortschritt macht. (1)

Steinkühler erklärt, daß künftig anders gewichtet werden muß: "Unsere bisherige Position 'neue Technik ja, aber sie darf nicht zu negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten führen', greift zu kurz. Sie muß durch die politische Grundhaltung, 'Es darf nur solche Technik entwickelt und eingesetzt werden, die gesellschaftliche und menschliche Existenz erleichtert', ersetzt werden." (5)

Statt nur technologische Entwicklungstendenzen schwarz auszumalen, müßten "Perspektiven erarbeitet werden, die es auch unorganisierten Zeichnern, Technikern ... ermöglichen, ihre Zukunft eng verknüpft mit gewerkschaftlichen Durchsetzungschancen zu sehen. Auch hier gilt es, partikuläre Interessen einzelner Beschäftigungsgruppen so zu berücksichtigen, daß gemeinsames Handeln möglich ist." (Ulf Imiela, DGB-Bundesvorstand, Abt. Ang.) (4)

Anknüpfend an der Unzufriedenheit über Arbeitsinhalte soll der technischen Intelligenz vermittelt werden, daß individuellen Entfaltungsmöglichkeiten unter den Bedingungen der Lohnarbeit objektive Grenzen gesetzt sind. Demgegenüber soll ihnen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Sachkompetenz in gewerkschaftliche Technologiepolitik einzubringen. Dazu organisiert vor allem die IGM Technikerarbeitskreise. Die Voraussetzung zur Organisation der Intelligenz soll bereits an den Hochschulen verbessert werden über neue gewerkschaftliche Konzepte für die Arbeit mit Studenten und Einflußnahme auf die Studieninhalte. (4)

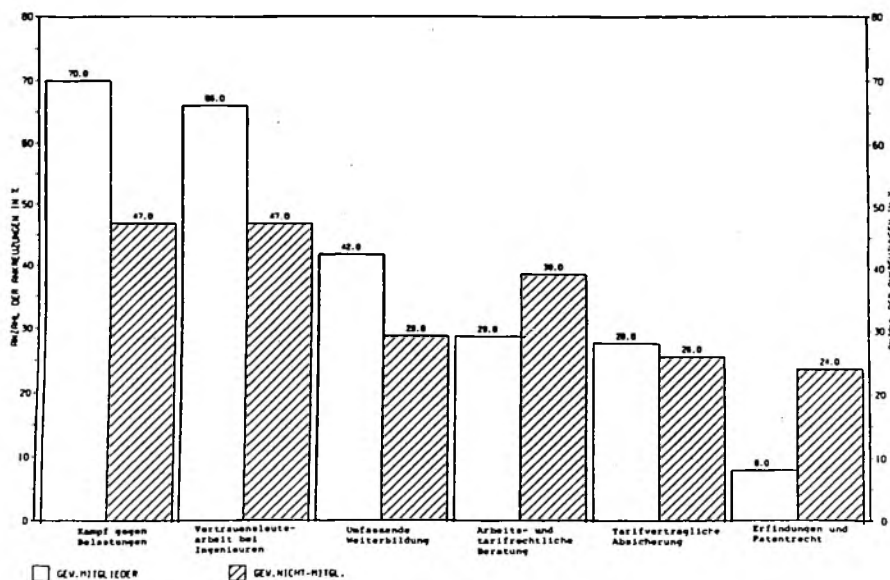
In seinem Angestellten-Arbeitsprogramm für die 80er Jahre, das auf dem 11. Bundesangestelltenkongress im November 85 überprüft und ausgewertet werden soll, formuliert der DGB für alle Angestelltenengruppen Forderungen. "An erster Stelle müssen Maßnahmen stehen, die zur Öffentlichkeit der betrieblichen Einkommensstrukturen im Angestelltenbereich beitra-

gen. Es sind Gestaltungskriterien und Entgeltformen zu entwickeln und zu verwirklichen, die willkürliche Leistungssteigerungen verhindern und subjektive Beurteilungsmomente so weit wie möglich ausschließen ...," (7, S.14) und: "Zur Förderung der Solidarität zwischen Arbeitern und Angestellten ist es unabdingbar, die Diskussion über den Abschluß 'Einheitlicher Entgelttarifverträge' voranzutreiben, um auch tarifpolitisch gemeinsame Grundlagen für Arbeiter und Angestellte herzustellen." (dito, S.18)

Die IGM erläutert dies so: "Unser Ziel ist es, Tarifeinkommen aller Arbeitnehmer eines Tages in einer gemeinsamen Entgelttabelle mit einer begrenzten Zahl von Entgeltgruppen unterzubringen. Dabei müssen vergleichbare Qualifikationen entsprechend eingruppiert und bezahlt wer-

ter — die unterste weibliche Angestelltenengruppe (63% vom Durchschnittslohn) liegt unter den niedrigsten Löhnen der Arbeiterinnen, während die Anzahl der hochbezahlten männlichen Angestellten (160% vom Durchschnittslohn) ständig steigt — durch ein prinzipienloses Entgegenkommen der Gewerkschaften gegenüber den Besserverdienenden noch verschärft, anstatt abgebremsst würde. Die schlechtest bezahlten angestellten Frauen wären Opfer dieser Politik bzw. sind es bereits. Gerade diese Beschäftigten, die gewerkschaftlichen Schutz bitter nötig haben, finden nur geringe gewerkschaftliche Beachtung.

Anstatt davon zu reden, den Flexibilisierungsbegriff aus der Sicht der Gewerkschaft auszufüllen und zu besetzen (Bleicher), wäre es gerade im Interesse dieser Frauen dringend nö-



Erwartungen an die betriebliche Arbeit der IGM. Umfrage 1983 unter 302 Technikern und Ingenieuren in Bad.-Württemb. 75% davon waren IGM-Mitglieder.

den. Oder sind die heutigen tariflichen Einkommensunterschiede z.B. ... zwischen einer angelernten Stenotypistin und einer angelernten Bandarbeiterin, zwischen einem hochqualifizierten Facharbeiter und einem vergleichbar qualifizierten Angestellten ... zu rechtfertigen?" (3, S.30)

Anders jedoch hört sich das Thesenpapier Bleichers an, in dem er einer "nivellierenden Tarifpolitik für Angestellte" eine Absage erteilt. Ähnliches hört man aus dem HBV-Hauptvorstand, wo eine "kritische Überprüfung einer Tarifpolitik der Entdifferenzierung der Gehälter" (4) gefordert wird.

Nun wird man angesichts der Beschäftigungsstruktur nicht mehr erwarten können, daß die Gewerkschaften mit Festgeldforderungen antreten. Jedoch wäre es fatal, wenn angesichts der ständig zunehmenden Differenzierung der Angestelltengehäl-

tig, an diesem Punkt Kompromißlosigkeit zu zeigen. Auch wäre ein Konzept zum Schutz der Teilzeitkräfte vor extensiver Auspowerung und für eine bessere materielle Absicherung erforderlich.

Seltsamerweise befaßt sich der DGB nirgends erkennbar mit dem Problem der Konkurrenz unter den akademischen Angestellten; aber ohne dies anzugehen, werden gewerkschaftliche Einbrüche dort kaum zu realisieren sein.

Quellen: (1) Handelsblatt 14.5.85, (2) Angestellten Magazin versch. Ausgaben 84 und 85, (3) Gewerkschafter 4/85, (4) Die Mitbestimmung (Keine Zukunft ohne organisierte technische Intelligenz) 10 und 11/84, (5) Einbahnstraße Technik — Ingenieurkonferenz der IGM BaWü, '83; (6) Gewerkschaftliche Monatshefte 2/85, (7) Arbeitsprogramm Angestelltenpolitik des DGB in den 80er Jahren. — (frr)

Bundesdisziplinar- gericht geht neue Wege

Freiburg. Die zweite Kammer des Bundesdisziplinargerichts hob die im Oktober 1984 ausgesprochene Suspendierung des Freiburger Fernmelde-Oberinspektors Berthold Goergens vom Dienst auf. Die Suspendierung war mit der Mitgliedschaft in der DKP begründet worden. Das Bundesdisziplinargericht vertrat jedoch die Auffassung, daß die DKP eine verfassungsfeindliche Partei sei und die ihr angehörenden Mitglieder grundsätzlich nichts im öffentlichen Dienst zu suchen hätten. Seien sie aber einmal verbeamtet, so stelle eine legale Tätigkeit für eine – nicht verbotene – verfassungsfeindliche Partei kein Dienstvergehen dar. Wegen Beteiligung an der DGB-Friedensaktion "5 vor 12" im Oktober 1984 erhielt Berthold Goergens einen Verweis. Nachdem der Bundesdisziplinaranwalt gegen das Urteil Berufung einlegte, wurde Goergens die Wiederaufnahme der Arbeit beim Fernmeldeamt Freiburg verweigert. Der Bundesdisziplinaranwalt erklärte, die Berufung sei unerläßlich, da die Entscheidung einschlägiger höchstgerichtlicher Rechtsprechung widerspreche. – (mim)

Stadtrat Oberhausen gegen Apartheidspolitik

Oberhausen. Bereits Mitte Juni hat der Stadtrat Oberhausen folgende Resolution beschlossen: "Der Rat der Stadt verurteilt die unmenschliche und verabscheuenswerte Politik der Apartheid und die Mißachtung grundlegender Menschenrechte in Südafrika. Der Rat der Stadt wird sich an keiner Maßnahme beteiligen, die dieser Politik Vorschub leistet. Der Rat der Stadt bittet die Mitglieder des Sparkassen-Verwaltungsrates darauf zu achten, daß die Geschäftspolitik der Oberhausener Stadtparkasse diesen Intentionen nicht entgegensteht." Diese von der SPD eingebrachte Resolution ist die Reaktion auf einen weitergehenden Antrag der im Stadtrat vertretenen "Bunten Liste", einem Bündnis u.a. von GRÜNEN und DKP. Die "Bunte Liste" hatte ihren Antrag mit der Notwendigkeit zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika begründet und den Abbruch von Geschäftsbeziehungen der Stadtparkasse zu Banken, die Südafrika-Anleihen auflegen, gefordert. In ihrer Rede im Stadtrat griff sie die "führende Position" der BRD im Süd-Afrika-Geschäft und im Süd-Afrika-Rüstungsexport sowie ihre Aktivitäten im Nukleargeschäft an und kritisierte die – auch durch Boykottmaßnahmen in den USA bedingte – Zunahme von Kreditgeschäften der "BRD-Finanzwelt" mit Südafrika. – (wof)



150 Teilnehmer bei der Mitgliederversammlung des BUNDSCHUH am 29.6. Der Boxberger Gemeinderat hatte zuvor eine Anordnung durch das Flurbereinigungsamt beantragt zur sofortigen Besitzeinweisung von Daimler-Benz bzw. Gemeinde in die nötigen Flächen zum Teststreckenbau. Ein fünftägiger Marsch nach Karlsruhe zur Übergabe der Verfassungsbeschwerde ist geplant. – (mah)

Festnahmen von M. Schmegner und Ingrid Barabass

Frankfurt. Der Verteidiger von Maireile Schmegner, Rainer Koch, schildert in seiner Presseerklärung vom 8.7.85 grobe Gewaltanwendung bei den als mutmaßliche RAF-Mitglieder bezeichneten Frauen durch die Polizei. Die Festgenommenen befanden sich 36 bzw. 41 Std. lang unter direkter Verfügungsgewalt des BKA, der Ermittlungsrichter des Bundeskriminalhofes erschien zu einer Vernehmung. "Dies belegt, daß das BKA im politischen Verfahren immer mehr Herr des Verfahrens wird, ... die angestrebte totale Verfügungsgewalt über die Gefangenen durch das BKA ... wurde erstmals ausgeübt bei der Verlegung von G. Dutzi von Stammheim nach Frankfurt-Preungesheim, wobei im BKA Zwischenstation gemacht wurde ... Diese Verpolizeilichung der Verfolgung des politischen Gegners ... entspricht der Militarisierung ... der Aufstandsbekämpfung, wie sie von US-Außenminister Shultz von den westeuropäischen Nato-Staaten gefordert wurde." – (rst)

Hepp-Veranstaltung verhindert

Stuttgart. Rund 1 000 Antifaschisten verhinderten am 8.7. an der Uni Hohenheim die Durchführung einer Veranstaltung mit dem rassistischen Professor Hepp aus Osnabrück, den die Uni-Leitung zu einem Vortrag im Rahmen des "Studium Generale" eingeladen hatte. Hepp vertritt in seinen Schriften nicht nur eine rigorose "Ausländer-raus-Politik", sondern fordert auch die Behandlung von Eugenik (Rassenkunde) in den Schulen, die Abschaffung antirassistischer Gesetze etc. Er ist Aktivist im neonazistischen "Schutzbund für das Deutsche Volk" (SDV). Der CDU-Bürgermeister Dannecker hat mit allen Mitteln versucht,

ein Votum des Ausländerausschusses gegen Hepp zu verhindern. Die bürgerliche Presse hatte vor der Veranstaltung in Leserbriefen ausschließlich Hepp-Befürworter zu Wort kommen lassen. Nachdem der Vortrag verhindert war, mußte Uni-Präsident Turner erklären, daß er Hepp nicht mehr einladen würde. – (rac)

Landesverband der FVP Baden-Württemberg gegründet

Karlsruhe. Im Beisein ihres Bundesvorsitzenden Franz Handlos hat sich die "Freiheitliche Volkspartei" (FVP), Abspaltung der Republikaner, unter Polizeischutz gegründet. Nachdem der Grünen Liste Einladung und Tagesordnung zugespielt worden war, rief der "Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit" dazu auf, sich vor dem Tagungslokal zu treffen. Einen Tag später meldete sich die Kripo, um mitzuteilen, die Einladungsdokumente seien gefälscht, vermutlich von den Republikanern. Die FVP habe Strafanzeige erstattet. Die Gründungsversammlung war unter den Hauptparolen angekündigt worden: "Stop des Türkenzustroms! Deutschland den Deutschen, Türken und andere Ausländer zurück in deren Heimat!" Auf der Tagesordnung standen Referate zu den Zielsetzungen der FVP "als national-soziale Partei des Klein- und Mittelstandes" und zum Thema: "Gefahr für Deutschland: Weltkommunismus und Türkenzustrom". Obwohl sich Teile der Grünen und des Arbeitskreises durch die Kripo-Meldung verunsichern ließen, versammelten sich am Samstag vor der Tagungsstätte 30 Leute. Die Polizei empfing sie mit einem "Info-Blatt", in dem es hieß, die FVP habe sich von den Republikanern abgespalten, "weil ihnen der Kurs der Republikaner zu rechtslastig erscheint ... Die Polizei wird die Versammlung ermöglichen und gegen Störungen schützen." – (tht)

Wirtschaftsförderung

SPD-OB Böhme: neues Konzept in Übereinstimmung mit Späth

Freiburg. "Beschäftigungspolitische Möglichkeiten der kommunalen Wirtschaftsförderung", so nennt sich ein Anfang Juli 1985 der Wirtschaftsförderungskommission des Gemeinderats zugegangenes Papier des Wirtschaftsförderungsamtes der Stadt Freiburg. Das in nichtöffentlicher Sitzung verhandelte Papier nennt interessante Zahlen, Einschätzungen und Perspektiven.

Die Stadt Freiburg hat mit 9,1% (Okt. 84) die höchste Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg. Dieser hohen Arbeitslosenrate entsprechen folgende Daten: das kumulative Wachstum des gewerblichen Sektors in Freiburg von 1970-1982 war mit 93% deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt (105%). Dasselbe gilt für den Dienstleistungssektor, der in

zung der Attraktivität der Stadt im Dienstleistungsbereich, vor allem Fehlen einer Tagungsstätte mit entsprechendem Hotel."

An "generellen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung Freiburgs" werden dann genannt:

a) "Bestandspflege der kleinen und mittleren Betriebe, Klimaverbesserung durch den 'Wirtschaftsbeirat Freiburg', regionale Ausstrahlung durch die Freiburger Regio-Gesellschaft und Gründung eines Technologiezentrums Freiburg,

b) gezielte Aquisitionsbemühungen durch Aufbau eines Standort-Marketings für die Ansiedlung neuer Betriebe,

c) der verstärkte Ausbau von Freiburg als Ausbildungsstadt, Herausgabe einer neuen Zeitschrift 'Stadt und

(wie Südbaden) nichts vorjammern" lasse. Wenn diese Gebiete aber wollten, dann sei die Mithilfe der Landesregierung kein Problem. Ausdrücklich begrüßt wurde von Späth die Einrichtung eines nichtöffentlich tagenden Wirtschaftsbeirates der örtlichen Kapitalisten und Banken als "Beratergremium" für den OB, die Gründung einer Technologie-Fabrik in Freiburg als wichtigem Impuls für die Ansiedlung neuer Technologien und der Plan eines Kongreß-Zentrums, für das 30 Mill. vom Land in Aussicht gestellt wurden. Andererseits macht Späth deutlich, daß die finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung nur laufe, wenn sich Freiburg in die Gesamtplanung einfügt, so z.B. in der Energiepolitik. Späth spitz zu Böhme: "Wenn wir die Region stärken wollen, müssen wir alles stärken. Wenn Sie sich anstrengen, können Sie hier das nächste KKW haben."

Böhmes Wirtschaftsförderungs-Fahrplan ist scharf kalkuliert und geht davon aus, daß von SPD und Grünen kein nennenswerter Widerstand entgegengesetzt wird. Im September soll die Technologie-Fabrik anfangen, Ende September soll in einer gemeinsamen Sitzung von Kultur- und Wirtschaftsförderungsausschuß grünes Licht für das 60-80 Millionen Projekt "Kultur- und Tagungsstätte" gegeben werden. Bereits im November rechnet Böhme mit einer positiven Entscheidung des Gemeinderates. — (mim)



Regierungspräsident Nothelfer, Ministerpräsident Späth und OB-Böhme auf der ersten Mitgliederversammlung der neuen Freiburger Regio-Gesellschaft.

Freiburg im genannten Zeitraum um 185% wuchs, im Landesdurchschnitt dagegen um 242%.

Parallel dazu entwickelte sich das Gewerbesteueraufkommen, das in Freiburg von 1980-84 pro Einwohner von 518,- DM auf 496,- DM fiel, demgegenüber z.B. Heidelberg im selben Zeitraum von 436,- DM auf 511,- DM anstieg. Die Aussagen des Wirtschaftsförderungsamtes über die in Freiburg wirkenden negativen "Einflußfaktoren" lassen bereits Aufschlüsse über die vorgeschlagenen Konsequenzen zu:

"1) Eine periphere wirtschaftliche Lage, die verstärkt wird durch eine relativ ungünstige Verkehrsanbindung, 2) kommunalpolitische Defizite im Hinblick auf aktive und kontinuierliche Wirtschafts- und Technologieförderung, 3) mangelhafte Ausnut-

Hochschulen' zur besseren Transparenz der Forschungseinrichtungen und ihrer Aktivitäten,

d) stärkere grenzüberschreitende Einbindung Freiburgs und Herausstellung der Region als 'Dritte Kraft' in Baden-Württemberg (nach Stuttgart und Mannheim/Karlsruhe).

e) Für den Dienstleistungsbereich unternimmt die Stadt große Anstrengungen durch Aktivierung des Fremdenverkehrs (z.B. durch Landesgartenschau 1986 und Bau eines großen Hotels) sowie durch den Bau einer Kultur- und Tagungsstätte."

Diese Gesamtkonzeption wird von CDU-Ministerpräsident Späth ausdrücklich unterstützt. Späth erklärte auf der ersten Mitgliederversammlung der Freiburger Regio-Gesellschaft, daß die Landesregierung sich "von strukturschwachen Gebieten

Asylpolitik

Bezirksregierung provoziert Ausländerfeindlichkeit

Passau. Die bayerische Staatsregierung begleitet ihre Vorstöße zur Verschärfung des Asylrechts mit einer Kampagne "gegen den Asylmißbrauch". In jüngster Zeit macht sie sich dabei den Umstand zu Nutze, daß die Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern bislang ihr "Aufnahmesoll" nicht erfüllten. Mittlerweile stellte auch die SPD im Landtag dazu fest, daß politisch gewollte "Probleme der Unterbringung" hergenommen werden, um Ausländerfeindlichkeit zu provozieren. So ließen die bayerischen Bezirksregierungen Asylanträge gegen den erklärten Willen von Kreis- und Gemeinderäten, beziehungsweise ohne diese zu informieren, zwangsweise einquartieren. So geschehen in Bogen und Neureuth im Bayerischen Wald und Grafenwöhr bei Regensburg. Vermutlich geschah auch die Auswahl häufig winziger Gemeinden mit der politischen Absicht, ein bestimmtes Verhältnis von Einwohnern und Asylbewerbern herzustellen. Die Unterbringung erfolgte unter menschenunwürdigen Bedingungen in ausgedienten Turnhallen und Gasthöfen. In Bo-

gen wurde eine ehemalige Geflügel-schlachtereibeschlagnahmt. In Viechtach kam es aus diesem Grunde im März zu Protesten der Asylanten. Die Vorgehensweise der Bezirksregierungen rief verschiedene ausländergefeindliche Demonstrationen westdeutscher Bevölkerungsteile hervor. Dabei schloss das Regensburger "Aktionskomitee gegen Zwangsarbeit und Abschiebung in Sammellager" aus den Umständen der Proteste in Neureuth, daß die Bezirksregierungen unmittelbar ihre Hände im Spiel gehabt haben könnten. Der Straubinger Kreisrat beschloss gegen die Stimmen der SPD eine Erklärung gegen den "Asylmißbrauch" und forderte "zentrale Gemeinschaftsunterkünfte". In der Presse erschienen Leserbriefe, — oft von der NPD oder den Republikanern initiiert, — die unverblümt rassistisch hetzten. Obwohl der Zweck der beschriebenen Kasernierungspraxis von der Opposition meist erkannt wird, ist der Angriff auf die Absichten der CSU schwach. Eine Gesetzesinitiative der SPD, welche darauf hinausläuft, die Gemeinden zur Bereitstellung von Quartieren zwingen zu können, wird besagte Widersprüche weiter verschärfen. Die Evangelische Landeskirche will "für die Fremden werben", und der kleine Landesparteitag der GRÜNEN hat die Mitglieder aufgefordert, "die Asylpraxis am Ort zu verfolgen und den Asylanten zu helfen". — (ola)

Regierungserklärung NRW

"Solidarpakt" für Wirtschaftsexpansion

Am 10. Juni hat der bei den Landtagswahlen im Mai wiedergewählte nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (SPD) seine Regierungserklärung gehalten. Unter der Überschrift "Wir erneuern Nordrhein-Westfalen — ökologisch und ökonomisch" legt Rau darin den Kurs der Landesregierung für die nächsten fünf Jahre fest. Die bürgerliche Presse berichtete unter Überschriften wie "Land will Wirtschaft zu mehr Export verhelfen" ("Westdeutsche Allgemeine", 11.6.). Im Kern zielt die Landesregierung auf eine noch deutlichere Förderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der nordrhein-westfälischen Kapitalisten als bisher.

An erster Stelle der "zentralen Herausforderungen" der nächsten Jahre nennt Rau den "wirtschaftlichen Strukturwandel". Die Politik, die er anstrebt, steht in den Zielpunkten und Methoden in Konkurrenz zur Politik vor allem der baden-württembergischen Landesregierung, dem zweitgrößten industriellen Zentrum der BRD. Rau will die Modernisierung der

nordrhein-westfälischen Wirtschaft mittels einer "technologischen und forschungspolitischen Offensive", gefördert durch Programme und Investitionen des Landes, den "Aufbau eines modernen Kommunikationssystems", die Sicherung der Energieversorgung und die Stärkung der "außenwirtschaftlichen Aktivitäten". CDU-Oppositionsführer Worms kommentierte vor allem den Schwerpunkt Technologiepolitik mit den Worten: "Das ist das Ergebnis eines Lernprozesses, zu dem Ihnen die CDU-Opposition verholten hat."

Im Unterschied zu CDU und FDP, die die Schaffung günstiger "Rahmenbedingungen" für die Ausbeutung der Arbeitskraft, Lohnsenkung und Flexibilisierung in den Mittelpunkt einer solchen Politik stellen, vermeidet Rau in seiner Regierungserklärung solche offenen Angriffe auf die Lohnabhängigen und auf die Gewerkschaften weitgehend. Sein Konzept: "Sozialer Friede ist ein Produktionsfaktor". Daß dieses Konzept jedoch ebenfalls in der Unterordnung der Interessen der Lohnabhängigen unter die Interessen der Kapitalisten besteht, macht sein Vorstoß für einen "Solidarpakt" deutlich. "Arbeit für alle durch mehr Solidarität" soll zur "gemeinsamen Aufgabe" der "Verantwortlichen in der Wirtschaft, in den Gewerkschaften, in Staat und Kommunen" werden — dies ermöglicht eine weitgehende Propaganda für "Solidaritätsoffer", umso mehr, als Rau "Solidarität" als gegenseitige Verantwortung definiert.

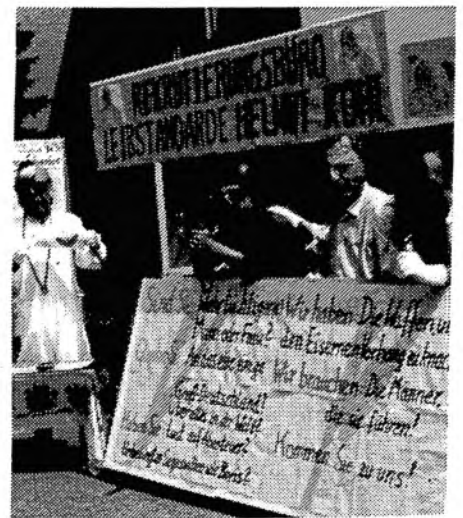
Besonders widerlich wird diese Politik durch ihre starke chauvinistische Ausprägung. "Wir in NRW" müsse zu einer "Gesamtsache aller Parteien im Lande" werden, so Rau in der Landtagsdebatte. Dies ist der Volksgeheimheits-Propaganda eines Richard v. Weizsäcker gefährlich nahe. Ein enger Berührungspunkt ist die christliche Ideologie: Anfang Juli trat Rau in den Herausgeberkreis der Zeitschrift "Evangelische Kommentare" ein, dem der Bundespräsident ebenfalls angehört. — (wof)

Bundeswehrausstellung

Aktionstage gegen "Unsere Luftwaffe"

Schweinfurt. Vom 11.7.-15.7.85 führte die Bundeswehr in Schweinfurt die Ausstellung "Unsere Luftwaffe" durch. Nach Angaben der Bundeswehr wurden über 20000 Besucher, darunter 45 Schulklassen, durch die Schau geschleust. Bei der Eröffnung erklärte der Brigadegeneral Klatte zum Zweck der Ausstellung: "Dargestellt werden soll die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundeswehr und die Notwendigkeit der Tiefflüge. Außer-

dem will die Bundeswehr mit Informationsmaterial um Nachwuchs werben." Aufgrund eines SPD-Mehrheitsbeschlusses hatte die Stadt Schweinfurt von der Bundeswehr Miete für den Volksfestplatz und für die Entleerung einer Fahne verlangt. CSU, örtliche Presse und Bundeswehr schäumten über die Gleichsetzung einer "Bundeswehrausstellung mit einem Wanderzirkus" im Vorfeld der Ausstellung in heller Empörung auf. Allerdings hat die SPD bis heute öffentlich keinen Satz gegen die Ausstellung oder gegen Kriegsvorbereitungen der BRD fallengelassen. Die Maßnahme der Stadt-



verwaltung steht so unvermittelt da und ist bis heute nicht erledigt. Die Reaktion setzt nach.

Gegen die Ausstellung schlossen sich verschiedene Organisationen u.a. GRÜNE, DFG/VK, DKP, Volksfront zusammen. Aktionstage gegen die Ausstellung wurden beschlossen. In den Aufruf wurden zwar keine Aussagen gegen den Revanchismus aufgenommen, aber es heißt darin: "Wir lehnen diese Schau ab. Sie soll die Bürger dazu bringen, die Milliarden-Ausgaben für Rüstung zu akzeptieren. Sie trägt dazu bei, Feindbilder zu beleben, nach denen die Menschheit durch den Kommunismus bedroht sei. Durch die Feindbilder werden immer höhere Rüstungsausgaben gerechtfertigt. Sie wird nicht darüber aufklären, wie die Bundeswehr in neue offensive Kriegsführungsstrategien eingebettet ist." Während der Aktionstage räumte die Polizei einen Stand der Kabarettgruppe "FKK". Gegen die Kriegsvorbereitungen und gegen die Rehabilitierung der Waffen-SS durch die Bundesregierung hatte die Gruppe ein "Rekrutierungsbüro Leibstandarte Helmut Kohl" aufgebaut. Staatsanwaltschaft usw. ermitteln wegen Beleidigung. Die Lokalpresse und die CSU überschlagen sich in Hetze. Alles ist jetzt gespannt auf die Äußerungen der SPD und der politischen Opposition. — (kls)

"Dornier-Gutachten"

Die Landesregierung Baden-Württembergs plant Abbau der Krankenhausbetten um 20%

Freiburg. Im Juni 1984 beauftragte das Sozialministerium Baden-Württembergs die Dornier System GmbH mit der Erstellung eines Gutachtens, auf dessen Grundlage die Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplans auf Stufe III (bis 1995) erfolgen soll. Das Gutachten wurde im Dezember 1984 fertiggestellt, die regionale Presse berichtete Ende März nur kurz von den Vorschlägen der Gutachter: Verringerung der Bettendichte, d.h. der Zahl der Krankenhausbetten pro 10000 Einwohner von 67,5 im Jahre 1982 auf 55,8 im Jahre 1990 bzw. 54,5 in 1995; ein Abbau von 19,3% der Betten in rd. zehn Jahren.

Schon heute sind die öffentlichen Krankenhäuser katastrophal überbelegt, und ein weiterer Abbau von Betten kann nur als staatlicher Gewaltakt geschehen. Die Gutachter wissen das und sehen ihr Gutachten als Teil dieses Gewaltaktes: Es sei prinzipiell unmöglich, einen objektiven Bedarf der Bevölkerung an Krankenhausbetten festzustellen. "In diesem Sinne kann auch nicht von Krankenhausbedarfsplanung die Rede sein, sondern eher von Festlegung eines Bettenangebots." (S. 6, Hervhbg. i. Orig.) Das weitere Gutachten besteht darin, für diese "normative Entscheidung ... was als Bedarf gelten soll", Begründungen herzustellen.

Ausgangspunkt der Gutachter ist dabei die Bettenbedarfsformel:

$$PB = \frac{E \cdot KH \cdot VWD}{10000 \cdot N}$$

wobei bedeuten

PB = Planbettenzahl

KH = Krankenseinweisungen pro 10000 Einwohner

VWD = Verweildauer in Tagen

E = Einwohnerzahl

N = Nutzungstage eines Krankenhausbetts im Jahr

Die Bettenbedarfsformel ist eine definitorische Gleichung, die immer gilt. Über das Zustandekommen dieser Identität ist damit nichts ausgesagt: angenommen, in einem Gebiet von 10000 Einwohnern stehe ein Krankenhaus mit 100 Betten zur Verfügung. Von den Einwohnern kommen im Jahr 1000 ins Krankenhaus (KH = 1000) mit einer durchschn. Verweildauer (VWD) von 20 Tagen. Dies ergäbe eine Gesamtzahl von 20000 Pflagetagen im Jahr, die Bettennutzung N betrüge 200 Tage im Jahr, die Auslastung der Betten 54,8%. In diesem Falle wäre N die abhängige Variable, die sich aus den übrigen Größen ergibt. — Verfügt das Krankenhaus jetzt nur über 50 Betten, so muß sich der "Bedarf" dem "Angebot" anpassen, sodaß z.B. die

Bettennutzung auf 365 Tage im Jahr steigt, aber die Verweildauer sinkt. Die Verursachungsrichtung der Gleichung würde sich damit umkehren.

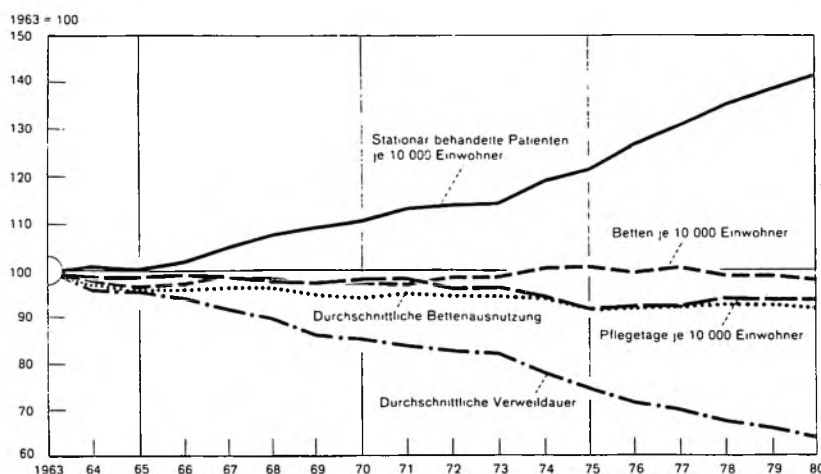
Die Gutachter gehen nun so vor, daß sie scheinbar die Gleichung "von rechts nach links" interpretieren: Sie nehmen die drei Variablen KH, VWD und N und postulieren, daß diese drei untereinander und von der Bettenzahl unabhängig sind und jede Variable einen eigenen "Trend" besitzt. Der Trend jeder Größe wird nun mittels eines Lineals in die Zukunft "fortgeschrieben" und daraus die Planbettenzahl für 1995 errechnet.

Wie man mit dieser Methode zum gewünschten Ergebnis kommt, zeigt das Schaubild: die Bettenzahl pro 10000 Einwohner ist in den 17 dargestellten Jahren praktisch konstant ge-

ven Verweildauern für 1995, d.h. die Patienten würden vor ihrer Aufnahme entlassen. Dies zwingt die Gutachter zu Einzelkorrekturen, grundsätzlich behalten sie ihre Methode bei Bestimmung der künftigen Verweildauer bei. Bei der "Vorausschätzung" der Krankenhaushäufigkeit hingegen wirkt sich eine zweite von den Gutachtern gewählte Methode aus: die "Expertenbefragung". Diese wird nach einem altgriechischen Orakel auch als "Delphi-Methode" bezeichnet und besteht darin, eine Reihe von Fachleuten, hier z.B. ldt. Ärzte, darüber zu befragen, wie sich ihrer Meinung nach die Patientenzahlen in der Zukunft entwickeln werden. Z.B. bei Prognose der Entwicklung in der Chirurgie:

"Die erste Prognose zur Entwicklung der Krankenhaushäufigkeit kam zu dem Ergebnis, daß für 1990 mit einer Krankenhaushäufigkeit von 621 Patienten je 10000 E. und 1995 mit 696 Patienten je 10000 E. zu rechnen sei. Von den befragten Experten wurde diese Prognose als zu hoch zurückgewiesen: der Mittelwert der Prognose

Patienten, Betten und Pflagetage in den Krankenhäusern für Akutranke



blieben, während die Krankenhaushäufigkeit (Patientenzahl) stetig zunahm, besonders schnell seit 1973. Genau spiegelbildlich nahm die Verweildauer ab.

Damit deutet sich als wirklicher Zusammenhang an: Die Landesregierung ist in der Vergangenheit dem steigenden Bedarf an Betten, wie er sich in den steigenden Patientenzahlen zeigt, nicht nachgekommen, sondern hat die Bettenzahlen konstant gehalten. Dies führte notwendig zur Überfüllung der Krankenhäuser und zu einem schnelleren Durchschleusen der Patienten — die Verweildauer mußte unweigerlich sinken. Wenn die Gutachter dies als eigenständige "Tendenz" interpretieren, so extrapolieren sie nur die vergangene Kürzungspolitik in die Zukunft.

Für einzelne Abteilungen führt ihre Methode die Gutachter zu negati-

sen lag bei 600 bzw. bei 625 Patienten." (S. 169)

Obwohl den befragten Ärzten meist demografische Kenntnisse für ihre "Prognosen" fehlen, nehmen die Gutachter diese zum Anlaß, ihre eigene Berechnung um 12% für 1990 und um 15% für 1995 nach unten zu korrigieren, d.h. eine entspr. Bettenkürzung vorzuschlagen. Nicht zufällig bezeichnen sie die Delphi-Methode auch als "Konsensbildung", d.h. als Vorabstimmung zwischen Landesregierung und leitenden Ärzten über die Frage, wieviel an Bettenkürzungen letztere durchzusetzen bereit sind.

Mit der parlamentarischen Behandlung des Dornier-Gutachtens ist zum Jahresende zu rechnen. Der Bezirk Südbaden der ÖTV bereitet eine Kritik vor, die GRÜNEN planen ein Wochenendseminar in Stuttgart Anfang Oktober. — (wiw)

Solex-Streik Westberlin

Interview mit einem
Vertrauensmann

Frage: Was habt ihr mit eurem Streik erreicht? Antwort: In dieser Arbeitsniederlegung wurde erreicht, daß sämtliche Akkordarbeiter in Lohngruppe 1 sowie Nichtakkordarbeiter in Lohngruppe 1 in die Lohngruppe 2 aufgerückt sind. Das heißt also die Lohngruppe 1 ist bei uns abgeschafft.

F: Wieviel macht die Erhöhung aus, wie lange habt ihr dafür gestreikt? A: Durchschnittlich 115 DM im Monat für rund 500 Leute. Die Arbeitsniederlegung betrug 5 Stunden.

F: Wer hat diesen Erfolg erreicht, wer hat gestreikt? A: Hauptsächlich Frauen, die in der Lohngruppe 1 sind, fast ausschließlich Frauen.

F: Gibt es für die Frauen besondere Gründe zum Streik? A: Sicherlich gibt es besondere Gründe. Der erste Grund ist, daß sie tatsächlich zu wenig Geld haben, um damit vernünftig auszukommen. Die Lohngruppe 1 ist sehr niedrig und auch mit 130 % Akkord gerechnet kommt dabei nicht sehr viel rum. Der zweite Grund ist, daß sie unter besonders schweren Bedingungen arbeiten, und beides zusammen hat in der letzten Zeit Grund zur Unzufriedenheit gegeben.

F: Welche besonders schweren Bedingungen? A: Das kann man nicht allgemein sagen. Das ist von Abteilung zu Abteilung ganz verschieden. Die einen haben sehr viel Ölstaub, die andern gar nicht. Ein Teil arbeitet Schicht. Andere haben einen beschissenen Meister und werden in den Streik gehetzt.

F: Wird Pierburg jetzt den Betrieb dichtmachen, verlagern, Zeitverträge abschließen? A: Den Betrieb wird er nicht dichtmachen, weil man macht nichts dicht, womit man Geld verdienen kann – verlagern, verlagern wird er auch nur, wenn es etwas bringt. Aber man baut nicht eine neue Fabrik, um sie dann zu verlagern. Zeitverträge und befristete Einstellungen sind prinzipiell keine Sache, die beeinflußt wird durch Arbeitsniederlegungen, so was macht man, wenn man damit die Lohnkosten runterschrauben kann.

F: Pierburg hat behauptet, er könne wegen hoher Schulden die Löhne nicht erhöhen? A: Auf der Betriebsversammlung hat Pierburg erzählt, daß er 24 Millionen DM Schulden hat auf dieses neue Fabrikgebäude und die Maschinen, die angeschafft wurden, Fertigungszentren usw. Das sind Investitionen, die werden sowieso von den Banken finanziert, und wer da kein Geld hat, bekommt von denen auch kein Geld. Die alte Produktionsstätte ist mit den alten Maschinen über Jahre hinweg gelaufen, und damit ist Geld verdient worden, und dieses Geld



Westberlin, 2.7.85. Warnstreik bei Solex.

taucht ja dann nicht mehr auf. Wenn man eine Investition tätigt, ist das ja nicht so, als wenn man ganz von vorne anfangen würde.

F: Wären ähnliche Erfolge wie bei euch auf andere Betriebe übertragbar? A: Übertragbar ist es auf alle Betriebe, bei denen die Produktion ausgelastet ist, die keine zu hohen Lagerbestände mehr haben, die also abhängig sind davon, daß sie liefern müssen, nur dann ist so etwas überhaupt durchzuführen. Es gibt ja auch Betriebe, die sich über eine Arbeitsniederlegung freuen würden, weil sie brauchen die Arbeitszeit nicht zu bezahlen dann, wenn sie sowieso vor Kurzarbeit stehen. – (chk)

Wahlrecht Niedersachsen

Anhörung der Grünen zum
Wahlrecht für Ausländer

Hannover. Am 25.06.85 fand eine Anhörung der GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag zu ihrem Gesetzentwurf nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer statt. Die Beteiligung mit ca. 60 Leuten war erfreulich, ebenso der überwiegende Teil der Äußerungen. Rassistisch war die Stellungnahme des niedersächsischen Städtetages und des niedersächsischen Landkreistages: Ausländer sollen Deutsche werden, wenn sie Wahlrecht haben wollen.

Um den heißen Brei herumzublättern und wohl keine positive Kraft sind gegenwärtig die offiziellen Kirchenvertreter und ihre Verbände.

Sämtliche vertretenen Ausländerorganisationen äußerten sich positiv zum Gesetzentwurf der Grünen: die Italienische Konföderation der Arbeiter, der Verband griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik und Westberlin, Casa Espana (Organisation der Spanier in Hannover), die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Ausländerbeiräte (ANA), drei türkische Sprecher. Alle Ausländer lehnten

den SPD-Gesetzentwurf, der Kommunales Wahlrecht nur für EG-Ausländer vorsieht, ab. Ausdrückliches Befragen der ausländischen Vertreter nach der drei Jahres-Frist bis zum Wahlrecht hatte zum Ergebnis, daß alle die drei Jahre ablehnen, stattdessen automatische Kopplung des Wahlrechts an die Aufenthaltserlaubnis forderten oder eine einfache Erklärung der Ausländer, für länger in der BRD sein zu wollen, für ausreichend erachteten.

Positiv zum Grünen Gesetzentwurf äußerten sich ebenfalls Uwe Horstmann für die GEW und Jürgen Eckl für den DGB Niedersachsen und die IG Metall. Beide Vertreter lehnten ausdrücklich den SPD-Gesetzentwurf ab. Jürgen Eckl erklärte, daß er sich nicht auf eine Beschlußlage im DGB stützen kann.

Weiterhin positiv zum Grünen Gesetzentwurf äußerten sich der Vertreter der Arbeiterwohlfahrt (allerdings auch ohne Beschlußlage), der Niedersächsische Landesjugendring sowie terre des hommes und Humanistische Union.

CDU, FDP und SPD-Landtagsfraktion wollen keine öffentliche Debatte über Rechte der ausländischen Arbeiter und hoffen, im Herbst den Gesetzentwurf in aller Stille niederstimmen zu können. Sie lehnten eine offizielle Anhörung durch den Landtag ab. Das Kommunalwahlrecht für Ausländer findet aber zunehmend Unterstützung in den Gewerkschaften und auch in der SPD.

Zu hoffen ist weiter, daß die Grünen an ihrem Gesetzentwurf festhalten und ihn über ihre Kreisverbände unterstützen. Nötig wären wirkungsvolle Aktionen zum Zeitpunkt der Gesetzesberatung, damit das Kommunalwahlrecht für Ausländer zu einem zentralen Thema für die Landtags- und Kommunalwahlen 1986 wird. Vorbehalten für solche Aktionen sind gegenwärtig wohl erst die ausländischen Organisationen. – (kek)



Antifaschistische Jugendliche

"Ich scheiß' auf das Nationalgefühl" – Punks gegen Reaktionäre und Faschisten

Preetz. Jeden Tag treffen sich in der Innenstadt von Preetz im Hauptgeschäftsbereich Punks. Sie zeigen deutlich, daß sie Tugenden wie Sauberkeit, Fleiß und Anstand ablehnen. Sie liegen in der Sonne, trinken, singen, knutschen und stören das Bild einer scheinbar konfliktlosen Gemeinschaft von Bürgern.

Preetz liegt 15 Kilometer von Kiel entfernt und hat 15000 Einwohner. 17,5% sind arbeitslos. Der Fremdenverkehr ist einer der Haupterwerbszweige. Kleinstädtische Idylle fern ab vom Großstadtgewühl soll der Mittelständler aus der Landeshauptstadt finden, wenn er hier sein Haus baut und der Urlauber in seinen Ferien. Deshalb sind die Punks den Preetzer Geschäftsleuten ein Dorn im Auge.

Die örtliche CDU-nahe Presse hetzt seit Monaten gegen die "Preetzer Stadtindianer". Im Auftrag empörter Bürger beschwert sich "Willem ut Preetz" in den "Kieler Nachrichten", daß die Punks das Pflanzeneck in der Fußgängerzone beschmutzen, alte Frauen beschimpfen und die Arbeit verweigern.

Die Polizei hat freie Hand, mit brutalen Greifkommandos gegen die Punks vorzugehen, sie auf dem Markt einzusammeln und auf die Wache zu bringen. Der heftigen Gegenwehr der Jugendlichen folgen Strafanzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Rechnungen für zerrissene Uniformen.

Die Lebensbedingungen der Punks sind sehr schwierig.

Die acht Preetzer Punks haben keine Wohnung und leben größtenteils von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Taschengeld. Wer Geld hat, gibt für die anderen aus. Wer eine Bleibe hat, läßt die anderen bei sich schlafen. Sie sind immer zusammen. Um Sozialhilfe zu bekommen, müssen sie für eine Mark die Stunde Zwangsarbeit machen. Das verweigern sie. Neben der Polizei ist der Leiter des Sozialamtes Voß am meisten gehaßt.

Was andere in ihrer Wohnung machen können, machen die Punks im Sommer auf dem Markt und in den Parks. Wenn es regnet, suchen sie in Passagen, Hauseingängen und Supermärkten Unterschlupf. Auch da werden sie vertrieben und bekommen Hausverbot und Anzeigen.

Das Jugendzentrum verbietet Alkoholgenuß, politische Veranstaltungen und Jugendlichen über 18 den Eintritt. Das Angebot ist begrenzt auf Tischfußball, Teestube, Töpfer- und andere Bastelkurse.

Auseinandersetzungen mit Faschisten

Herbst 1983 bis Frühjahr 1984

Drei Faschisten laden die Punks zu einer Aussprache in den Park am See. Als die Punks hinkommen, werden sie von 30 bis 40 Neofaschisten aus Preetz und Umgebung erwartet. Diese sind mit Knüppeln, Steinen und einer Pistole bewaffnet. Die Punks flüchten. In den Wochen danach überfallen Neofaschisten einzelne Punks und schlagen sie zusammen. Die Faschisten malen Hakenkreuze: "Laßt Rudolf Heß frei", "Türken 'raus", "Sieg-Heil" an die Wände des Obdachlosenlagers (dort wohnen u.a. Asylanten), in

und nennen sich "Antifaschistische Aktion". Wegen eines angekündigten Überfalls von Faschisten auf den Stand organisierte die Volksfront die Unterstützung von zwanzig Leuten. Zwei stadtbekannte Neofaschisten wurden im Flugblatt mit Namen genannt, um sie öffentlich anzuprangern und zu isolieren. Beide werden von den Punks noch mehrmals persönlich "bearbeitet". Danach schien es, als sei in Preetz erst einmal Ruhe.

November 1984

Drei Skinheads dringen in die Wohnung eines Punks ein, zerstören sie, prügeln ihn und verabschieden sich



Treffen von Punks in Hannover, August 1984

der Innenstadt und in den Parks.

Anfang April 1984 wird bekannt, daß die Preetzer Faschisten bei der Kieler ANS-Nachfolgeorganisation "Nationale Widerstandsorganisation Deutschlands" organisiert sind.

Juni 1984

Einige Preetzer Punks fragen die Volksfront, ob man nicht zusammen ein Flugblatt gegen die Nazis machen könnte. Ein Stand der Volksfront gegen die Europawahlen und die NPD-Kandidatur wird von zwölf Jugendlichen unterstützt.

3. bis 4. August

Punktreffen in Hannover. Die dort gemachte Erfahrung ist für die Preetzer Punks ausschlaggebend. Die Punks "wollen nicht mehr nur 'rumhängen und trinken und sich ab und an mit Neofaschisten schlagen, sondern mehr tun und wissen, was in anderen Städten los ist."

September 1984

Punks und Volksfront machen zusammen einen Informationsstand gegen die Faschisten in Preetz. Sie verteilen ein selbstentworfenen Flugblatt

mit der Drohung, alle Punks in Preetz erschießen zu wollen.

30.1.1985

Preetzer Punks besuchen eine Veranstaltung mit Edelweißpirat Kurt Piehl in Kiel und demonstrieren mit anderen Antifaschisten gegen die Machtergreifung der Faschisten 1933. Sie treffen sich in Preetz mit Mitgliedern der Volksfront.

April 1985

Ein Preetzer Skin wird im Wehrberg verprügelt. Er bekommt Hilfe von Preetzer Fußballern, die in einer nahegelegenen Turnhalle trainieren. Dazu "Willem ut Preetz" in der KN: "Seine Hilferufe wurden gehört. Junge Leute kamen ihm zu Hilfe und haben die Helden zusammengeschlagen. Selbstjustiz darf nach dem Gesetz zwar nicht sein, aber es freuten sich trotzdem viele darüber, daß ihnen (den Punks) das Maul gestopft wurde."

Zusammen mit Volksfront, Jusos und SDAJ wollen die Punks und andere antifaschistische Jugendliche jetzt eine örtliche antifaschistische Jugendgruppe aufbauen.— (chv, clm)

Interview mit Punks aus Preetz

Frage: Wie würdet ihr beschreiben, was Punk ist?

Ich würde sagen, man kann nur die Symptome von Punk beschreiben, aber man kann Punk selbst nicht beschreiben. Das ist so eine Art Gefühl. Was Punk ist, kann man nur verstehen, wenn man Punk ist.

Frage: Und politisch? Sind Punks rechts oder links?

Punks sind normalerweise links. Und das ist auch gut so. Das muß so sein. Nicht, daß sie irgendwelche Kommunisten sind, oder in irgendwelchen Parteien drin oder so. Aber links. Anarchisten würde ich sagen. Auf jeden Fall gegen Nazis.

Frage: Ihr habt Auseinandersetzungen mit Faschisten in Preetz gehabt.

Ja, Christian Möller zum Beispiel, dem hat einer von uns ständig auf die Glocke gehauen, dreiviertel Jahr lang oder eineinhalb Jahr lang. Das hat schließlich geholfen. Der rennt jetzt nicht mehr durch die Gegend, ruft Sieg-Heil und zieht seine Bomberjacke an. Entweder wir oder die, so ungefähr ist das doch. Bei einem von uns klingelte das zum Beispiel abends, drei Leute kommen rein und knallen ihn total zusammen. Letztens habe ich einen Skin erwischt. Dem habe ich eine Buddel an den Kopf geworfen, der hat den Spruch losgelassen, er würde mit anderen Nazi-Skins kommen und uns aufmischen.

Frage: Warum bekämpft ihr die Faschisten?

Weil es Menschenverächter sind.

— Es steht ja eines fest: Wenn die Faschisten tatsächlich an die Macht kommen, sind wir wohl die ersten, die in's Arbeitslager abwandern. Und deswegen muß man die auf jeden Fall bekämpfen. Allein schon aus reinem Eigennutz.

— Und um mehr Freiheit und Gleichheit hinzukriegen gegen dieses Schweinesystem. Die ganze Scheiße ist schon mal gelaufen. Das reicht uns. Unterdrücken wollen die.

Frage: Die Neofaschisten sagen unter anderem, daß sie stolz sind, Deutsche zu sein. Warum seid ihr nicht stolz, Deutsche zu sein?

Weil wir das beschissen finden.

— Weil schon zu viele schräge Sachen gelaufen sind.

— Bei unserer Vergangenheit würde ich nie stolz sein, Deutscher zu sein. Ich scheiß auch auf das Nationalgefühl.

— Ich bin für Internationalismus. Was hier gelaufen ist, früher mit Hitler, das ist schon zuviel. Nationalismus ist wie Ausländerhaß.

Frage: Warum trifft ihr euch jeden Tag in der Einkaufsstraße?

Erstens haben wir keine Wohnung.

— Wir wollen ja zeigen, daß wir da sind und nicht totgeschwiegen werden. Warum sollen wir uns verkriechen? Wir sind doch da oder was? Wir sind doch auch Bürger, auch wenn die meinen, daß wir ins KZ gehören. Ich seh' doch gar nicht ein, mich irgendwo zu verkriechen. Gerade das ist Punk. Wenn du ewig eins auf die Glocke kriegst oder ewig niedergemacht wirst und eine Niederlage einstecken mußt, ist das für dich ein Sieg und nur Ansporn zum Weitermachen.

Frage: Wie lebt ihr hier in Preetz?

Ja nun, du wirst von deiner Familie angemacht, die Bullen diskriminieren dich nur und das Sozialamt versucht nur, dir Scheiße anzuhängen. Du sollst arbeiten. Du hast die freie Wahl. Verhungern oder für eine Mark in der Stunde arbeiten.

Frage: Welche Zwangsarbeit müßt ihr machen?

Steine schrubben, in den Wald gehen, fegen.

— Papier und alte Dosen aufsammeln und in die blauen Müllbeutel packen.

— Das ist ja noch extrem anständige Arbeit. M. mußte Steine schrubben. Pflastersteine, die nachher wieder in die Straße eingesetzt wurden, wohlbeachtet, die angesammelt waren mit Schlamm und Dreck. Die hat er mit der Drahtbürste abgeschrubbt und die wurden dann nachher wieder in die Straße eingesetzt. Nächstes Jahr reißen sie die Straße wieder auf, holen ein paar Steine 'raus und lassen uns wieder schrubben.

Frage: Welche Erfahrungen habt ihr in der Schule gemacht?

Ich weiß, warum ich das jetzt in der Schule nicht gepackt hab'. Ich werde jetzt wahrscheinlich abgehen. Achte Klasse der Realschule. Ist ein bißchen hart für mich. Ich schaffe nicht einmal die Versetzung in die neunte Klasse. Das liegt vor allem daran, daß ich mich weigere, irgendwelche stupiden Auswendiglernereien mitzumachen und weil ich meine Meinung sag. Zwei Fünfen reichen ja locker. Wenn du in zwei Fächern den gleichen Lehrer hast und wenn du mit dem nicht klar kommst, dann haben sie dich praktisch abgeschossen.

Frage: Wie geht die Polizei vor, wenn sie euch vom Marktplatz abräumt?

Ich kann was zum Kirchsee sagen. Wir saßen da am Kirchsee unten und haben gebadet. Dann kamen die Bullen und sagten, da ist Baden verboten. Alle Leute dürfen da baden. Wir nicht. Wir haben die gefragt, was das soll. Halt bloß das Maul, haben die Bullen gesagt, sonst werfe ich dich ins Wasser. Dann sollten wir erstmal irgendwelche Bierdeckel von anderen Leuten wegräumen. Alles nur Schikane. Das dreht sich eigentlich nur darum, daß wir uns da verpissen, wo die gan-

zen lieben Touristen längsgehen.

Frage: Seid ihr auf der Wache schon einmal verprügelt worden.

Ja, mir wollten sie Blut abnehmen, aber ich habe mich geweigert. Ich kam in die Wache und da meinte er, ich sollte mit nach hinten kommen. Ich bin dann auch mit, denke an nichts Böses. Dann habe ich den Arzt gesehen und der meinte, wir wollen dir jetzt mal Blut abnehmen. Ich habe mich dann geweigert, weil ich das nicht einsah. Da haben die mir mit vier Bullen mit Gewalt Blut abgenommen. Der eine saß auf meinem Genick, der andere haut mir in die Schnauze, der nächste kloppt mir in die Nieren, der vierte dreht mir den Arm um. Der Arzt, so ein Tattergreis, findet die Stelle nicht, piekst mir fünf Mal in den Arm.

Frage: Habt ihr in den Auseinandersetzungen mit Faschisten eigentlich bei anderen Parteien und bei Einzelpersonen Unterstützung gefunden?

Hier war an irgendeinem Samstag angesagt, daß irgendwelche Skins ankommen sollten. Da dachten wir uns: Okay, wir sind sechs Leute. Das ist wirklich nicht allzu viel. Dann haben wir noch anderen Leuten Bescheid gesagt, Anarchisten und so. Da waren wir nachher eine ganze Menge. Da standen dann tatsächlich 20 bis 25 Leute auf dem Marktplatz. Das hätte ich eigentlich gar nicht erwartet, das war solidaritätsmäßig echt nicht übel.

— Ich würde gerne bei der Zusammenarbeit von Erfahrungen lernen und mich dann abkoppeln hinterher und als selbständige Gruppe arbeiten. Wenn Erwachsene bei den Jugendlichen mit drinhängen, die mehr Erfahrungen haben, dann gibt das nur Ärger. Die sagen dann: "Wir wissen das besser ..." oder "Damals '68, da war das so und so ...". Wir müssen unser eigenes Ding lernen.

Frage: Wenn die Faschisten zu den Kommunalwahlen in Preetz kandidieren wollen und dafür Unterschriften sammeln, meint ihr, daß ihr mit anderen dagegen zusammenarbeiten könnt?

Also, auf dem Markt werden diese Leute nicht auftreten.

— Es geht darum, dabei mehr zu sein. Es geht nicht darum, sich hinter einen Karren spannen zu lassen, sondern mit anderen Leuten zusammenzuarbeiten.

— Aber wer solidarisiert sich schon mit uns Punks?

— Ich halte das für schwierig, mit Leuten in einer Aktionsfront zusammenzuarbeiten, die dieses System unterstützen.

(Das vollständige Interview ist im Nachrichtenheft "Schul- und wehrpflichtige Jugend", Woche 30/85 abgedruckt)

Bosch Nachschlag gefordert
Stuttgart. Auf der Betriebsräteversammlung von Bosch Inland haben viele Betriebsräte einen Nachschlag bei Lohn und Gehalt gefordert. Bosch könne zahlen, denn 1984 sei ein Maximalgewinn erzielt worden bei Einkommensverlusten der Beschäftigten. Die Firmenleitung verweigerte sowohl eine Nachschlagszahlung wie auch eine nachträgliche Erhöhung der Erfolgsprämie und hat angeboten, einige Millionen DM in die Betriebsrentenkasse einzuzahlen, um die Anwartschaften zu erhöhen. Die Konferenz stimmte zu, will aber weiter bohren. — (sar)

Audi stellt befristet ein

Ingolstadt. Unmittelbar nach Inkrafttreten des "Beschäftigungsförderungsgesetzes", das befristete Einstellungen bis zu 18 Monaten zuläßt, hat Audi von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Nach Auskunft von Betriebsräten stellte Audi in Ingolstadt im Mai/Juni ca. 300 Bewerber mit auf fünf Monate befristeten Verträgen ein. Der Betriebsrat schreibt, gegen die Befristungen zu sein, ob er allerdings rechtlich dagegen vorgehen wird, ist unbe-

Offenbach. 33 Tage hielten die 38 Beschäftigten der Schriftgießerei Klingspor den Betrieb besetzt gegen einen geplanten Konkurs. Die Beschäftigten forderten einen Sozialplan. Die Löhne, die die Kapitalisten vorzuenthielten, beliefen sich auf 375000 DM. Mit dem Zurückhalten der Lohn Gelder übten die Kapitalisten Druck aus. Nach der Beendigung der Besetzung verzichteten die Beschäftigten auf die bevorrechtigte Auszahlung dieser Löhne. Sie erhalten jetzt Konkursausfallgeld. — (gba)

kannt. Die Ortsverwaltung der IGM verschickte ein Schreiben an die Betriebsräte, in dem sie die Auffassung vertritt, daß im Geltungsbereich des bayerischen Manteltarifvertrages die Befristung nach dem neuen Gesetz nicht zulässig ist. "Grundsätzlich hat nach der herrschenden Rechtsmeinung der Tarifvertrag, soweit er bessere Konditionen als das Gesetz beinhaltet, Vorrang... In den Manteltarifverträgen der bayerischen Metallindustrie ist... die Befristung abschließend geregelt, deshalb gelten die Bestimmungen im Manteltarifvertrag... Wir bitten Euch, die... Tarifbestimmungen absolut einzuhalten." — (ing)



Hessen: Abschluß im Kfz-Handwerk

Frankfurt. Für die 35000 Beschäftigten in rund 3000 KFZ-Betrieben in Hessen gilt ab dem 1. Juli die 38,5-Stunden-Woche. Die Kapitalisten konnten durchsetzen, daß die Wochenarbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden schwanken kann. Innerhalb von drei Monaten soll der Wochendurchschnitt von 38,5 Stunden eingehalten werden. Der Vertrag endet am 30.6.1988. Außerdem wurde vereinbart, daß die Beschäftigten drei Prozent mehr Lohn erhalten. Die IG Metall hatte sich dagegen eingesetzt, daß die Kapitalisten die Wochenarbeitszeit flexibel halten können. — (gba)

Essen: Katholiken gegen Wochenendarbeit

Essen. Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Essen kritisiert in einem Brief an Bundesarbeitsminister Blum (CDU) den Vorstoß des Bundesrates, im Rahmen eines neuen Arbeitszeitgesetzes für Betriebe mit hochmechanisierter oder -automatisierter Produktion Sonntagsarbeit zuzulassen. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der Sonntagsarbeit, die Blüms Gesetzentwurf selbst vorsieht, erwähnt der Diözesanrat nicht. Er stellt aber fest: Nicht nur Christen müßten energisch gegen eine weitere Ausweitung des Schutzes der Sonn- und Feiertage eintreten, "da der Sonntag in seiner gemeinschaftsstiftenden Funktion für jeden Menschen von entscheidender Bedeutung ist". Da-

rüberhinaus lehnt er Blüms Aussage, daß "der Samstag nicht von vorneherein als Arbeitstag ausgeklammert sein kann", ab. Auch "die Bildungsarbeit mit Arbeitnehmern und ihren Familien" würde dadurch "erheblich betroffen" — (wof)

Unterstützung ist notwendig

Hannover. Weitere Unterstützung gegen die Transvaal Alloys, südafrikanische Tochter der Norddeutschen Affinerie, haben der Hauptvorstand der IG Chemie und westdeutsche Belegschaftsvertreter Vertreter der unabhängigen Gewerkschaft MAWU (FOSATU) bei deren Besuch Ende Juni zugesichert. 240 schwarze Arbeiter waren nach einem Streik u.a. gegen Bezahlung unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes und gegen körperliche Züchtigung entlassen worden. CPK-Vorsitzender Rappe fordert von Konzernen u.a. die Einhaltung des Verhaltenskodex der internationalen Arbeitsorganisation (ILO). — (mio)

Abschluß im Verkehrsgewerbe

Hannover. Für die Beschäftigten im privaten Verkehrsgewerbe Niedersachsen wurde eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4% ab 1.6.85 erzielt. Ausgenommen sind die Miet- und Taxifahrer. Daß die Forderung nach 12 DM Stundenlohn nicht durchgesetzt werden konnte, begründet die ÖTV mit geringem Organisationsgrad. Tatsächlich hat sich dieser Bereich 1983 als streikfähig erwiesen. — (kar)



Azania/Südafrika: Seit dem 15.7. streiken 1500 schwarze Arbeiter der Siemens-Werke. Sie fordern eine Lohnerhöhung von einem Rand pro Stunde. Die Kapitalisten entließen bisher 100. Bild: Arbeiter der Siemens-Werke. — Die Arbeiter des VW-Werkes in Uitenhage hatten vom 9.-15.7. gestreikt. Sie protestierten dagegen, daß die VW-Kapitalisten dem südafrikanischen Rugby-Verband zwölf VW-Busse für die Wettkampftournee der Rugby-Nationalmannschaft Neuseelands zur Verfügung stellen wollten. Mit dieser Tournee wollte der neuseeländische Verband den internationalen Sportboykott gegen Südafrika durchbrechen. Die Tournee wurde abgesagt. = (gba)

50 Jahre Fliegerhorst Jagel

Proteste gegen die Feier der Bourgeoisie

Am 7. Juli veranstaltete das Marinefliegergeschwader (MFG 1) Jagel (Kreis Schleswig-Flensburg) anlässlich des 50-jährigen Bestehens einen Tag der offenen Tür. Der Grüne Kreisverband Schleswig-Flensburg und Kreisverband Rendsburg organisierten einen Kundgebungsplatz in Jagel, SPD und DGB Schleswig beteiligten sich mit einem Fahrradcorso zum Flugplatz. Sie, sowie Mitglieder Schleswiger und Flensburger Friedensinitiativen, des Frauenzentrums Schleswig, der Gruppe "Ohne Rüstung leben", Autonome, Jusos, DKP, Volksfront nahmen an der Kundgebung mit Ständen teil, insgesamt ca. 50 Personen.

Die Volksfront Gruppe Rendsburg/Schleswig verkaufte eine Broschüre "Jagel 1935-1985". Sie stellte ein Transparent her mit der Aufschrift "1935 Ju 88 - 1985 Tornados, Kriegsvorbereitung gen Osten". Am Zaun konnten einige Transparente gut sichtbar für die Besucher des Flugtages angebracht werden, u.a.: Autonome: "Die Bundeswehr ist ungeheuer, erstens sinnlos, zweitens teuer"; Volksfront: "BRD raus aus der NATO"; Friedensinitiative: "Was sollen wir mit dem Star Wars Dreck/ Alle Waffen müssen weg"; DGB: "Nie wieder Krieg, Abrüstung ist das Gebot der Stunde".

Aus der Broschüre: "1933 begann unter strenger Geheimhaltung die faschistische Regierung den Bau unter dem Tarnnamen 'Filmgesellschaft'. Tarnung war nötig, da die faschistischen Verbrecher noch nicht offen gegen Verträge, u.a. den Versailler Vertrag, verstoßen konnten. Als es dann doch bekannt wurde, wurde der Platz offiziell für die 'Deutsche Verkehrsfliegerwoche' hergerichtet. Zu diesem Zweck fand am 6. Juli 1935 die offizielle Inbetriebnahme statt. Der damalige Bauleiter schrieb im 'Fliegerbuch' den Vers: 'Dem Reich zur Wehr/ dem Staat zur Ehr/ gibt Arbeit und Brot/ Luftfahrt tut not!'.

Im Juli 1936 besuchte General Kesselring Jagel und forderte den beschleunigten Ausbau, selbst unter widrigsten Arbeitsbedingungen. Die Armee hatte den Flugplatz übernommen. Auch schon damals gab es sogenannte 'Flugtage in der Nordmark' ... Als die Faschisten zum 2. Europäischen Einigungskrieg ansetzten, wurden von Schleswig/Jagel aus alle Bomberüberfälle auf andere Staaten mit durchgeführt. Der weitere Ausbau des Flugplatzes wurde verstärkt vom Reichsarbeitsdienst durchgeführt. Später wurden zur weiteren Durchführung des Raubkrieges Zwangsarbeiter eingesetzt. In zwei Baracken und einem Arbeitslager waren in Kropp 200 sowjetische Zwangsarbeiter untergebracht, die in der Luftmunitionsanstalt eingesetzt wurden. Wieviele aus den umliegenden Orten zu Jagel arbeiteten, ist nicht bekannt. Aber in jedem Ort waren Sammelunterkünfte eingerichtet ... Es sei nur noch das Kommando 1078 der Luftwaffe in Treia erwähnt. Dort waren in einer Baracke 80 bis 100 Kriegsgefangene belgischer, französischer und polnischer Nationalität untergebracht. In Kropp wie in Treia sind Kriegsgefangene wegen der unmenschlichen Behandlung 'verstorben' und auf dem Friedhof begraben.

Anfang 1945 wurde dann noch das Hauptquartier der "Luftflotte Reich" nach Missunde verlegt, und dann war es endlich soweit: am 9. Mai 1945 war kein einziges Seeflugzeug mehr flugfähig. Aber das wird ja nicht gefeiert.

Am 22. Juli 1958 wurde der Flugplatz dann wieder von deutschen Militärs in Betrieb genommen. Die 'große Zeit', so die offizielle Version, brach ab November 1963 an. Die Starfighter F 104 G wurden in Betrieb genommen. Es ist schon etwas, daß bis Juni 1985 immerhin 220 von den Vögeln abgeschmirgelt sind. Das war aber mit 'großer Zeit' nicht gemeint. Kommen wir zur heutigen Bedeutung des MFG 1. Das Marinefliegergeschwader 1 ist als erstes mit 48 "Tornado"- Flugzeugen ausgerüstet worden, eine davon

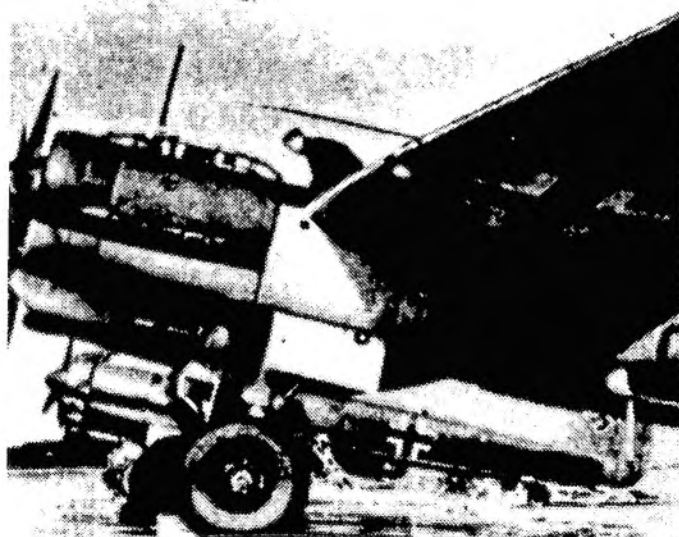
ist bereits in den Schlick gerutscht ... Bei der Übergabe wurde von Hans Apel, damaliger 'Verteidigungs'minister, und von Vizeadmiral Bethge die 'Allwettertauglichkeit' und der extreme Tiefflug in 75 m Höhe des Tornado als besondere Leistung hervorgehoben. Beide Redner gingen seinerzeit in der Anschaffungsrechtfertigung auf den Krieg um die Malwinen ein ... Momentan wird das MFG 2 in Tarp umgerüstet. Für Jagel wurden seinerzeit 102 Millionen angegeben.

... Lärmbelästigung durch das Marinefliegergeschwader in Jagel ist häufig Thema bei den Gemeinderatssitzungen der umliegenden Gemeinden ... 1000 NATO-Flugzeuge mit ca. 4000 Einsätzen zehrten an den Nerven der Bevölkerung ... Fregattenkapitän Kowalewsky bei einer Vorführung: 'Solange Sie uns hören, werden Sie kein Flugzeug mit einem roten Stern über Schleswig sehen.' Um diese Kriegshetze gegen andere Völker jedem ins Hirn zu dröhnen, wird 75 bis 150 m über dem Erdboden geflogen, Nacht-tiefflüge durchgeführt, im Nachbrenner geflogen usw.

... In Jagel und in dem dazugehörigen Munitionsdepot in Kropp sind 1600 Soldaten und 400 Zivile tätig. Mit der Bundeswehr 'habe die Gemeinde Kropp einen nicht unerheblichen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt' (Bürgermeister Schwitter).

Auseinandersetzungen über den Flugtag in den örtlichen Zeitungen Die Schleswiger Nachrichten schreiben am 8.7.85: "... rund 70000 Menschen kamen zum Flugtag." Mit über 100000 hatte die Bundeswehr allerdings gerechnet. "... gähnende Leere herrschte im Schutzbau 6, wo die Besucher über Militärseelsorge informiert wurden ... Auch andere Ausstellungen über Flugzeug- und Waffentechnik, Lärmprobleme, Kfz-Betrieb, Militärlaufbahnen und die historische Entwicklung des Flugplatzes wurden wenig besucht ... Lange Menschenschlangen standen allerdings am Erbsensuppenausschank." Von Protesten berichtet die Zeitung: "Mitglieder der SPD, der Jusos, der Grünen, des DGB, der DKP und der Volksfront-Bewegung hatten außerhalb des Geländes ein Friedenscamp errichtet ... Die Standortverwaltung hatte nach langem hin und her für 100,00 DM den Platz zur Verfügung gestellt." (SN, 8.7.85). Vor dem Flugtag steht über die SPD in den Zeitungen, daß sie wieder sagt, wofür sie ist, nämlich für die Bundeswehr, Tage der offenen Tür, Flugtage. Einzig bei der Traditionspflege kritisieren der SPD-Ortsverein und Egon Bahr das mangelnde Fingerspitzengefühl bei der Auswahl des Mottos des MFG 1, "50 Jahre Fliegerhorst Jagel" (Landeszeitung, 29.06.85). - (lus)

Ju 88 auf dem Flugplatz in Jagel 1935



Wohneigentum

(III) Zusammenhang von Einkommenshöhe und Wohneigentum Öffentliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums

In diesem Projekt wollen wir untersuchen, wer wie, mit welcher Wirkung, öffentlich gefördert wird.

Grundsteuer, Grunderwerbssteuer und das Bausparen werden vom Staat für die indirekte Förderung von Wohneigentum genutzt, die den allergrößten Teil der Förderung ausmacht. Direkte Förderung durch Sozialen Wohnungsbau und Lastenzuschuß nehmen heute nur rund 20% der Erwerber von Wohneigentum in Anspruch. Außerdem gibt es vereinzelt noch Darlehen vom öffentlichen Dienstherrn und günstige öffentliche Grundstücke in einigen Gemeinden. Die Grunderwerbssteuerbefreiung für selbstgenutztes Wohneigentum, 1977 auch auf gebrauchte Objekte ausgedehnt, wurde 1983 durch Steuersatzsenkung abgeschafft, was praktisch nur Vermieter begünstigte. Die Grundsteuer für Ein- und Zweifamilienhäuser ist auf Grund der niedrigen Steuermeßzahl (2,6 bzw. 3,1 %) gegenüber Mietshäusern etwas begünstigt (3,5 %). Die Kommunen nutzten ihr Grundsteuerheberecht in den letzten Jahren verstärkt zur Erhöhung der Grundsteuer, die mit 200-300 DM/Jahr für Einfamilienhäuser keine stärkere Belastung darstellt. Es muß mindestens mit ihrer Verzehnfachung gerechnet werden, wenn, wie vom wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministers 1982 vorgeschlagen, die der Grundsteuer zugrundeliegenden Einheitswerte von 1964 auf die heutigen Verkehrswerte hochgesetzt werden (vgl. Baulandbericht 1983 des Bundesbauministers, Heft 03.100).

Das wichtigste Instrument zur Förderung sind jedoch Einkommenssteuererleichterungen, die sicherstellen, daß die Vergünstigungen um so größer sind, je höher das Einkommen ist. Zusätzliche, wesentlich höhere Steuererleichterungen gegenüber den Selbstbenutzern haben diejenigen, die in der Lage sind, Wohnraum zu vermieten und/oder selbst zu bauen. Hat der selbstnutzende Gebrauchtobjektkäufer nur die Möglichkeit, innerhalb der ersten 8 Jahre 40% der Erwerbskosten, abzüglich Grundstückswert, steuerlich abzusetzen, so kann er als Bauherr 100% über 50 Jahre absetzen, als Vermieter zusätzlich Verluste aus der Vermietung (Zinsen und andere Werbungskosten). Beim Zweifamilienhaus und beim Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung werden auch für die selbstgenutzte Wohnung die gleichen Vorteile wie bei der Vermietung von Wohnraum gewährt. Dadurch entstehen gegenüber dem Selbstnutzer besonders deutliche Vorteile, die durch die Änderungen der Bundesregierung

ab 1987 beim Erwerb nicht mehr realisiert werden können. (vgl. Pol. Ber. 3/85). Die Vorteile für den vermieteten Wohnraum bleiben aber.

Die Förderung von Wohneigentum im Sozialen Wohnungsbau hat gegenüber dem Mietwohnungsbau seit 1976 Vorrang, die Bundesregierung fördert nur noch Eigentumsmaßnahmen im Rahmen dieses Programmes. Dabei hat der sog. 2. Förderungsweg Vorrang, da er höhere Einkommen fördert, die öffentlichen Mittel niedriger sind und diese nach 15 Jahren mit rund 6% zu verzinsen und 2% zu tilgen sind. Der Lastenzuschuß (Wohngeld für Eigentümer) ist mit durchschnittlich 134 DM (1984) nicht viel höher als das Wohngeld mit 112 DM und macht nur 6% der Wohngeldleistungen aus. (vgl. Wohngeld- und Mietenbericht 1985, BT-Drs 10/3222, 18.4.85)

Bei der gesamten Förderung des Wohneigentums steigt der durchschnittliche Förderungsbetrag je Haushalt mit dem Einkommen sehr stark an. Die Untersuchung "Verteilungswirkungen des Förderungssystems für den Wohnungsbau" (Bundesbauminister 1980, Heft 07.010), kommt zu dem Ergebnis, daß der durchschnittliche Förderungsbetrag pro Eigentümerhaushalt 1972 in der obersten Einkommensgruppe fast neunmal so hoch ist wie in der untersten: Haushalte unter 800 DM (16,6% der Eigentümerhaushalte) erhalten durchschnittlich 106 DM, die über 3000 DM (8,7% der Eigentümerhaushalte) erhalten 893 DM. Diese starken Unterschiede sind zum einen darauf zurückzuführen, daß die Steuerersparnisse auch damals schon mit 69% der Fördermittel den größten Teil der Förderung ausmachten (inzwischen ist er weiter auf ca. 80% gestiegen) und hier die Steuervorteile besonders stark mit dem Einkommen steigen: Steuerersparnis je Haushalt 1973 in der untersten Gruppe (unter 600 DM = 2% der Haushalte) nur 7 DM, in der obersten, über 5000 DM (5,6% der Eigentümerhaushalte), beträgt die Steuerersparnis 996 DM/Haushalt. Diese Haushalte werden auch durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus begünstigt. Zwar sind die Unterschiede in der Förderung pro Haushalt hier nicht so stark wie bei der steuerlichen Förderung, aber sie sind auch sehr stark einkommensabhängig: In der untersten Einkommensgruppe (unter 800 DM, 9,5% der Haushalte) 426 DM/Haushalt, in der obersten (über 3000 DM, 5,8%) 873 DM/Haushalt.

Seit 1972 wurden die Einkommensgrenzen mehrfach angehoben, und die

Höhe der Förderung hat sich weiter zugunsten der Steuervergünstigungen und innerhalb des Sozialen Wohnungsbaus zugunsten des 2. Förderungsweges verschoben, den auch höhere Einkommensgruppen in Anspruch nehmen können und dessen Förderung insgesamt niedriger ist pro Haushalt (geförderte Eigentümerwohnungen 1983: 1. Förderungsweg 10258 DM 2. Förderungsweg 34777 DM). Die Unterschiede sind noch größer geworden; da die Eigentumsförderung des 1. Förderungsweges Haushalte mit mittleren Einkommen begünstigt, der 2. Förderungsweg mittlere und gehobene Einkommen, hat sich das Volumen der öffentlichen Förderung weiter in Richtung der gehobenen Einkommen verschoben.

Die Befragung der Eigentümerhaushalte Anfang der 80er Jahre bestätigt das. Förderung im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus nahmen überdurchschnittlich viele Beamte in Anspruch. Obwohl ihr Anteil an den Haushalten nur rund 10% betrug, waren 34% der Geförderten Beamte. Arbeiter sind unterrepräsentiert, weil sie weniger Wohnungen erwarben (nur 24% der geförderten Haushalte und nur 23% der Erwerber bei einem Anteil an allen Haushalten von über 40%).

Insgesamt hat die direkte und indirekte öffentliche Förderung dazu beigetragen, daß die mittleren Einkommen verstärkt Wohneigentum erworben haben und daß höheren Einkommen der Schritt zur Vermietung von Wohnraum erleichtert wurde, weil durch die Förderung die Anfangsbelastung gesenkt wird. Für die unteren Einkommen reicht auch die öffentliche Förderung nicht aus, um sich Wohneigentum zu erwerben, wenn nicht in Ausnahmefällen besonders viel Eigenleistung, Eigenkapital und die maximale Förderung eingesetzt werden können. Kürzungen der Fördermittel für den Sozialen Wohnungsbau, Verlagerung des Schwerpunktes auf den 2. Förderungsweg in den letzten Jahren, senkten die Förderung der unteren Einkommen. Sie wird auf die gehobenen und höheren Einkommen konzentriert. So sollen auch die steuerlichen Änderungen für selbstgenutztes Wohneigentum wirken. Die Bauförderung wird reduziert zugunsten des Erwerbs aus dem Bestand.

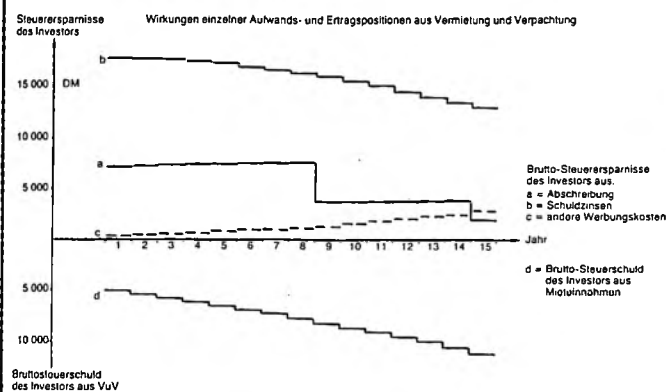
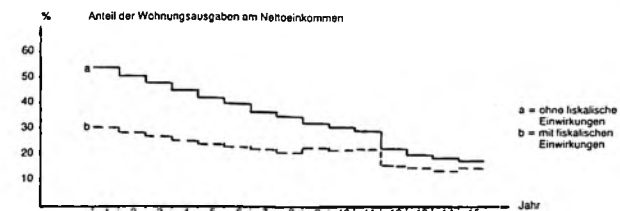
Quellenhinweis: Bundesbaublatt 4/85, 11/83; Die Eigentumsbildung im Wohnungsbau, Bundesbauminister, Heft 07.014, 1983; Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente, 1.6.82, BT-Drs 9/1780 - (jeb)

2.4 Modellrechnung Zweifamilienhaus, 150 000 DM Bruttojahreseinkommen (Normalbesteuerung)

2.4.1 Annahmen der Modellrechnung: Teilweise eigengenutztes Wohneigentum; Hochkosten-Region

Neubau eines Zweifamilienhauses bei teilweiser Eigennutzung des Gebäudes

| | |
|---|--------------|
| Bruttoeinkommen des Investors (ohne Kindergeld) | 150 000,— DM |
| Wohnfläche 1. Wohnung | 120 qm |
| Wohnfläche 2. Wohnung | 35 qm |
| Herstellungskosten | 390 000,— DM |
| Grundstückskosten | 180 000,— DM |
| Mietwert/qm | 7,— DM |
| Eigenkapitalanteil an den Gesamtkosten | 15 % |
| Zahl der Kinder | 0 |
| Einmalige Werbungskosten (Finanzierungskosten) | 106 000,— DM |

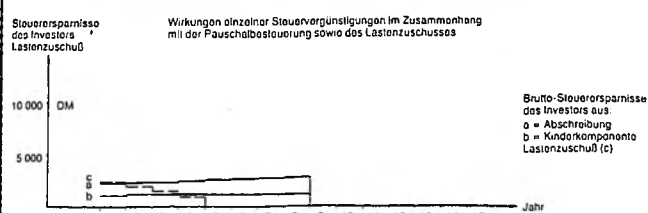
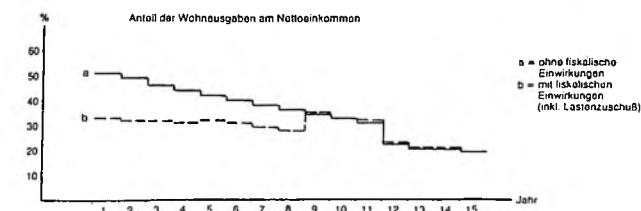


3.4 Modellrechnung „Selbsthilfebauherr“ (Pauschalbesteuerung)

3.4.1 Annahmen zur Modellrechnung „Selbsthilfe-Bauherr“, Niedrigkosten-Region

Neubau eines eigengenutzten Einfamilienhauses

| | |
|--|--------------|
| Bruttoeinkommen des Investors (ohne Kindergeld) | 32 500,— DM |
| Wohnfläche des Gebäudes | 125 qm |
| Herstellungskosten | 240 000,— DM |
| Grundstückskosten | 40 000,— DM |
| Eigenkapitalanteil an den Gesamtkosten (Selbsthilfe, Verwandtendarlehen) | 55 % |
| Zahl der Kinder | 3 |
| Einmalige Werbungskosten (Finanzierungsnebenkosten) | 20 000,— DM |

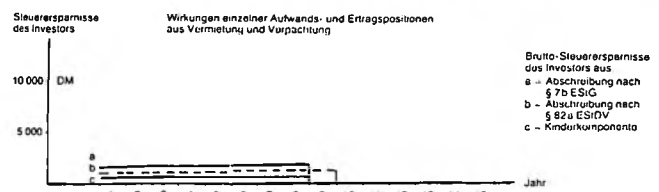
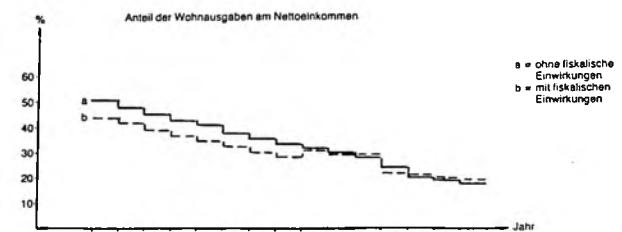


5.3 Modellrechnung Erwerber; Eigennutzer (Pauschalbesteuerung)

5.3.1 Annahmen zur Modellrechnung Einfamilienhauserwerber mit mittlerer Modernisierungs-Investition in einer Niedrigkosten-Region

1-Familienhaus-Kauf mit Modernisierung

| | |
|---|--------------|
| Bruttoeinkommen des Investors (ohne Kindergeld) | 50 000,— DM |
| Wohnfläche | 130 qm |
| Kaufpreis (Gebäude) | 150 000,— DM |
| Grundstückskosten | 60 000,— DM |
| Modernisierungskosten | 50 000,— DM |
| Eigenkapitalanteil (bezogen auf Gesamtkosten) | 40 % |
| Zahl der Kinder | 2 |
| Einmalige Werbungskosten | 12 000,— DM |



7.1 Bau eines Vierfamilienhauses durch einen Einzelinvestor — langfristige Betrachtung

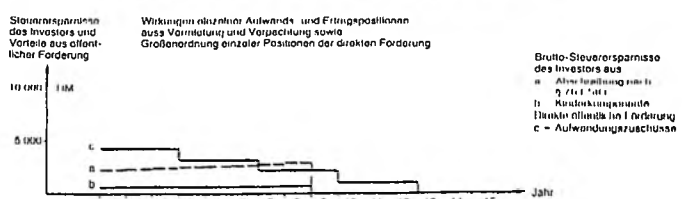
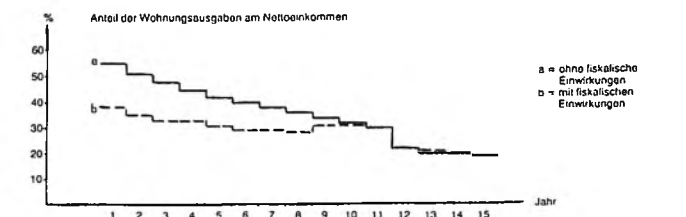
7.2 Modellrechnung: Eigenheim-Bauherr (Pauschalbesteuerung) im 2. Förderungsweg des sozialen Wohnungsbaus

7.2.1 Annahmen zur Modellrechnung: Eigenheim-Bauherr im 2. Förderungsweg — Niedrigkosten-Region

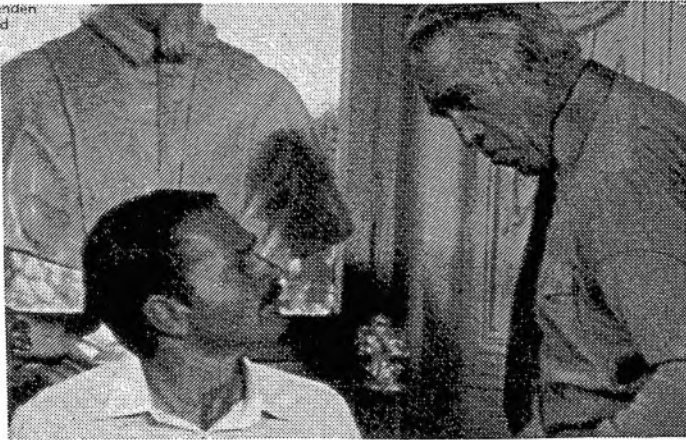
Neubau eines eigengenutzten Einfamilienhauses in einer Niedrigkosten-Region im Rahmen des 2. Förderungsweges

| | |
|---|--------------|
| Bruttoeinkommen des Investors (ohne Kindergeld) | 55 000,— DM |
| Wohnfläche des Gebäudes | 120 qm |
| Herstellungskosten des Gebäudes | 240 000,— DM |
| Grundstückskosten | 80 000,— DM |
| Eigenkapitalanteil | 40 % |
| Zahl der Kinder | 2 |
| Einmalige Werbungskosten (Finanzierungsnebenkosten) | 35 000,— DM |

Modellrechnung Eigenheim-Bauherr (Pauschalbesteuerung) im 2. Förderungsweg des sozialen Wohnungsbaus



Entnommen aus: Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente, 1.6.1982, Bt-Drs. 9/1708.

"Kennwort Salamander"**Faschismus als böartiger Charakterzug einiger Bourgeois?**

Franco Nero als der Oberst und Anthony Quinn als der "gute Reiche"

Der Faschismus der Bourgeoisie als ein Ergebnis des böartigen Charakters einzelner Bourgeois — das ist die These, die der jetzt in einigen Kinos angelaufene Film "Kennwort Salamander" zu beweisen versucht. Daß der 1980 fertiggestellte Film nun erneut in den Kinos gezeigt wird, dürfte auf Spekulationen der Filmverleiher zurückgehen, nach den Enthüllungen über die italienische P2-Loge ließe sich mit dem Film ein Geschäft machen.

Denn die Handlung des Films knüpft scheinbar an die Enthüllungen über die P2-Loge an: Ein italienischer General, bekannt für seine Verbindungen zu den Neofaschisten, wird ermordet. Ein zur Aufklärung des Mordes eingesetzter Oberst kommt schon bald einer Verschwörung von Neofaschisten und Militärs auf die Spur, an deren Spitze der ermordete General gestanden hatte und die einen Staatsstreich plante. Nach der Ermordung des ersten ist ein zweiter General an die Spitze der Verschwörer getreten und hat sich durch das Umbringen von ein paar Leuten in den Besitz der genauen Putschpläne seines Vorgängers gesetzt. Da dieser General außerdem Verbindungen zu den "besten Kreisen" Italiens hat, scheint der Putsch unausweichlich. Wie bringt nun der Oberst das Kunststück fertig, einen solchen Putsch

dennoch zu verhindern? Ganz einfach: Er knüpft Verbindungen zu dem reichsten Mann Italiens, der — man höre und staune — früher mit den Partisanen gegen den italienischen und deutschen Faschismus kämpfte und "zufällig" auch der geheimnisvolle Mörder des oben bereits erwähnten neofaschistischen Generals ist.

Der Rest ist dann ungefähr so fade, wie nach dieser Entwicklung zu erwarten. Der Oberst und der "gute Reiche" sammeln Beweise, dann lädt der "gute" Reiche die Spitzen der italienischen Gesellschaft samt den Chefs der Verschwörer zu einer scheinbar harmlosen Party, und auf dieser Party werden die versammelten Bourgeois von den schändlichen Absichten der unter ihnen weilenden Verschwörer unterrichtet. Auf diese Weise in Kenntnis gesetzt, daß die Verschwörer selbst so manches Mitglied der "Spitze der Gesellschaft" zu verhaften vorhatten und daß sie auch vor Folter und Mord nicht zurückschrecken, sind fast alle Versammelten zutiefst entsetzt, schreiten zur Tat, verhaften die Verschwörer noch auf der Party und aus ist's mit dem Putschversuch.

Die in diesen Ablauf eingeflochtenen Folter- und Verfolgungsszenen übergehen wir, sie sind so wie der Rest des Films.

Der Film, in den Kinozeitschriften als "Fallstudie eines kaltblütig geplanten Putsches" gepriesen, ist so ein ziemlich langweilig geratener Versuch, die Interessen der Bourgeoisie am Faschismus, an politischer Reaktion und Terror gegen die Arbeiterbewegung als persönliche Bosheit einzelner Bourgeois darzustellen

— völlig abseits aller wirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie, die in Wirklichkeit den Faschismus hervorgerufen. Er handelt zudem zwei Stunden von der italienischen Reaktion, ohne daß die katholische Kirche, die noch bei jeder reaktionären Verschwörung in Italien beteiligt war, auch nur ein einziges Mal vorkommt. — (rül)

"Zuckerbaby"**Liebesgeschichte einmal ganz anders**

"Zuckerbaby" wird vom Autor und Regisseur Percy Adlon nach einem anderen Strickmuster hergestellt als übliche Kino-Liebesklamotten. Da ist die nettig-schöne und barockengel-dicke Leichenwäscherin, die sich fünf der über fünfzig ihr zustehenden Urlaubswochen ertrötzt, um ihren geliebten U-Bahn-Zugführer zu verführen. Hindernisse räumt sie zielbewußt bis ins Bett hinein aus dem Weg. Die Mittdreißigerin spioniert den vergleichsweise schmalbrüstigen und völlig ahnungslosen 25jährigen Geliebten mit Feldstecher und Dienstplandiebstahl bis auf Details der Lebensgewohnheiten und Arbeitszeiten aus. Die Jägerin in den herrlich gefilmten U-Bahnschächten Münchens bekommt die Vorliebe ihres angebeteten "Zuckerbabys" für Dauerlutscher heraus. Aufgedonnert und herausgeputzt ködert sie den blonden hübschen Jüngling mit dieser und ihrer eigenen Süßigkeit. Er beißt an, als die eher bildungshungrige Ehe-

frau für zwei Wochen verreist ist. Jägerin und Beute haben einen Riesenspaß miteinander. Das Glück platzt, als die heimkehrende Gattin das Liebespaar ganz einfach verprügelt. Zuckerbaby erzählt eine banale Geschichte in einem alltäglichen Milieu. Aus dem Kontrast der ungelenkten Spra-



che der Figuren und den rosa/pink/lila gefilterten Filmbildern bezieht der Film seinen Reiz. — (heb)

ZDF**Sensationsprozeß Casilia 1939: "Schönes Deutschland"**

Dem Deutschen Peter Roland wird in den USA der Prozeß gemacht. Er soll den Kinderfilmstar Binnie Casilia entführt und nach gescheiterter Erpressung der Eltern ermordet haben. Die faschistischen Filmemacher lassen P. Roland eine Anklage gegen die Gesellschafts-

verhältnisse in den USA entwickeln: Entführt habe er das Kind nur zu dessen Schutz, weil die geldgierigen Eltern das Wachstum des Kindes mit Medikamenten gebremst hätten. Dadurch sollten die Filmverträge weitergeführt werden, die an ein bestimmtes

Aussehen (Größe, etc.) gebunden waren. Die freie Presse und Rechtsprechung, die jetzt über ihn Gericht führt, seien Erfüllungsgehilfen eines Systems, wo nur das Geld regiere. Im Verlauf des Prozesses wird deutlich, daß die Hauptbelastungszeugin Sylvia Casilia nur eine Verurteilung anstrebt, um das Kind für tot erklären zu lassen und das Millionenerbe anzutreten. Der Staatsanwalt will einen erfolgreichen Sensationsprozeß, weil er als Senator kandidieren will. Entsprechend wird P. Roland zum Tode

verurteilt. Erst als die jahrelang versteckt gehaltene Binnie wieder auftaucht, wird er freigelassen. P. Roland nimmt Binnie ins "schöne Deutschland" mit.

Mit dem 1939 gedrehten Film werden durch die verlogene Kritik an den US-Verhältnissen "hohe Werte" und "Moral" des faschistischen Deutschland hochgehalten. Saubere Familien, Volksgemeinschaft, von NSDAP kontrollierte Presse und Justiz gegen "freien" Kapitalismus und bürgerliche Demokratie. (ZDF, 13. 7.85) – (ard)

"Die dritte Revolution"

TV-Märchen über "Technik und die Folgen"

Wer sich von der Sendung "Die dritte Revolution – Technik und die Folgen" Informationen über die neuen Technologien erwartete, sah sich enttäuscht. Gezeigt wurden Ausschnitte eines US-Fernsehfilms, der der Public-Relations-Abteilung eines Elektronikkonzerns zu entstammen schien.

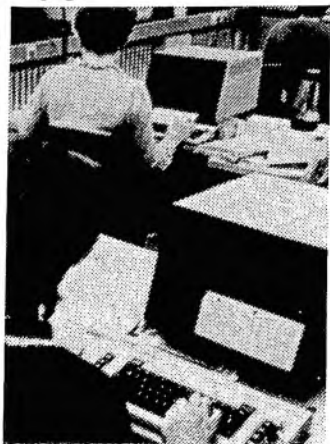
Die Entwicklung der Produktivkräfte schildert der Autor als "Wellen", die über "die Menschen" hereinbrechen. Nach der Landwirtschafts-Welle schwappt die Industrialisierung heran: qualmende Fabriken, lärmende Maschinen, stumpfe Arbeitermassen. "Gleichförmigkeit" hätte diese "zweite Welle" hervorgebracht, wird beklagt, außerdem Umweltverschmutzung und Arbeitslosigkeit.

Ein Segen, daß die "neuen" Technologien in einer dritten Welle "uns in eine überraschende Zukunft" tragen. Beispiel: Der Film zeigt einen japanischen Arbeiter – beim Golfspiel. Originalton dazu: "Er hat etwas neues entdeckt. Rent a robot. Mieten Sie sich einen Roboter. Er arbeitet für ihn 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr."

Weitere, in Science-Fiction-Manier dargebotene Beispiele (z.B. die "Individualisierung" der Massenmedien durch Kabel- und Satellitenfernsehen) sollen den Eindruck erwecken, die "dritte Welle" setze an die

Stelle der "Gleichförmigkeit der Massengesellschaft" mehr "Freiheit" und "Individualität", sprich weniger Arbeitsqual und bessere Befriedigung von Bedürfnissen.

Tatsächlich wollen die Kapitalisten mit den "neuen Technologien" Lohndifferenzierung, flexible Arbeitszeiten und Heimarbeit durchsetzen – eine Arbeitsorganisation, mit der die Bourgeoisie auch den werkschaftlichen Zusammenhalt der Beschäftigten untergraben will. Der Film ist ein Stück verlogene Propaganda dafür: "Anstatt in riesigen Fabriken lassen wir die neuen Werkzeuge in unseren Hinterhöfen für uns arbeiten ... Die alten Maschinen schalteten uns gleich, uniformierten uns. Die neuen Maschinen können uns individueller, wieder menschlicher machen." – (jüg)



Evangelische Kirche

Synode der Nordelbischen Kirche: Verfassung als gute Gabe Gottes

Es gibt Krach in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche. Auch hier erheben die rechten, neukonservativen und braunen Gestalten ihr deutschnationales Haupt. Nur heißen sie hier "Glaubenskonservative". Elf Prominenten dieser Sorte schrieben Anfang des Jahres einen Offenen Brief an die Bischöfe der Nordelbischen Kirche und ermahnten diese, "zu einer Klärung der angeschnittenen Fragen durch Wahrnehmung ihres geistlichen Amtes beizutragen".

Wir zitieren hier ausführlich aus ihrem Brief:

"Amtsträger der Kirche (gemeint sind linke Pastoren, Red.) betreiben öffentliche Staatshetze. Unsere Landeskirche verteilt – trotz wiederholten Einspruchs – Publikationen, insbesondere an junge Menschen, in denen unser demokratisches Gemeinwesen verächtlich gemacht wird. Darin wird unter anderem behauptet: Die Bundeswehr sei durchsetzt mit unbelehrbaren Kriegstreibern und diene der Vorbereitung auf 'Angriffskriege für die NATO'. Eine Gruppe von Pastoren bekundet offensichtlich Sympathie für Terroristen, indem sie aufruft: 'Bedenkt, Schwestern und Brüder: Berge versetzen beginnt mit Steine schmeißen.' ...

Amtsträger der Kirche fordern zum Rechtsbruch auf. 27 Pastoren aus Nordelbien appellieren in einem Brief an die evangelischen Christen: 'Jede Form des Kriegsdienstes zu verweigern' durch 'bürgerlichen Ungehorsam', durch 'Besetzung von Straßen, die für eventuelle militärische Zwecke benutzt werden können', durch Proteste gegen Jugendoffiziere in Schulen, durch Verweigerung von Hilfe von Ärzten und Pflegepersonal ...

Die Kirche duldet Angriffe auf Ehe und Familie. Familie und Ehe werden einer radikalen Umwertung unterzogen. So kann man in Publikationen unserer Landeskirche zur Erwachsenenbildung lesen, daß die Erziehung zu den traditionellen Wertvorstellungen unseres christlichen Kulturkreises (wie zum Beispiel Nächstenliebe, Gehorsam, Ordnung) angeblich zu zerstörerischen oder selbstzerstörerischen Konsequenzen führt ...

Es heißt sogar: Das Christentum halte die Frauen in Ehe und Familie in einem Zustand unerträglicher Unfreiheit. Wir fragen ... Ist der Staat nicht mehr gnädige, göttliche Ordnung, in dem auch Rechtsgehorsam geschuldet wird?"

Es lohnt sich, sich einige der elf Unterzeichner, die von "Sorge umgetrieben werden", näher anzusehen: Da ist z.B. Otto Graf zu Rantzau, Besitzer riesiger Ländereien bei Breitenburg, Itzehoe, dann Ingrid Roitzsch, CDU-MdB, Quickborn, bekannt u.a. als Kämpferin für die Verschärfung des § 218, und Dr. Helmut Lemke, einst CDU-Ministerpräsident in Schleswig-Holstein mit Nazivergangenheit. Als pastörlisches Aushängeschild firmiert Jens Motschmann, Pastor in Itzehoe, zeitweiliger Militärpfarrer in der seinem Pfarrhaus gegenüberliegenden Kaserne und Berater für Kriegsdienstverweigerer (!). Seit 1969 schreibt er in "Konservativ Heute", in der zum Teil faschistoiden Zeitung "Criticön" ebenso in "Erneuerung und Abwehr". Er hat das "Rotbuch Kirche" gegen fortschrittliche Christen in der Kirche herausgegeben. Führend tätig ist er in den Organisationen "Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" und "Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis". Getreu seinem verkappt faschistischen Gedankengut greift er das "Eindringen unsachgemäßen Demokratieverständnisses innerhalb der Kirche" an.

Wie nun reagiert darauf die Nordelbische Kirchenleitung? Die offizielle Evangelisch-Lutherische Kirche hat seit 1945 an keinem Punkt reaktionärer Politik die Stirn geboten. Sie hat weder gegen die Wiederbewaffnung, gegen Atomwaffen für die Bundeswehr, noch gegen die Raketenstationierung etwas gesagt. Wenn sie sich je gegen "po-

litische Strömungen" gewandt hat, dann waren diese links. Dies bestätigte sich die Kirche erneut auf der Synode vom 6. – 7. Juli in Rendsburg: "Es gehört zum Auftrag der Kirche und ihrer Amtsträger, die Achtung der Christen gegenüber unserem demokratischen Staat und seiner verfassungsmäßigen Ordnung als gute Gabe Gottes deutlich zu machen ... An unsere Volkskirche wird die Erwartung gerichtet, daß sie für die Wahrung der traditionellen Wertvorstellungen eintritt ..." Mit dieser Erklärung soll auch einzelnen fortschrittlichen Christen verschärft das Maul gestopft werden, wenn sie z.B. in der Friedensbewegung gegen diesen Staat Stellung beziehen. Mit den Worten der Synode ausgedrückt, dürfen sie ihre "eigenen politischen Auffassungen (nicht) durch mißbräuchliche biblische Begründungen mit theologischer Dignität (d.h. Würde) versehen". Die Erklärung der Synode wurde bei nur einer Gegenstimme von den 140 Synodalen beschlossen. Leute wie Mutschmann waren denn auch sehr zufrieden. – (hel)

Ernst Jünger

Angriffe auf das Denken und Sprechen der Menschen

Im Jahr 1934 veröffentlichte Ernst Jünger seine Schrift "Lob der Vokale". Seinen Zweck legt er fast gleich zu Anfang dar: "Bei allen wesentlichen Begegnungen zwischen Menschen horchen wir durch die Wortbedeutung auf die reine Lautbedeutung hindurch. Wir erkennen den Feind besser an seiner Stimme als an dem, was er sagt ... Das Opfer erkennt seinen Mörder bereits in dem Augenblick, in dem er es in ein Gespräch zu verwickeln sucht, und die Stimme, die uns das Todesurteil spricht, unterscheidet sich von allen anderen." Er will also beweisen, daß die Menschen durch Sinneseindrücke einen besseren Leitfadens für ihr Leben haben als durch den Sinn der Rede. Er macht sich ans Beweisen: "So lassen sich beliebig Beispiele anführen für den Umfang, den die wortlose Sprache der Leidenschaft besitzt, und immer wieder erstaunt man über die Rolle, die der Vokal in dieser Sprache spielt. Diese Rolle beginnt mit dem "fallenden Wörterbuche der Ammenstube", wie Herder es nennt, mit der ersten Verständigung zwischen Mutter und Kind, die rein vokalischen Charakter besitzt. Sie greift aber auch weit über die menschliche Ordnung hinaus, wie es sich in den Lauten offenbart, durch die wir uns mit den Tieren zu verständigen suchen."

Jünger erläutert seine Auffassung vom Wesen der Vokale: "Vom Wort aus gesehen, kann an dieser dienenden Rolle des Lautes kein Zweifel sein." Jedoch: "Dieses Verhältnis ändert sich freilich in spiegelbildlicher Art, wenn man den Laut in den Vordergrund der Betrachtung rückt. Während die Sprachen der Geschichte angehören, stehen die Laute außerhalb der Zeitrechnung. Die Sprachen leben wie die Pflanzen, aber die Laute gehören wie die Rede, in der sie wurzeln, zum Urstoff der Welt. Als Symbol, als reines Bild steht der Laut, und der Selbstlaut im besonderen, daher außerhalb der Sprache und ihrer Bewegungen." Jünger behauptet also, daß in der Sprache Elemente sind, durch die Tiere und Menschen etwas gemeinsam haben, weiter, daß die Sprache nur zum Teil über das Denken funktioniert, schließlich, daß Teile von ihr nur Repräsentanten von Dingen sind, die der Sprache nicht zugänglich sind, daß aber gerade diese auf die Menschen bestimmend wirken.

Jünger führt uns irre, wenn er sich auf Herder beruft. Nie hat Herder behauptet, daß die menschliche Sprache ein Mittel der Verständigung mit Tieren sei. Das Gegenteil belegt seine "Abhandlung über den Ursprung der Sprache", die er 1770 als Lösung einer Preisaufgabe der Preussischen Akademie der Wissenschaften einreichte. Er richtet sich gegen die Vermischung der "Besonnenheit", der Vernunft, mit dem Instinkt der Tiere. "Man nenne diese ganze Disposition seiner Kräfte, wie man wolle, Verstand, Vernunft,

Besinnung usw. Wenn man diese Namen nicht für abgesonderte Kräfte oder für bloße Stufenerhöhungen der Tierkräfte annimmt, so gilt's mir gleich." Er hält die Sprache für "die einzige positive Kraft des Denkens, die, mit einer gewissen Organisation des Körpers verbunden, bei den Menschen so Vernunft heißt, wie sie bei den Tieren Kunstfähigkeit wird, die bei ihm Freiheit heißt und bei den Tieren Instinkt wird." Weiter ficht er gegen die Auffassung, daß es eine vom Gebrauch der Sprache getrennte bloße Sprachfähigkeit geben könne. Sie ist vielmehr nur eine Seite der bewußten und absichtlichen Erkenntnistätigkeit der Menschen durch das Sprechen. Den Grund dafür sieht er in ihrem Interesse, die Natur zu beherrschen. Zum Beleg führt er die in alten orientalischen Sprachen zu findenden vielfachen Synonyme für dieselbe Sache an. Er führt sie zurück auf das noch geringe Abstraktionsvermögen der Menschen, das sich erst mit ihrer Erfahrung entwickelt, während aber das Bestreben der Menschen, viele Seiten der Dinge, die für ihr Leben wichtig sind, zu erfassen, schon da ist, so daß sie z.B. 200 Wörter für die Schlange erfinden. Dies ist zugleich sein Beweis, daß die Sprache die eigene Schöpfung der Menschen ist und ihnen weder von Gott beigebracht noch offenbart worden ist. Immer wieder hebt er hervor, daß diese Schöpfung die besondere Tat des ganzen Menschengeschlechts ist, auch wenn die Sprachen unterschiedlich entwickelt sind. Er warnt davor, die ursprünglichen und nächsten Mittel, die die Menschen benutzten, für alle Zeiten zu verewigen, als ob diese ein Eigenleben führten, auch wenn der Bau der Sprache mit anderen Mitteln längst fortgeschritten ist. "Wenn gar an solchen kühnen Wortkämpfen, an solchen Versetzungen der Gefühle in einen Ausdruck ... gewisse feine Begriffe eines Dogma, eines Systems kleben – oder daran geheftet werden – wie oft kommt man in den Fall, Wortidole zu schaffen, an die der Erfinder oder der spätere Gebrauch nicht dachte!" Was Jünger über das Eigenleben bestimmter Vokale und ihren Einfluß auf die Wörter zu sagen hat, fällt direkt unter diese Kritik.

Nach Jünger "drängt sich die allgemeine Beobachtung auf, daß das A und O der hohen und erhabenen, das I und das U den tieferen und dunkleren Dingen zugewandt sind, während das E eine Mittellage beizubehalten strebt. An eine Welt des A und O schließt sich eine andere des I und U, es klingen hier nicht nur die Unterschiede zwischen Oben und Unten, Hoch und Tief, Flamme und Dunkelheit, sondern auch die zwischen Vater und Mutter an." Das "e" zielt auf die "Erregung einer inhaltlosen Aufmerksamkeit" und lasse die Entscheidung offen. Demnach wären zwar die Deutschen imstande, das erhabene Wesen des Vaters durch "a" und das dunkle der Mutter durch "u" auszudrücken, die Franzosen jedoch nicht, wählen sie doch den gleichen "e"-Laut (père, mère) zur Bezeichnung von Vater und Mutter. Bemerkenswert ist, daß Jünger den Vokalen Eigenschaften



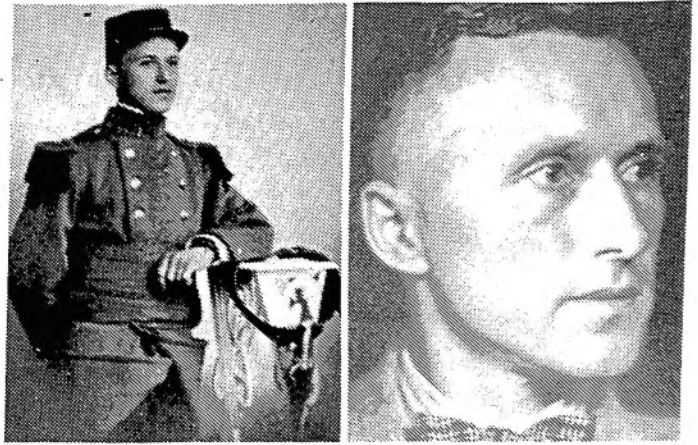
Ernst Jünger mit Kohl und Mitterand bei Verdun

zulegt, die sie schon nach den Erkenntnissen der Sprachwissenschaftler des 19. Jahrhunderts nicht haben können. "Vermöge seiner Farblosigkeit spielt das E eine große Rolle in der sprachlichen Ökonomie ... Mit den konstruktiven Eigenschaften des E hängt wohl auch zusammen, daß es im fortschreitenden Verlauf die Sprachen stärker entfärbt ... Hierauf beruht auch der völlig andersartige Urklang, den wir empfinden, je nachdem ob ein Werk der höchsten Anschauung oder ein Werk des höchsten Denkens uns im Banne hält." Diesem Unterschied soll der zwischen "a" und "e" entsprechen.

Die innewohnende Kraft des "e" sollen die Verben "begrenzen", "erkennen", "vergehen", "verwesen" belegen. Einmal von den Vorsilben abgesehen, die eine sehr späte Errungenschaft der Menschen sind, so ist auch in den einfachen Verben keine "Urkraft" des "e" zu entdecken, da es in den frühesten Sprachen noch keins gegeben hat. Wir wissen, daß das "e" in "gehen" aus "a", sogar aus zweien, entstanden ist. Es entfärbt nichts, sondern ist Ergebnis von Lautverschiebung und Brechung, durch die die Menschen das ganze Lautsystem ihrer Sprache verändert und die Vokale vermehrt haben. Dasselbe gilt für die Doppellaute, wobei Jünger für das "ei" besonders schwärmt. "Unsere Sprache wendet das Ei mit Vorliebe in Nachsilben an, wie in ei, heit und keit, und sie hebt damit die Bedeutung der Wörter empor." In Wirklichkeit hebt nicht das "ei" aus eigener Kraft die Wörter, sondern die ganze Nachsilbe ist Überbleibsel eines selbständigen Nomens, das die Menschen erfanden, um von vielen Einzelheiten zu abstrahieren, um Eigenschaften zu definieren und Kollektive zu bezeichnen. Es handelt sich nicht um Hebung, sondern um Minderung von Wörtern. Nach Jüngers Meinung tragen viele Wörter, die ein "ei" enthalten, eine "heilende, segnende oder Weihende Bedeutung". "Man darf daher in diesem Laut eine Kraft vermuten, wie sie dem Handauflegen inneohnt." Nein, man darf nicht. Dagegen spricht schon, daß wir nicht nur die Wörter "Heil", "Eid", "Geleit", "weihen", "verheiß" kennen, die Jünger aufzählt, sondern auch "leimen", "beißen", "Pleite", "Scheiße", aus denen eine solche Kraft sicher nicht spricht.

Jünger schreibt, daß sich die Konsonanten im Gegensatz zu den Vokalen durch "größere Beständigkeit und Zuverlässigkeit" auszeichnen. "In den semitischen Sprachen ... werden in den Schriften die Vokale häufig durch untergeordnete Zeichen ausgedrückt. Ohne Zweifel steht diese Tatsache mit dem Geiste eigentlicher Gesetzesvölker im tieferen Zusammenhang – mit einem Geist, wie er sich in der Unverbrüchlichkeit der Überlieferung, der Verwendung steinerer Urkunden und der dienenden Rolle der Frau offenbart. Wir führten dieses letzte Kennzeichen an in Hinsicht auf den schönen Satz Jacob Grimms, daß 'offenbar den Vokalen insgesamt ein weiblicher, den Konsonanten insgesamt ein männlicher Grund beigelegt werden muß'. " Auch abgesehen davon, daß Jünger sich mit diesem einzigen Zitat, das zu den schlechteren Sätzen von Grimm gehört, den Anschein erschleicht, er setze dessen Tradition fort, ist die Konstruktion unsinnig. Weil also bei den alten Juden die Frauen eine dienende Rolle hatten und weil sie keine Vokale schrieben – aber doch wohl sprachen – schließt er, daß sie mit Grimm der Auffassung waren, daß die Vokale weiblich sind. Doch auch Grimm selber hatte etwas anderes im Auge, als ihm Jünger unterstellt. Er spricht an dieser Stelle, die aus seiner 1851 gehaltenen Vorlesung "Über den Ursprung der Sprache" stammt, überhaupt nicht von einer dienenden Funktion, sondern spricht von der Verbindung von Vokalen und Konsonanten. Im übrigen weist er darauf hin, daß die Beschaffenheit der Laute von den Organen abhängt, die sie hervorbringen, und fährt fort: "Doch die Natur der einzelnen Laute zu erörtern, liegt mir hier nicht fern; ob dies würde mehr da an seiner Stelle sein, wo jene leibliche Anlage unsers Organismus auf die Sprache sorgfältig angewandt werden soll." Er ist also gerade vorsichtig und verlangt physiologische Studien.

Dieses Vorgehen Jüngers ist typisch für seine Methode, durch Behauptungen, die er nicht beweisen kann, Vorstel-



Jünger: Fremdenlegionär 1913 (links), Propagandist der deutschen Faschisten 1937 (rechts)

lungen zu erwecken. Er handelt ganz seiner Auffassung entsprechend, daß in der Politik durch Propaganda erreicht werden soll, daß der Hörer sich nicht kritisch zu dem Gehörten verhält, sondern daß der Redner den Ausschnitt bestimmen soll, den der Hörer "wahrnehmen", also für wahr halten soll.

Alle diese Ausführungen dienen Jünger als Untergrund für Analogien in der Erkenntnistheorie. Ähnlich wie zwischen Lauten, die ohne und gegen den Willen der Menschen wirken, da sie angeblich zum "Ungesonderten", zum "Ursstoff" gehören, der dem Verstand nicht zugänglich ist, und anderen Sprachelementen unterscheidet er zwischen der Setzung von Begriffen und den "Typen", z.B. dem Typus der Katze. Ein Typus kann nur durch Anschauung, durch Intuition erfaßt werden. Kräfte der Erde und Kräfte des Menschen treffen zusammen. Der Mensch kann nicht allein bestimmen, wie der Begriff auszusehen hat. Außer dem "Typus" kennt er dann die "Gestalt". Diese ist völlig von der Verstandestätigkeit der Menschen abgelöst. Sie kann noch nicht einmal mehr durch Anschauung erkannt werden, sondern bloß durch Offenbarung. Die "Gestalt" des Arbeiters, die er in seinem Buch "Der Arbeiter" entwickelt hat, ist so eine Macht. Jünger begrüßt in ihr die faschistische Volksgemeinschaft und die Herrschaftsmechanismen der Faschisten (s. Politische Berichte 11/82, S. 35). Sie sollen als Naturgewalt erscheinen, die keine Rechtfertigung braucht, aber auch nicht kritisiert werden können. Dazu muß er die allgemeinmenschlichen Tätigkeiten, Denken und Sprechen, herabwürdigen und sie zu untergeordneten Kräften machen, die selber schon durchgesetzt sind von selbständigen Mächten.

Er behauptet, daß die Gestalten sich selber herausarbeiten aus dem Ungesonderten. Die Gestalt des Arbeiters macht sich selber zu etwas Besonderem. Deshalb kann er auch nicht die Auffassung von Herder und Grimm, daß alle Völker zum Fortschritt des Menschengeschlechts beitragen, stehenlassen, sondern behauptet: "Die große Unruhe bewegt nicht nur die Völker, sondern das Menschengeschlecht. Sollte ihr ein neuer Typus entwachsen, so kann er nur anerkannt werden, wenn er die Species humana als solche repräsentiert. Das setzt voraus, daß er die nationalen, sozialen, ethnischen und auch ethischen Besonderheiten überragt. Erst dann kann er, aus der uferlosen Bewegung hervorgehend, vom Gemeingeist gesetzt werden, der durch den Dichter vertreten wird." Hier wird die Auffassung vom Herrenmenschen entwickelt, der sich allmählich durch seine Herrschaft enthüllt. Zu ihm soll sich die Masse der Menschen in einem Verhältnis befinden, das durch direkte, instinktmäßig zwingende Verbindung charakterisiert ist. Durch bloßen Reflex soll das Prinzip von Befehl und blindem Gehorsam funktionieren.

Quellenhinweis: Ernst Jünger, Essays IV, Fassungen, Stuttgart o.J.; Johann Gottfried Herder, Abhandlung über den Ursprung der Sprache, Reclam 8729/30; Jacob Grimm, Über den Ursprung der Sprache, Insel TB 877 – (anl)

Forschungspolitik der Reaktion

Milliarden für "Innovationen" der Kapitalisten / staatliche Forschung "im Verbund" mit Konzernen

Eine Betrachtung der Forschungs- und Technologiepolitik der Reaktion ergibt Anhaltspunkte, wie die derzeitige Bundesregierung "Deutschland nach vorn bringen" will. Nach dem Scheitern des sozialdemokratischen Konzepts, wonach der Staat die Profite der Kapitalisten schwellen und nur so auch die Lage der von ihnen Abhängigen und Ausgebeuteten heben kann, folgt die Regierungspolitik der Erkenntnis, daß das westdeutsche Kapital nur dann in den Weltmarktschlachten siegreich bleibt, wenn die Löhne der Beschäftigten gedrückt und bestehende Schranken der

Vernutzung der Arbeitskraft eingerissen werden. Statt gezielt Kapitalisten durch staatliche Forschung zu fördern, übergibt konservativ-liberale Forschungspolitik die staatlichen Institute den Monopolen; an die Stelle der Vorstellung, gesicherte Positionen und Einkommen für Wissenschaftler seien Voraussetzung für "Spitzenergebnisse" in der Forschung, setzt sie die Überzeugung, daß nur gnadenlose Konkurrenz und Dienstherrnverhältnisse beim Forschungspersonal zu "Innovationen" führt, die dem Grundsatz, gut ist was Geld bringt, gerecht werden.

Im Mai 1983 stellte Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung sein Programm bis 1987 vor. Zur Forschungspolitik erklärte er: "Die 80er Jahre sind ein Jahrzehnt des notwendigen Umbaus der deutschen Wirtschaft. Wir müssen bei der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung Anschluß halten und ihn zurückgewinnen, wo wir ihn verloren haben." Die Bundesregierung werde auf "Entscheidungen drängen, damit die neuen Techniken freiheitlich genutzt werden können".

Die Regierungsziele erläuterte der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber (CDU), ausführlich in seiner Antwort auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur "Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik" im November 1983. Man liege zwar bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) mit an der Weltspitze. Es komme jetzt aber darauf an, durch ein "funktionierendes Zusammenspiel von Grundlagenforschung, technologischer Entwicklung und rascher wirtschaftlicher Innovation" diese Spitzenstellung stärker zum Tragen zu bringen. Davon erwartet sich die Regierung:

- die "Entstehung neuer Industrien bzw. die Hervorbringung neuer Produktgenerationen;
- Beiträge zur Modernisierung klassischer Industriezweige, die sich in Anpassungskrisen befinden;
- (eine) generelle Erleichterung der strukturellen Anpassung der Angebotsseite der Volkswirtschaft, Verbesserung der Kosten-Preis-Relation durch Produktivitätssteigerung..."

Eine Schlüsselrolle spielen für die Reaktion dabei die "Hochtechnologien", für die sie hohe Profite prognostiziert. Vor allem Informationstechniken, Materialentwicklung, Bio- und Lasertechnologien würden zu "Wachstumsträgern in den industrialisierten Ländern". Um die Expansion des BRD-Imperialismus auf den "umkämpften Weltmärkten" sicherzustellen, soll die staatliche Forschungsförderung vor allem in diesem Bereich ansetzen.

So fördert das Bundesministerium

für Forschung und Technologie (BMFT) z.B. die Fertigungstechnische Industrie mit dem Ziel, deren Weltmarktposition durch Einsatz von Informationstechnologien (hier insbesondere Industrieroboter, rechnerunterstützte Konstruktionssysteme und Fertigungsplanungs- und -steuerungssysteme) zu verbessern. Diese "zeitnahe Produktanpassung an den Markt" ist ein umfassender Angriff auf Arbeitsbedingungen und Löhne der Beschäftigten: "Wesentliche Veränderungen im Betrieb hinsichtlich Qualifikation der Beschäftigten, der Fertigungsorganisation und des Fertigungsablaufs" fordert das BMFT in einer Broschüre zum Förderprogramm und weiter: "Flexibilität in der Fertigung und ... Kostenminimierung".

Die von den Kapitalisten eingesackten Mittel für "Innovationen" tragen so direkt zur Durchsetzung von Flexikonzepten und Lohnrückerei bei.

Für die Bundesregierung ist das positiv formulierte Ziel ihrer FuE-Politik. Die von Riesenhuber reklamierte "strukturelle Anpassung der Angebotsseite der Volkswirtschaft" erfordert die Senkung aller Kosten, die in die Produktion eingehen. Seit 1983 rangiert der Posten "Innovation, Ra-

tionalisierung, wissenschaftlich-technische Ressortdienstleistungen (da für)" nach finanziellem Volumen an Platz vier der FuE-Förderschwerpunkte des Bundes. Bis zum Jahr 1987 will ihn die Regierung überdurchschnittlich um jährlich 10,9 % auf 1,2 Milliarden DM erhöhen.

Von staatlicher Förderung zu bedingungsloser Subvention

Die Kapitalisten verwendeten im Jahr 1983 rund zwei Drittel aller Gelder im FuE-Bereich. Auf Unternehmen, die mehr als 5000 Lohnabhängige ausbeuten, entfallen von diesen 31,6 Milliarden DM 66%. Der Staat subventionierte die Forschungsausgaben der "Wirtschaft" mit 5,7 Milliarden DM. Das waren 43,8% des Forschungsetats des Bundes. Den Löwenanteil kassieren auch hier die Konzerne. Drei Viertel dieser Subventionen streichen Kapitalisten ein, die mehr als 3000 Lohnabhängige beschäftigen.

Dennoch: Die Bourgeoisie will mehr. Vor allem ist sie mit der Art und Weise unzufrieden, wie diese Gelder in ihre Kassen wandern. Die sozialliberale Koalition bevorzugte die "direkte Förderung": Die Kapitalisten mußten sich mit klar umschriebenen



Forschungsminister Riesenhuber beim BDI-Ausschuß für Forschungs- und Technologiepolitik. Die "Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft" soll "entscheidend" verbessert werden.

Projekten bei den zuständigen Ministerien bewerben. Demgegenüber legt die Bundesregierung den Schwerpunkt auf die "Schaffung ... günstiger und verlässlicher Rahmenbedingungen" innerhalb derer sich "Privatinitiative und unternehmerische Verantwortung voll entfalten" sollen. Entscheidend sei das "bessere Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft", meinte Forschungsminister Riesenhuber. Er erklärt damit die Verbesserung der Akkumulationsbedingungen der Kapitalisten zur Hauptaufgabe staatlicher Forschungspolitik.

Dementsprechend baut die Bundesregierung die bedingungslose Subventionierung der Kapitalisten zügig aus. In einer Pressemitteilung zum BMFT-Haushalt 1985 heißt es dazu: "Gemäß der politischen Zielsetzung nimmt die direkte Forschungsförderung bei Forschungsinstituten zu und in der Wirtschaft ab und wird andererseits die indirekte Forschungsförderung in der Wirtschaft ausgebaut. Diese ... hatte 1982 nur einen Anteil von 8,4% an den gesamten zivilen Forschungsausgaben des Bundes. Im Jahre 1985 wird der

Anteil auf schätzungsweise 23% erhöht."

Um diese Umstrukturierung der Förderung voranzutreiben, hat die Regierung 1984 Sonderabschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen eingeführt. Danach können Gerätschaften und Gebäude für einen Zeitraum von fünf Jahren zu 40 bzw. 15% jährlich abgeschrieben werden. Eine Regelung, mit der Anreize für die Modernisierung der Maschinerie geschaffen wurden. Die Kapitalisten sparten damit im vergangenen Jahr 350 Mio. DM bei der Einkommenssteuer. Außerdem wurden die Personalkostenzuschüsse für FuE-Beschäftigte ausgeweitet. Erstattete der Bund bisher Betrieben mit weniger als 500 Lohnabhängigen 40% der Bruttolöhne, können jetzt Betriebe mit bis zu 3000 Lohnabhängigen 60% der Löhne für FuE-Personal kassieren. Die Regierung hat diese Mittel von ursprünglich 320 Mio. DM auf 435 Mio. in diesem Jahr, 545 Mio. 1986 und jeweils 550 Mio. DM für 1987/88 aufgestockt. Bei einem Einstellungsgehalt für Hochschulabgänger von ca. 2500

DM bedeutet das eine monatliche Prämie an die Kapitalisten von 1500 DM.

Dazu kommt eine Forschungszulage, mit der Anschaffungskosten für "immaterielle" FuE-Wirtschaftsgüter, Patente u.ä., bezuschußt werden (1984: 300 Mio. DM). Weiter zahlt der Staat einen Vertragsforschungszuschuß für Fremdaufträge zur "Gewinnung neuer Erzeugnisse". Kostensenkung z.B. für Unternehmensberatung und den Einkauf in staatliche Forschungseinrichtungen sind bezweckt. 60 Millionen DM – dreimal so viel wie 1983 – stellt das BMFT für "Technologieorientierte Unternehmensgründungen" und das dafür notwendige Risikokapital zur Verfügung.

Im Rahmen der "indirekt-spezifischen Förderung" erhalten Kapitalisten weitere bedingungslose Zuschüsse, die in den Bereichen Mikroelektronik und Fertigungstechnik forschen und entwickeln lassen; nach unseren Kenntnissen 150 bzw. 40 Millionen DM 1984. Weitere 600 Millionen kassiert, wer im Bereich Energie- und Umwelttechnologie forschen läßt.

Zentralisierung des Forschens im europäischen Maßstab

Mit wohlklingenden Abkürzungen wie ESPRIT, EUREKA (altgriechisch "Ich hab's gefunden"), EUROTRA oder RACE werden seit einigen Jahren von den Gremien der Europäischen Gemeinschaft Forschungsprogramme in Milliardenhöhe angekurbelt. Die Initiative zu diesen Programmen geht in erster Linie von der BRD und Frankreich aus. Der finanzielle Gesamtumfang der Programme liegt noch nicht genau fest, wird aber in den nächsten fünf Jahren mindestens drei Milliarden DM betragen.

Ziel der Programme ist der Sieg über die imperialistischen Konkurrenten USA und Japan auf dem Gebiet der Informationstechnologie. Teilgebiete sind u.a.: Mikroelektronik (Entwicklung neuer Bauelemente), Softwaretechnologie (Entwicklung von Computerprogrammen), Theorie und Praxis der Informationsverarbeitung, Bürokommunikationssysteme, computergesteuerte Fertigungssysteme in der Produktion, Entwicklung eines neuartigen digitalen Leitungsnetzes zur gleichzeitigen Übertragung von Texten, Sprache und Bildinformationen.

Das Programm ESPRIT ist bereits angelaufen. ESPRIT bedeutet European Strategic Programm of Research and Development in Information Technology (Europäisches strategisches Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie). Als Ziele sind angegeben: "Das ESPRIT Programm soll die vorwettbewerbliche

Forschung, wie auch die Grundlagenforschung ... durch gemeinsame Projekte in der EG fördern, die von der Gemeinschaft teilweise finanziert werden ... ESPRIT soll die technologische Basis schaffen, die die Gemeinschaft in die Lage versetzt, die Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien zu nutzen, die Kooperation zu befördern und europäischen Standards auf diesem Gebiet die Bahn zu brechen ... Das Programm ist speziell für Forschung und Entwicklung gedacht, bei der Zusammenarbeit nützlich ist und die vor dem Wettbewerb (der europäischen Kapitalisten untereinander, d.V.) angesiedelt ist. Die Zusammenarbeit soll die ... zersplitterten Kenntnisse zusammenführen und die Möglichkeit zur Vergrößerung der Märkte schaffen ... ESPRIT beinhaltet die Zusammenarbeit von Unternehmen und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten." (1)

Das Geld für die zu fördernden Projekte wird über eine EG-weite Ausschreibung vergeben. In der BRD findet seit langem eine Umverteilung der Mittel von der Lehre zur Forschung und bei der Forschung von der institutionell abgesicherten Forschung zur Forschung in befristeten Projekten, deren Vergabe zentral gesteuert und entschieden wird, statt. Über die EG-Programme wird die Zentralisation und Kontrolle der Mittel weiter vorangetrieben, wobei die BRD in den meisten Bereichen eine Führungsrolle einnimmt.

Das Programm ESPRIT soll von 1985–1989 einen Umfang von 9970 Mannjahren haben, d.h. ein beträchtlicher Teil der Forschungen auf diesem

Gebiet wird über europäische Kooperationsprojekte abgewickelt werden. Anträge auf Förderung können Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen stellen. In dem "Kriterienkatalog zur Auswahl von Vorschlägen" heißt es unter der Rubrik: "Industrielles Potential des vorgeschlagenen Projektes":

"– Erkennbarkeit der potentielle Anwendungen und industriellen Verwertung der Projektergebnisse, – Beteiligung und Zusammenarbeit von Industrie und Universitäten, Wissenstransfer, – Erkennbarkeit der ökonomischen und industriellen Auswirkungen der Projektergebnisse ..." (2)

Mit den erfolgreichen Antragstellern wird ein Vertrag geschlossen, der als Gegenleistung für die 50%ige Finanzierung durch die EG u.a. verlangt: Weitergabe der Projektergebnisse an Dritte nur mit Genehmigung der EG, Abfassung eines monatlichen Berichts der Projektleitung (Stand der Arbeiten, Planabweichungen, nötige Korrekturmaßnahmen, Planung), halbjähriger Forschungsbericht, jederzeitige Zulassung einer Projektprüfung durch "externe Experten", sofortige Übergabe aller Projektergebnisse an die EG-Kommission. (2)

Ziel und Wirkung solcher Programme sind die unmittelbare Unterordnung der Wissenschaftler und der wissenschaftlichen Arbeit unter die Hegemonie europäischer Monopole. Quellen: (1) Official Journal of the EG, C11, Vol. 28, 14.1.85. (2) 1985 ESPRIT, 2nd Call for Proposals, ITT-TF/2760/84. (eigene Übersetzung).

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Staatlicher Tarifbruch, Prämien für Kapitalisten

Seit ihrem Amtsantritt 1983 versucht die Bundesregierung, die Wissenschaftler an den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen zu dressieren. "Wissenschaft" ist, was der deutschen Wirtschaft zum Aufstieg verhilft. Diesen Grundsatz sollen sich alle Wissenschaftler zu eigen machen.

Unter den zahlreichen Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung dieses Ziel verfolgt und versucht, den Widerstand gar nicht weniger Wissenschaftler gegen diese Unterdrückung zu brechen, sind zwei Maßnahmen von besonderer Bedeutung: Das kürzlich vom Bundestag verabschiedete Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen und "Forschungspersonal-Förderungsprogramme" für die Kapitalisten.

Das Gesetz über befristete Arbeitsverträge ist seit dem 1. Mai 1985 in Kraft. Es hebt für alle wissenschaftlich beschäftigten Lohnabhängigen die Kündigungsschutzbestimmungen des Bundesangestelltentarifs sowie die Kündigungsschutzgrundsätze des Bundesarbeitsgerichts auf. Jede kollektive Gegenwehr von wissenschaftlich beschäftigten Lohnabhängigen gegen eine dienstbotenartige Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse soll so zu nichtegemacht werden. Künftig können nach diesem Gesetz sämtliche wissenschaftlichen Angestellten im öffentlichen Dienst zum Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen gezwungen werden, wenn:

- dies ihrer "Weiterbildung, Aus- oder Fortbildung" dienlich ist,
- der Neueingestellte "besondere Kenntnisse und Erfahrungen" in die Forschungsarbeit einbringen oder aus ihr gewinnen soll,
- die Stelle "überwiegend aus Mitteln Dritter" finanziert wird, also aus Mitteln von Kapitalisten oder staatlichen Auftraggebern außerhalb der Hochschule,
- oder wenn der angehende "wissenschaftliche Mitarbeiter" gerade erst sein Studium beendet hat;
- also faktisch immer. Die Befristung darf bis acht Jahre betragen. Mehrere befristete Verträge nacheinander sind erlaubt. Das Gesetz gilt ausdrücklich auch für "Privatdienstverträge" zwischen Professoren oder Kapitalisten und "wissenschaftlichen Mitarbeitern" und bezeichnet solche Verträge damit ausdrücklich auch als erwünscht. Für ein Drittel aller Lohnabhängigen in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen hat die Bundesregierung da-

mit elementare tarifliche Schutzrechte beseitigt, eine Aktion, die auch den Druck auf die bei den Kapitalisten beschäftigten Wissenschaftler bedeutend steigern wird.

Während so an den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen die "Freiheit der Wissenschaft" als Befreiung der wissenschaftlich Beschäftigten von tarifvertraglichem Schutz gegen die Zumutungen ihrer Geldgeber auftritt, bekommen die Kapitalisten umfangreiche Prämien für die Beschäftigung von Wissenschaftlern. Die von Forschungsminister Riesenhuber im Juli 1984 verkündete und zum 1.1.85 in Kraft getretene "Forschungspersonal-Zuwachsförderung" etwa sieht vor, daß Kapitalisten mit bis zu 3000 Beschäftigten und 300 Mio. DM Umsatz auf Antrag bis zu 60% der Lohnkosten für neu eingestelltes Personal in "Forschungs- und Entwicklungsabteilungen" erstattet bekommen. Zusammen mit anderen Prämien können die Kapitalisten

so 1985 bis 1988 2,08 Mrd. DM "Personalkostenzuschüsse" für die Anstellung von Wissenschaftlern einstreichen, genug, um 50000 zusätzliche Wissenschaftler mit 40000 DM Bruttogehalt ein Jahr lang kostenlos zu verwenden. So sichert Riesenhuber die "Beschäftigung" von Wissenschaftlern und stärkt die "deutsche Wirtschaft".

Quellenhinweis: BT-Drucksache 10/2283 und 10/3119; BMFT-Pressemitteilung vom 6.7.84

Teilzeitarbeit in staatl. Forschungseinrichtungen und an Hochschulen

Lohnabhängige an Hochschulen:

| Jahr | Vollzeit | Teilzeit |
|------|----------|----------|
| 1973 | 196039 | 49618 |
| 1979 | 235238 | 74312 |
| 1982 | 265863 | 45597 |

andere staatliche Forschungseinr.:

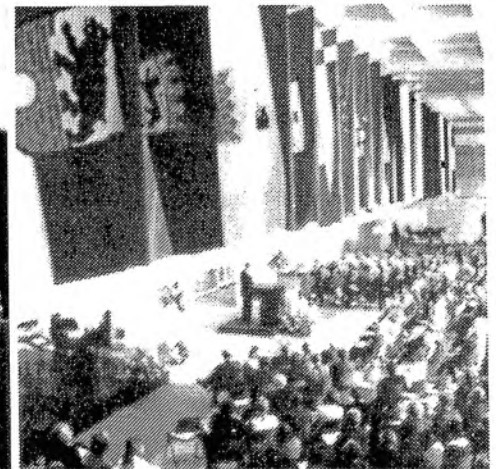
| Jahr | Vollzeit | Teilzeit |
|------|----------|----------|
| 1973 | 49324 | 4544 |
| 1979 | 55237 | 7296 |

Quellen: Grund- und Strukturdaten 1984/85, Hrsg. BMBW; Faktenbericht zum Forschungsbericht 1981

Lohnabhängige in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen

| | 1969 | 1975 | 1981 |
|------------------------------|--------|--------|--------|
| Hochschulen | 36553 | 65028 | 73134 |
| sonst. staatl. Einrichtungen | 35119 | 50604 | 53370 |
| Kapitalisten | 174791 | 186252 | 242544 |
| - darunter Chemie | o.A. | 48730 | 52472 |
| - Elektroindustrie | o.A. | 60693 | 76072 |
| - Maschinenbau | o.A. | 24214 | 33286 |
| - Fahrzeugbau | o.A. | 20085 | 30915 |
| - Luft- und Raumfahrtind. | o.A. | 10340 | 11105 |
| GESAMT | 247176 | 303114 | 371548 |

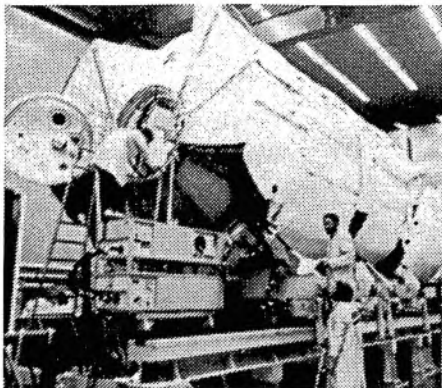
Quellen: Faktenbericht 1981 zum Bundesbericht Forschung, Bundestagsdrucksache 9/1581, 20.4.82; Bundesbericht Forschung 1984, Bundestagsdrucksache 10/1543 vom 4.6.1984



"Die forschungs- und technologiepolitisch außerordentlich wünschenswerte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft ... ist unter dem Aspekt der Wissenschaftsfreiheit ... unproblematisch: sie geschieht einvernehmlich und in freier Entscheidung" (Riesenhuber, links vor dem Kapitalisten-"Stifterverband für die deutsche Wissenschaft"). Rechts: Jahrestagung des Stifterverbandes.

Der Konzern als Projektführer

Direkte Projektförderung konzentrieren die Ministerien, über die die Vergabe der Forschungsgelder hauptsächlich abgewickelt wird (BMFT: 57%, Verteidigungsministerium: 15,9%, Wirtschaftsministerium: 8,9%, Bildungsministerium: 8,3% aller FuE-Ausgaben des Bundes), zunehmend auf die Grundlagenforschung. Diese Art der Förderung sei angemessen, wenn "das technische Risiko hoch ist, der finanzielle Einsatz für die ... Unternehmen zu groß und auf absehbare Zeit der Markt die neuen technologischen Lösungen nicht erbringen wird". Daneben fließen diese Gelder in Projekte wie die Energie- und Weltraumforschung, die Transport- und Ver-



Spacelab-Montage: "Die Bundesrepublik ... hat mit einem Anteil von mehr als 50% der Programmkosten (1 Mrd. DM) den größten Beitrag geleistet. Hauptauftragnehmer war die deutsche Firma MBB-ERNO."

kehrstechnologien und die Wehrforschung, mit denen der Staat strategische wichtige Bereiche sichert.

Um auch bei solchen Projekten den Zugriff der Kapitalisten zu gewährleisten, baut die Regierung die "Verbundforschung" aus. Dabei handelt es sich um "die arbeitsteilige Bearbeitung übergreifender ... zusammenhängender Problemstellungen ... durch mehrere Unternehmen und Forschungsinstitute". 25% der benötigten Mittel trägt die Firma, die sich ein "marktreifes Produkt" entwickeln lassen will. Sie fungiert als "Projektführer" und zeichnet für Planung, Mittelverteilung und Personaleinstellung verantwortlich.

Verbundprojekte hat die Bundesregierung bisher im Rahmen der Programme Informations- und Fertigungstechnik sowie für "Umweltforschung und -technologie" vergeben, weitere sind geplant. Diese Art der Konzernsubventionierung wird nicht nur ganze Hochschulinstitute und staatlich finanzierte Forschungseinrichtungen in Außenstellen der "projektführenden" Firmen verwandeln; sie dient auch einer weiteren Konzentration des Kapitals: Nach der Produkteinführung hat die Herstellerfir-

ma alle Möglichkeiten, beteiligte kleinere Unternehmen je nach Interessenlage zu schlucken oder zu ruinieren.

"Arbeitsverflechtungen mit der Industrie"

Die staatlichen oder überwiegend aus staatlichen Geldern finanzierten Forschungseinrichtungen im "nichtgewerblichen Sektor" sollen die Rolle von Zuträgern für die Rationalisierungswünsche der Kapitalisten spielen. In ihrer Antwort auf die CDU/CSU-Anfrage schreibt die Bundesregierung zu ihren Aufgaben:

"Die Großforschungseinrichtungen (GFE) verfügen mit ihren ... FuE-Kapazitäten über bewährte Kooperationsbeziehungen vor allem zur Großindustrie. Die Bundesregierung hat zusammen mit den GFE seit Mitte der 70er Jahre auch für eine Öffnung der Zentren zu kleinen und mittleren Unternehmen gesorgt. Eine Verstärkung der Transfer-Bemühungen der GFE insgesamt soll durch weitere Arbeitsverflechtungen mit der Industrie erreicht werden."

An den Hochschulen baut die Reaktion vor allem auf die Drittmittelforschung. Im Jahr 1982 stammten etwa

1,6 Mrd. DM, ein Viertel der Forschungsgelder der Hochschulen, aus Drittmitteln, wurden also nicht aus deren Etat finanziert. Mit Mitteln der Industrie, über Aufwendungen von Stiftungen und anderen Förderorganisationen wollen die Kapitalisten hier billiger forschen und entwickeln lassen. Um den Zugriff auf die Hochschulen noch weiter zu erleichtern, will die Regierung mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes auch die Vorschrift beseitigen, wonach diese Gelder öffentlich verwaltet und Hochschulgremien zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Außerdem befürwortet die Bundesregierung "auf dem Gebiet modernster Technologie ... die Errichtung von Instituten, die von vornherein auf Kooperation mit der Industrie angelegt sind".

Quellenhinweis: "Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik", 30.11.83, BT-Ds. 10/710; Bundesbericht Forschung 1984, 4.6.84, BT-Ds. 10/1543; Bericht zur Förderung der Drittmittelforschung, 4.7.83, BT-Ds. 10/225; BMFT-Journal Nr. 3/1984; Pressemitteilungen des BMFT; "Programm der Erneuerung", Regierungserklärung vom 4. Mai 1983; NAP, 20.10.1984 - (jüg, rül, tob)

Silicon-Valley: "Zukunfts- technologien" in Aktion

Um den Lohnabhängigen die Modernisierungs- und Rationalisierungsprogramme der Kapitalisten schmackhaft zu machen, geht die Bourgeoisie damit hausieren, daß mit den neuen Technologien "menschengerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen" geschaffen werden könnten. Das US-Technologiezentrum Silicon Valley dient der Reaktion oft als Paradebeispiel dafür, was "unternehmerische Initiative" mit den "Hochtechnologien" erreichen kann.

In diesem bedeutendsten Technologiezentrum der US-Imperialisten auf den Gebieten Elektronik und Mikroelektronik arbeiteten 1983 rund 220000 Menschen, oft in Rüstungsfirmen. Davon waren etwa 40% Arbeiterinnen und Arbeiter (Angelernte, Hilfskräfte, wenige Facharbeiter), 15% Büroangestellte, 15% Techniker, 18% Forscher, Ingenieure, Programmierer u.ä. und 12% Manager. Die Letztgenannten kassieren, ebenso wie das wissenschaftliche Aufsichtspersonal, tatsächlich Spitzengehälter. Sie variieren zwischen 125000 und 375000 Dollar im Jahr, dazu kommen oft Gratifikationen. Programmierer, Forscher und Ingenieure werden schon deutlich schlechter bezahlt: zwischen 70000 und 80000 Dollar sind die Regel.

Die Löhne für die Arbeiter und die Masse der Büroangestellten haben

die Kapitalisten enorm gedrückt. Die Anfangslöhne übersteigen vielfach den gesetzlichen Mindestlohn von 3,50 Dollar die Stunde nicht. Bei einer 40-Stunden-Woche bringt die Masse der Arbeiter ungefähr 600 Dollar im Monat nach Hause. Zum Vergleich: Die Miete für eine neue Zweizimmerwohnung beträgt monatlich ca. 750 Dollar.

Dazu kommen "gespaltene Lohnskalen": Die Kapitalisten zahlen für dieselbe Arbeit Neueingestellten weniger. Sozialleistungen wurden in den letzten Jahren praktisch abgeschafft. Beispiel: Höchstens ein bis zwei Wochen Urlaub stehen dem Gros der Beschäftigten zu.

Die Arbeitszeiten sind weitgehend flexibilisiert. Wie die Löhne werden sie individuell ausgehandelt. Möglich ist alles: 5 mal 8 Stunden wöchentlich, 4 mal 10 Stunden, 3 mal 12 Stunden, nur Wochenendarbeit rund um die Uhr, nur nachts, halbtags usw. Häufig sind Arbeitsverträge mit befristeter Laufzeit, Kapazitätsorientierte Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden usw.

Nach Ansicht der Gewerkschaft "United Electric Workers" gibt es "keine Industrieregion in den USA oder einem kapitalistischen Land, in der die Arbeitskraft so entrechtet und ausgebeutet wird, wie in Silicon Valley".

Quellenhinweis: NAP vom 20.4.1985; Druck und Papier 4.2.1985



Erziehungsgeld – Kohl sozial?

Am 17. Juli hat das Bundeskabinett Geißlers Gesetzentwurf zum Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub gebilligt. Wird die Regierung sozial? Unser Eindruck ist anders: Geißlers Erziehungsgeld-Gesetzentwurf weitet die Möglichkeiten der Kapitalisten, Frauen nach der Geburt ihrer Kinder wieder zur Teilzeitarbeit zu zwingen,

durch eine weitgehende Aufhebung des Kündigungsschutzes schon bald nach der Geburt bedeutend aus. Zusammen mit den befristeten Anstellungsverträgen für "Aushilfen" während des Erziehungsurlaubs ist Geißlers Gesetzentwurf ein energischer Versuch der Regierung, das Aufblühen von Teilzeitarbeit und anderen, gedrücktesten Arbeitsverträgen für weibliche Lohnabhängige zu fördern.

VR China: Reform der Volksbefreiungsarmee

Die chinesische Regierung hat angekündigt, die Mannschaftsstärke der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) binnen kurzem um 1 Mio. Mann zu reduzieren. Die VBA soll stärker professionalisiert und mit modernen Waffensystemen ausgerüstet werden: im Gegensatz zur Volkskriegs-Strategie sei bei der modernen Kriegsführung nicht mehr die Zahl der Kämpfer ausschlaggebend. Außerdem soll die VBA künftig nicht mehr produktive Aufgaben – wie Landwirtschaft, Eisenbahnbau, Straßenbau – erfüllen. Handelt es sich dabei lediglich um notwendige Modernisierungs- oder Sparmaßnahmen? Oder wird die VBA zu einer vom Volk abgesonderten bewaffneten Formation?



JU auf Spuren der Faschisten

40000 Einwohner hat Weinheim an der Bergstraße, Standort mehrerer Großbetriebe mit großem Einzugsbereich, und doch geprägt von Kleineigentum und bodenständig-reaktionärem Sumpf. Politisch ist hier der Neo-Nazi Deckert groß geworden – seinerzeit als JN-Bundesvorsitzender ohne Erfolg bei dem Versuch, der NPD das

"Kämpferische" zu lehren, heute immer noch Studienrat und außerdem Stadtrat seiner "Deutschen Liste". Was früher er mit den Jungen Nationaldemokraten erledigte, das macht heute ein schon erkennbar formiertes Bündnis aus zwei Junge Union-Ortsverbänden, der Jugend der "Freien Wähler Vereinigung" – und der "Odenwaldklub-Jugend", in der wer Jugendleiter ist? Deckert!

Südafrika in der Umwälzung

Südafrikas Kolonialwirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise, die die gesellschaftlichen Beziehungen der Klassen von Grund auf berührt. Für die Zukunft der Revolution wird aktuell immer entscheidender, ob sich die azanische Arbeiterklasse, die in den letzten Jahren zur unübersehbar führenden Kraft in der Befreiungsbewegung wurde, mit den Millionen armen und landlosen Bauern in den "Homelands" und Landarbeitern auf den "weißen" Farmen zu einem festen Bündnis verbinden wird. Die Untersuchung der Verhältnisse auf dem Land soll einen Eindruck von den großen Problemen schaffen, die der Kampf für nationale und soziale Befreiung zu lösen hat.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler.
Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.